



5. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 14. Juli 2005

Mitteilungen der Präsidentin247

1 Aussprache

über die Regierungserklärung247

Hannelore Kraft (SPD)	247
Helmut Stahl (CDU).....	259
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)	264
Dr. Gerhard Papke (FDP).....	272
Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers	281
Gisela Walsken (SPD).....	288
Peter Biesenbach (CDU).....	294
Rüdiger Sagel (GRÜNE)	297
Christian Lindner (FDP).....	300
Minister Dr. Andreas Pinkwart.....	305

**2 Bestellung eines „Projektausschusses
Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau“ als
Sonderausschuss des Landtags**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/35.....308

Reiner Priggen (GRÜNE)	308
	312
Dr. Wilhelm Droste (CDU).....	308
Norbert Römer (SPD).....	310
Dietmar Brockes (FDP)	310
Ministerin Christa Thoben	311

Ergebnis.....313

**3 Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit von
Schwarz-Gelb bei der Forderung nach der
Abschaffung der Entfernungspauschale?**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/37 313

Oliver Keymis (GRÜNE)	313
Volkmar Klein (CDU)	315
Dieter Hilser (SPD)	316
Angela Freimuth (FDP).....	317
Minister Dr. Helmut Linssen	318

Ergebnis..... 318

Nächste Sitzung 318

Entschuldigt waren:

Alfons-Reimund Billmann (CDU)
Marc Ratajczak (CDU)
(bis 11:00 Uhr)

Annegret Krauskopf (SPD)
Wolfram Kuschke (SPD)
Harald Schartau (SPD)
Peer Steinbrück (SPD)

Beginn: 10:02 Uhr

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 5. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich sechs Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Aussprache über die Regierungserklärung

Meine Damen und Herren, vereinbarungsgemäß findet heute die Aussprache über die gestern vom Ministerpräsidenten Dr. Rüttgers abgegebene Regierungserklärung statt.

Ich erteile Frau Kraft von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

(Beifall von der SPD)

Hannelore Kraft (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben gestern in Ihrer Regierungserklärung versucht, mit viel Pathos einen normalen demokratischen Vorgang moralisch zu überhöhen.

Lassen Sie uns bei den Fakten bleiben. Es hat in Nordrhein-Westfalen einen Regierungswechsel gegeben. Ja.

(Demonstrativer Beifall von CDU und FDP)

Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Das ist aber schon einmal was!)

Wir Sozialdemokraten haben diesen Wechsel fair akzeptiert,

(Lachen von der CDU)

ihn ohne Groll und Häme vollzogen.

(Beifall von der SPD - Minister Eckhard Uhlenberg: Bravo!)

Der Wechsel gehört zu den Spielregeln der Demokratie. Sie wissen doch, Herr Ministerpräsident: Auch Ihre Amtszeit ist endlich.

(Beifall von der SPD)

Wir alle haben unsere politischen Ämter nur auf Zeit.

Wir werden hart daran arbeiten - dessen seien Sie sicher -, dass Ihre politische Laufbahn als NRW-Regierungschef nur kurz sein wird.

(Beifall von der SPD)

Auch dies, eine starke Opposition, gehört zur Demokratie.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber, Herr Ministerpräsident, warum dieses überhöhte Sendungsbewusstsein - als hätten Sie ein höheres moralisches Recht, dieses Land zu regieren, als andere? Tun Sie doch einfach das, wofür die Menschen Sie gewählt haben! Regieren Sie Nordrhein-Westfalen, und flüchten Sie sich nicht ständig in einen Nebel von Politiklyrik, in dem nicht zu erkennen ist, was Sie wirklich wollen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Eine Regierungserklärung wie ein Hochamt zu zelebrieren, geht aus meiner Sicht deutlich zu weit.

(Beifall von der SPD)

Ich kann Ihnen nur raten: Sparen Sie Ihre Kräfte! Der Papst kommt erst im August.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Darüber, dass Sie Ihre Regierungserklärung an das politische Leitprinzip des SPD-Kanzlers Willy Brandt „Mehr Demokratie wagen!“ angelehnt haben, musste ich doch, gelinde gesagt, schmunzeln.

(Beifall von der SPD)

Auch beim früheren SPD-Ministerpräsidenten Johannes Rau nehmen Sie ja gerne einmal Anleihen, wie man hört. Finden Sie nicht selber, Herr Rüttgers, dass diese Schuhe einige Nummern zu groß sind und es auch immer bleiben werden?

(Beifall von der SPD)

Sie werden nicht mehr sein als eine blasse Raubkopie von Willy Brandt und Johannes Rau.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben gestern in Ihrer Regierungserklärung viel von Zukunft geredet. Dabei haben Sie unterschlagen, dass Sie schon einmal für Zukunft standen, und zwar als Zukunftsminister des Kabinetts Kohl. Doch das war damals keine gute Zeit, keine gute Zukunft, son-

dern die Zeit, in der Deutschland die entscheidenden Reformen verpasst hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und am Rande bemerkt: Als Tüpfelchen auf dem i sagen Sie dann gestern hier auch noch, versicherungsfremde Leistungen dürften nicht mehr aus den Sozialkassen gezahlt werden. Wir alle wissen doch, wer sie da hineingebracht hat, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Hätten Sie damals dafür gearbeitet, die Weichen richtig zu stellen, müssten wir heute nicht so massive Korrekturen vornehmen, um Deutschland fit zu machen für die Zukunft.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Auch Sie, Herr Rüttgers, standen im Kabinett Kohl für den Satz „Die Rente ist sicher.“ Auch Sie standen für höhere Arbeitslosigkeit. Auch Sie standen für eine Explosion der Staatsverschuldung.

Sie persönlich standen für weniger Geld bei Hochschulen und Forschung. Sie persönlich standen für den Versuch, das BAföG abzuschaffen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Da machen wir uns doch berechtigterweise Sorgen, wenn Sie jetzt wieder so vollmundig von einer neuen Zukunft für dieses Land sprechen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie waren stets ein Teil des Systems Kohl. Davon haben Sie sich nie gelöst. Sie sind eine Art Kohl light.

Was uns allen neben den schwarzen Kassen von Kohl in Erinnerung geblieben ist, war sein politisches Führungsprinzip des Aussitzens. Sie, Herr Rüttgers, haben sich inzwischen die fragwürdige Ehre erarbeitet, dem Aussitzen einen neuen Namen zu geben. Inzwischen heißt es überall nur noch „Rüttgern“. Sie bleiben in vielen drängenden Fragen im Nebel - auch gestern -, im Ungefähren, zeigen keine klare Kante. Die Regierungserklärung - das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen - ist noch weniger konkret gewesen als die Koalitionsvereinbarung.

(Anhaltender Beifall von SPD und GRÜNEN
- Rainer Schmeltzer [SPD]: Genau!)

Pathos statt Inhalt! Trotz vieler Worte sagen Sie immer noch nicht, wie Sie Nordrhein-Westfalen in den nächsten fünf Jahren konkret regieren wollen. Ich will Ihnen einmal unterstellen, Herr Rüttgers, dass Sie es gut meinen. Ob Sie es gut machen,

daran haben nicht nur wir Sozialdemokraten große Zweifel.

(Zuruf von der CDU)

Nicht zu Unrecht, wie schon die Debatte um die Mehrwertsteuer in der CDU und Ihre Rolle dabei gezeigt hat.

Herr Ministerpräsident, auf der Kommandobrücke des größten Bundeslandes können Sie nicht wie ein Fähnchen im Wind stehen. Da ist hart Kurs halten gefordert.

(Beifall von der SPD)

Mit Ihren Zickzack-Manövern wird Nordrhein-Westfalen sonst zur Titanic.

Herr Ministerpräsident, Ihre Regierungserklärung ist ein Dokument der Enttäuschung. Sie enttäuschen die Menschen, die wissen wollen, wie es konkret in Nordrhein-Westfalen weitergeht. Ich will Ihnen gerne sagen, was im Lexikon unter dem Begriff „Regierungserklärung“ zu finden ist: Die Regierungserklärung bezeichnet die Vorstellung des Regierungsprogramms vor dem Parlament. Sie enthält die wichtigsten Vorhaben der Regierung für die kommende Wahlperiode. Ihr kommt in der Theorie eine bedeutende verfassungspolitische Verbindlichkeit für Parlament und Regierung zu.

Sie waren dagegen „Mister Unverbindlich“.

(Beifall von der SPD - Rainer Schmeltzer [SPD]: Er hat kein Lexikon!)

Meine Damen und Herren, die CDU redet in diesen Tagen viel von Ehrlichkeit. Bei Angela Merkel ist es das „ehrliche Regierungsprogramm“, bei Ihnen, Herr Rüttgers, ist es die „erfolgreiche Strategie der Ehrlichkeit“. Doch wie ehrlich sind Sie wirklich?

(Zuruf von Hans Peter Lindlar [CDU])

Bei Ihnen hat in Wahrheit das Prinzip „Versprochen gebrochen“ Hochkonjunktur.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Lachen von der CDU - Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

- Kommt, warten Sie ab! - Wir alle erinnern uns gut, Herr Stahl, Sie haben drei zentrale Wahlversprechen abgegeben: erstens unter der Überschrift „Arbeit statt Rot-Grün“ 1 Million neue Jobs, zweitens Unterrichtsgarantie, drittens Haushaltskonsolidierung.

(Zuruf von Bernhard Recker [CDU])

In Ihrer Regierungserklärung herrscht zur Einlösung dieser drei zentralen Wahlversprechen Fehlanzeige.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zum ersten Ziel: 1 Million neue Jobs. Es ist schon heute aufgegeben. Wir erinnern uns: Bis zu 800.000 Jobs wollten Sie durch die Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen schaffen. Jetzt sprechen Sie schon sehr viel vorsichtiger von einem „großen Potenzial“. Konkrete Handlungsschritte der Regierung - Fehlanzeige. Sie wollen Pionierverantwortung für diesen Bereich übernehmen, was immer das heißen mag.

Es lohnt dazu ein Blick in das Wahlprogramm der CDU zur Bundestagswahl. Die von Ihnen geforderte - ich zitiere - „generelle steuerliche Anerkennung von Privathaushalten als Arbeitgeber“ findet sich dort mit keinem Wort. Wo war das Ihr Einfluss, Herr Rüttgers?

(Beifall von der SPD - Rainer Schmeltzer [SPD]: Richtig!)

150.000 neue Jobs sollte der Bereich der Gesundheitswirtschaft bringen. In der Regierungserklärung und im Koalitionsvertrag ist auch hierzu außer vagen Ankündigungen nichts zu finden. Wie denn auch? Die Regierung Steinbrück hat längst Programme eingeleitet, die bis zu 200.000 Jobs in diesem Bereich bringen werden, Stichwort: Masterplan Gesundheitswirtschaft. Weitergehende Versprechungen waren von Anfang an höchst unseriös.

Immerhin 50.000 neue Jobs sollten durch die Jobmaschine Flughafen entstehen. Den Teil, Herr Rüttgers, haben Sie interessanterweise in Ihrer Regierungserklärung weg gelassen. Keine konkreten Maßnahmen. Stattdessen werden aus der Koalition Signale ausgesandt, die eher flughafenkritisch sind, so zum Nachtflug in Köln/Bonn oder zur Kapazitätsausweitung in Düsseldorf.

50.000 neue Jobs sollten im Umfeld der Hochschulen entstehen. Auch hier Fehlanzeige bei den konkreten Schritten. Schlimmer: Bei der Haushaltssperre haben Sie zwar die Hochschulen, aber nicht die Forschung ausgenommen, und dort sind konkret viele Projekte und damit die Arbeitsplätze einzelner Bürgerinnen und Bürger bedroht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Statt der Schaffung neuer Arbeitsplätze planen Sie beschleunigten Personalabbau im Bergbau und in der Landesverwaltung. Es drohen betriebsbedingte Kündigungen. Stopp für Arbeit statt Vorfahrt für Arbeit!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Fazit: Neue Jobs sind nicht in Sicht. Ziel verfehlt, Wähler getäuscht. Dabei sollten doch nach Ihrer eigenen Selbsteinschätzung - ich erinnere mich - allein durch Ihre Wahl zum Ministerpräsidenten die Marktkräfte entfesselt und ein Wirtschaftsboom ausgelöst werden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Es ist niemand entfesselt!)

Bisher ist aber von dem Regierungschef Rüttgers nicht einmal ein laues Lüftchen an Konjunkturbelægung ausgegangen. Interessant war zu lesen, was Ihre Wirtschaftsministerin Christa Thoben dazu gesagt hat.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

Sie hat nämlich in der „Westfälischen Rundschau“ vom 6. Juli gesagt, Sie schlägen offensichtlich nicht so schnell ein wie Jürgen Klinsmann bei der Nationalmannschaft.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch das zweite Ziel, Unterrichtsgarantie, wurde schon heute aufgegeben. Ohne Zweifel: Es ist gut und richtig, 4.000 neue Lehrerinnen und Lehrer in mehreren Schritten bis 2010 einzustellen.

(Beifall von der CDU)

- Da können Sie ruhig klatschen. Das finde ich auch gut.

Doch versprochen war etwas anderes. Versprochen war Unterrichtsgarantie. Die FDP hat sogar von einem Unterrichtssicherungsgesetz gesprochen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Wieder nicht durchgesetzt!)

Beide Begriffe tauchen weder in der Koalitionsvereinbarung noch in der Regierungserklärung auf. Das ist schon interessant für die Menschen da draußen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Hört, hört!)

4.000 Lehrerstellen bedeuten 0,6 Lehrer mehr pro Schule. Wir wissen alle: Diese reichen allein schon nicht aus, um das Problem des Unterrichtsausfalls zu lösen.

(Zuruf von der CDU)

Und sie reichen allemal, meine Herren von der CDU, nicht bei der Einschulung mit fünf und bei Englisch ab der ersten Klasse aus.

Sie wissen es doch hoffentlich, Herr Finanzminister: Diese beiden Pläne von Ihnen lösen einen zusätzlichen Mehrbedarf von rund 12.000 Stellen aus.

(Christian Lindner [FDP]: Wir haben auch weniger Kinder bis 2010!)

Herr Rüttgers, das war schon ein starkes Stück, was Sie hier gestern versucht haben

(Beifall von der CDU)

- warten Sie ab; immer vorsichtig mit dem Applaus! -: vollmundig 1.000 neue Lehrer ruck, zuck zur Reduzierung des Unterrichtsausfalls als Einlösung Ihres Wahlversprechens anzukündigen. Das heißt, Sie stellen diese 1.000 Lehrerstellen gegen die 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall, die Sie ja im Wahlkampf konstatiert haben.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das müssen Sie nachlesen!)

- Doch, das hat Ihr Ministerpräsident gestern gesagt. Das sind die ersten 1.000 der 4.000, die Sie versprochen haben; das hat er gestern gesagt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Widerspruch von CDU und FDP)

- Dann sagen Sie es deutlich, dass diese 1.000 Stellen nicht zu den 4.000 gehören.

Sie wussten doch ganz genau: Sie erfüllen damit nur die gesetzliche Vorgabe des Schulfinanzgesetzes, die jede andere Regierung auch hätte erfüllen müssen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Widerspruch von CDU und FDP)

Sie brauchen die 1.000 Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie müssen die 1.000 Lehrerstellen schaffen, weil die Schülerzahlen gestiegen sind: 300 Stellen in den Grundschulen, 500 im Bereich Sek II und 200 bei den Förderschulen.

(Zuruf von Minister Michael Breuer)

- Bitte?

(Minister Michael Breuer: Wo waren denn Ihre Stellen im Haushalt?)

- Die Stellen können noch nicht im Haushalt gewesen sein - das kann ich auf Ihren Einwurf erwidern -, weil diese neuen Bedarfe noch gar nicht klar waren. Das ist in jedem Schuljahr so.

(Lachen von CDU und FDP - Zurufe - Unruhe - Glocke)

Bei Ihnen sind die führenden Haushaltspolitiker nicht mehr dabei. Das halte ich Ihnen zugute.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber Sie sollten wissen - vielleicht können Sie Herrn Diegel noch mal anrufen -: Das ist der normale Vorgang. Wenn die Anmeldungen für die Schulen erfolgt sind, dann werden die Schülerzahlen korrigiert, und dann müssen die neuen Stellen erbracht werden. Das ist ein ganz normaler Vorgang, der dem Gesetz entspricht.

Sie wissen doch, dass Sie nur die gesetzlichen Vorgaben erfüllen. Herr Ministerpräsident, trotz dieser 1.000 Lehrerstellen - und das ist der entscheidende Fakt - bleibt es bei den 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall, und darüber wollten Sie die Lehrer, Eltern und Schüler in diesem Land - Ihre gesamten Wählerinnen und Wähler - täuschen. Sie haben Ihre Amtszeit mit einer Lehrerlüge begonnen.

(Anhaltender Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch das Ziel Haushaltskonsolidierung wurde heute schon aufgegeben.

(Jan Söffing [FDP]: Das ist dünnes Eis für Sie!)

- Das finde ich gar nicht. Warten wir erst mal ab.

(Gegenruf von Marc Jan Eumann [SPD]: Durch das Eis sind Sie durchgebrochen!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben angekündigt, Ihr Ziel sei ein verfassungskonformer Haushalt. Das gehe nicht, so sagen Sie, von heute auf morgen. Auch das haben Sie anders gesprochen. Ihre Koalition geht nach dem Wortlaut des Koalitionsvertrages sogar davon aus, dass sie die Verschuldungsgrenze der Verfassung bis zum Jahr 2010 nicht einhalten kann.

(Widerspruch von CDU und FDP - Christian Lindner [FDP]: Das war eine Vorlage von Herrn Dieckmann!)

- Nein, das war keine Vorlage von Herrn Dieckmann. Es war eine Vorlage aus dem Haus und nicht eine des Ministers. Vorsicht, Freunde! Sie müssen sich nicht auf Bürokratie stützen, sondern auf die politisch Verantwortlichen, die dann immer andere Entscheidungen treffen. Das müssen Sie noch lernen.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dass Sie sich auf solche angeblichen Aussagen der Vorgängerregierung berufen, ist für mich politisches Schmierentheater vom Feinsten.

Fakt ist: Im Land muss eine harte Sparpolitik gefahren werden. Der Finanzminister ist nicht zu beneiden. Das ist in den letzten Jahren schon begonnen worden. In den Haushalten ---

(Lachen von CDU und FDP - Zuruf von der CDU: Aber wir können es!)

- Hören Sie doch erst einmal zu. Wie gesagt: Die Haushaltsleute sind nicht mehr dabei, aber wir können es noch einmal deutlich machen. - In den Haushalten ...

(Zuruf von der CDU: Haben Sie Wahrnehmungsstörungen?)

- Aber sie sind doch jetzt in einer anderen Funktion. Oder haben Sie den Rollenwechsel noch nicht vollzogen?

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

In den Haushalten von 2001 bis 2005 haben wir die Ausgaben des Landes real um über 1 Milliarde € gesenkt. Das darf man an dieser Stelle betonen. Sie sprechen nämlich immer von stetig steigenden Ausgaben.

Und: Ministerpräsident Steinbrück hat im März hier im Plenum öffentlich angekündigt, dass es für 2006/2007 einen Konsolidierungsbedarf von mehr als 2 Milliarden € geben wird. Das haben Sie gewusst, als Sie sich zur Wahl gestellt haben.

Sie, Herr Rüttgers, waren als Oppositionsführer quasi der oberste Haushaltswächter des Landes; ich entschuldige mich bei Frau Scholle. Als neuer Regierungschef können Sie jetzt nicht so tun, als wären Sie von diesen Zahlen überrascht. Und mit ungedeckten Blankoschecks kommen Sie nicht über die nächsten fünf Jahre, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Verfassung des Landes gilt auch für die neue Mehrheit. Sie dürfen nur dann einen Haushalt aufstellen, in dem die Neuverschuldung die Investitionen übersteigt, wenn die Voraussetzung dafür wirklich vorliegt. Das bedeutet, dass das Parlament nach genauer Prüfung eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts feststellen müsste. Das gilt auch für den Nachtrag, den Sie jetzt vorlegen müssen.

Die Haushälter aus der CDU-Fraktion kennen diese Zusammenhänge bestens. Sie haben mit ihren Klagen in Münster sehr dazu beigetragen, dass hier Klarheit geschaffen wurde. Damit haben Sie aber auch die Rahmenbedingungen für Ihre heutige Arbeit geschaffen. Das bedeutet: Verstößt ein von Ihnen vorgelegter Haushalt gegen Art. 83 der

Landesverfassung, dann ist das Ihr finanzpolitischer Offenbarungseid. Einen Ausnahmetatbestand Erblast sieht die Verfassung nicht vor.

(Beifall von CDU und GRÜNEN - Zurufe von der FDP)

In den letzten Tagen war es erfreulich zu hören, dass Ihr Finanzminister den Kurs nicht mitträgt, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Ich erinnere mich: In unserem gemeinsamen Auftritt bei „Hart, aber fair“ haben Sie eingeräumt, dass Ihnen die Haushaltslage auch in der Dimension bekannt gewesen sei.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Herr Rüttgers, reden auch Sie sich nicht aus der Verantwortung! Die Menschen haben Sie gewählt, weil Sie den Abbau der Verschuldung versprochen haben - und das nicht erst in der nächsten Wahlperiode. Sie haben die Regierungsverantwortung für dieses Land gewollt. Sie haben sie bekommen. Sie kannten die Rahmenbedingungen. Jetzt heißt es: Regieren statt lamentieren!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Damit es auch für die Menschen in diesem Land, die uns jetzt zuschauen oder zuhören, ganz klar ist: Jede Unterrichtsstunde, die zukünftig ausfällt, ist nun Ihre ausgefallene Unterrichtsstunde, Frau Sommer!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Jeder Euro höhere Verschuldung fällt künftig Ihnen auf die Füße. Jede junge Frau und jeder junge Mann, der zukünftig keinen Ausbildungsplatz bekommt, geht auf Ihr Konto.

(Lachen von der CDU)

Angebot und Nachfrage ...

(Zurufe von CDU und FDP - Unruhe - Glocke)

- Ich weiß gar nicht, warum Sie sich an dieser Stelle so aufregen. Ich hätte mir das bei anderen Stellen vorstellen können.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Koalition wird jetzt schon bei Fakten nervös!)

Angebot und Nachfrage für Ausbildungsplätze entstehen jedes Jahr neu. Sie müssen jedes Jahr ausgeglichen werden. Auch hier können Sie sich nicht aus der Verantwortung flüchten. Die SPD und ihr voran immer der Ministerpräsident haben jahrelang dafür gekämpft, jedem Jugendlichen, der wollte, einen Ausbildungsperspektive und da-

mit einer Berufsperspektive zu ermöglichen - mit großem Erfolg.

Der Ausbildungskonsens ist das Werk der NRW-SPD. Wir hoffen, dass Sie Ihre Ankündigung umsetzen, hier die Kontinuität zu wahren.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, die Regierungserklärung und auch der Koalitionsvertrag lassen den Willen zur konkreten Haushaltskonsolidierung und zum Schuldenabbau nicht erkennen. Es bleibt bei allgemeinen Ankündigungen. Zu befürchten ist: Wenn gespart wird, dann vor allem zulasten politisch ungeliebter Projekte und Hilfeempfänger.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Frauen, Migrantinnen und Migranten, unabhängige Träger - sie alle müssen sich wohl auf harte Zeiten einrichten. Sie haben gesagt, es wird Opfer kosten. Wird darum auch das Sparen mit dem Rasenmäher abgelehnt? Gekürzt wird wohl, was nicht ins Weltbild passt.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, Sie haben den Menschen im Land neue Chancen versprochen. Ich habe mich während Ihres Vortrages die ganze Zeit gefragt: Welche Menschen in diesem Land meinen Sie und Ihr Koalitionspartner von der FDP denn eigentlich? Ich habe wieder die Starken, die sich selbst helfen können, die Reichen gefunden, die die Hilfe des Staates gar nicht benötigen. Was ist mit den vielen Menschen, denen man auf allen Ebenen Chancen offen halten muss, weil sie es alleine nicht können?

(Michael Solf [CDU]: Da haben Sie versagt!)

Sie, Herr Ministerpräsident, betonen immer wieder, das Soziale in der sozialen Marktwirtschaft sei Ihnen wichtig. Gleichzeitig sind Sie im Wahlkampf mit dem Slogan angetreten: Sozial ist, was Arbeit schafft. In Wahlkampfzeiten sind solche einfachen Botschaften vielleicht noch legitim, aber Sie sind in Ihrer Regierungserklärung dabei geblieben.

(Zuruf von der CDU: Das Stiegler-Zitat!)

- Ich distanziere mich von der Äußerung von Herrn Stiegler. Da brauchen Sie keine Sorge zu haben. Wenn aber alles sozial wäre, was Arbeit schafft, hieße es im Umkehrschluss, jede Art von Arbeit wäre sozial. Bedenken Sie doch einmal ernsthaft, was Sie damit aussagen!

(Beifall von der SPD)

Ich will Ihnen gar nicht unterstellen, dass Sie das wirklich meinen. Ich denke, auch Sie wollen keine 80-Stunden-Woche oder die Rückkehr zum Man-

chester-Kapitalismus. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sozial ist, was Arbeit schafft - hinter Ihrer einfachen Botschaft steckt die Ankündigung, die sozialen Akten in diesem Land zu verschieben. Ihre Vorstellung von sozialer Marktwirtschaft ist nicht unsere. Das ist sehr klar geworden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Eine gute Infrastruktur, tüchtige und erfolgreiche Unternehmen, innovative Forschungseinrichtungen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, qualifizierte und motivierte Arbeitnehmer - das wollen wir alle. Aber zur sozialen Marktwirtschaft gehören für uns auch Mitbestimmung, Arbeitnehmerrechte, gerechte Bezahlung für gute Arbeit, Bezahlung, von der man leben kann, statt Niedrigstlöhne und nicht zuletzt freie und verantwortliche Akteure auf gleicher Augenhöhe: nicht der eine Herr und der andere Knecht!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir stehen für sozialen Fortschritt, soziale Rechte, die den sozialen Frieden in diesem Land sichern helfen.

(Zuruf von der CDU: 5 Millionen Arbeitslose!)

Sozialer Frieden ist ein hohes Gut, um das uns viele anderswo beneiden. Denn nur in einer Kultur von Freiheit und Verantwortung ist eine soziale Demokratie dauerhaft möglich.

Diese Verantwortung vermissen wir bei einem Teil - ich betone: einem Teil - der Wirtschaft in diesem Land und auch bei Teilen Ihrer Koalition.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit Erlaubnis der Präsidentin würde ich gerne zitieren:

Durch eine maßgebliche Beteiligung der Arbeitnehmer an der Betriebs- und Wirtschaftsführung soll die soziale Gleichberechtigung hergestellt, der Mensch ganz allgemein wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaft gestellt ... werden. Die deutschen Gewerkschaften stehen damit vor einer überaus großen und verantwortungsreichen Aufgabe.

Herr Rüttgers - er guckt mich gar nicht an; die ganze Zeit nicht -, Sie wissen sicher, wen ich da zitiert habe, nämlich den CDU-Ministerpräsidenten Karl Arnold, der dies in seiner Regierungserklärung am 17. Juni 1947 sagte. Diese Worte haben fast genau 58 Jahre danach nichts an Aktualität eingebüßt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Deshalb stemmen wir Sozialdemokraten uns im Interesse der Menschen in Nordrhein-Westfalen gegen alle Versuche, den sozialen Teil unserer Wirtschaft und Gesellschaft zu minimieren und die Ökonomisierung zur alleinigen Messlatte des Denkens und Handelns zu machen. Wir wollen nicht, dass die zunehmenden Fliehkräfte in der Gesellschaft unser Gemeinwesen auseinander reißen. Ich habe große Sorgen, dass die vielen Klammern unbewusst oder mutwillig weggesprengt werden. Das Ergebnis - wir wissen es alle - wäre eine Radikalisierung unserer Gesellschaft. Das können und dürfen wir alle nicht zulassen; denn die Auswirkungen auf unsere Demokratie wären dann nicht mehr kalkulierbar.

Die Zukunftsvorstellung Ihrer Koalition ist nicht das sozial gerechte Nordrhein-Westfalen. Im Gegenteil: Sie wollen in NRW vieles - vor allem die soziale Demokratie und die Chancengerechtigkeit - zurückdrehen. Auf Dauer wird die Gesellschaft als Ganzes der Verlierer sein; denn auch die heutige Mittelschicht wird schon bald zu spüren bekommen - die Sorge ist bereits da, deshalb geht die Sparquote ja auch nach oben -, dass die Chance auf Teilhabe etwa an Bildung noch weiter beschnitten wird. Am schnellsten wird dieser Prozess bei den Studiengebühren spürbar werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit den Studiengebühren schaffen Sie eine neue Hürde für Kinder aus Arbeiter- und Mittelschichtfamilien. Um Ihre zu erwartenden Einwände direkt aufzugreifen: Ja, auch uns ist es nicht gelungen, eine zufrieden stellende Quote von Kindern aus so genannten bildungsfernen Schichten ins Studium zu bringen. Meine Damen und Herren von der CDU, vor diesem Hintergrund ist es aber doch geradezu fatal, mit Studiengebühren eine weitere hohe Hürde aufzubauen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, es ist interessant, was Sie in einem Interview mit dem „Focus“ am 20. Juni auf die Frage geantwortet haben, ob Studiengebühren nicht besonders junge Menschen aus einkommensschwachen Familien vom Studium abschrecken. Sie haben wörtlich gesagt: „Eine Alternative gibt es nicht.“ - Ich nenne das fast schon zynisch.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Rüttgers, Sie haben den vermessenen Anspruch erhoben, der Vorsitzende der Arbeiterpartei in diesem Land zu sein.

(Heiterkeit von SPD und GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Empirie ist das!)

Dann sorgen Sie auch dafür, dass die Kinder dieser Arbeiter in diesem Land in Zukunft weiterhin einen ungehinderten Zugang zu einer universitären Ausbildung haben. Wir brauchen mehr Akademiker für den Wohlstand unseres Landes.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Apropos Bildung! Interessanterweise haben Sie gestern einen wichtigen Punkt aus Ihrer Verabredung mit Ihren Partnern nicht mehr erwähnt, nämlich die Aufhebung der Grundschulbezirke. Hat Sie der einhellige Widerstand der Kommunen überzeugt,

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers:
Nein!)

oder wollen Sie diesen Aspekt nur in den Hintergrund rücken?

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers:
Nein!)

- Warum haben Sie ihn dann nicht erwähnt?

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Ganz einfach: Weil er in der Koalitionsvereinbarung steht! Die kennen Sie doch! - Lachen von SPD und GRÜNEN)

- Wissen Sie nicht, dass eine Regierungserklärung eine Konkretisierung der Koalitionsvereinbarung sein sollte?

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Ich gehe davon aus, dass Sie das wissen!)

- Sie sind in der Regierungserklärung nicht konkreter geworden. Das hängt damit zusammen, dass Sie wissen, dass bald Bundestagswahlen sind. Deshalb haben Sie Ihre Regierungserklärung auch so frühzeitig abgegeben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Im Übrigen passt die Aufhebung der Grundschulbezirke überhaupt nicht zu Ihren Versuchen, zwischen Markt und Wettbewerb zu unterscheiden. Die Abschaffung der Grundschulbezirke wird nicht Wettbewerb schaffen, sondern ist Markt pur.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist Getto-bildung!)

Sie wird dazu führen, dass gute Schulen den Kindern von Reichen vorbehalten werden.

(Zuruf von der CDU)

-Doch. - Den Grundschulrektorinnen und -rektoren der guten Schulen wird die Aufgabe auferlegt

werden, auszuwählen, wer auf ihre Schule kommen darf.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist wirklich der Witz des Jahrhunderts!)

Die Kriterien sind völlig unklar. Sie wissen: Der Erfolg einer Schule beim Ranking, beim Sozialprestige und bei den Spenden der Eltern für den Förderverein wird vom sozialen Umfeld dieser Schule abhängen. Sie schaffen sehenden Auges Restschulen, in denen die Kinder von Migrantinnen und Migranten und aus bildungsfernen Schichten konzentriert werden. Das nehmen Sie mit Ihrer Politik in Kauf.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Anders als Sie sind wir der Anwalt für alle Kinder und nicht nur für Ihre Eliten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Heiterkeit von CDU und FDP - Ralf Witzel [FDP]: Pisa zeigt das ja!)

Wir waren es, die die sprachliche Frühförderung nach vorne gebracht haben.

(Zuruf von der CDU: Das ist zynisch!)

Wir waren es, die die offenen Ganztagschulen gegen Ihren Widerstand aufgebaut haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie sind das Ergebnis rot-grüner Politik im Bund und im Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir waren es, die das Jugendfördergesetz eingebracht und verabschiedet haben. Die Tatsache, dass Sie sich dazu überhaupt nicht geäußert haben, zeigt, dass Sie diese Jugendlichen gar nicht im Blick haben.

(Beifall von der SPD)

Wir werden diese konsequente Kinder- und Familienpolitik fortsetzen; da genügt ein Blick in unser Wahlmanifest. Das ist unser Schwerpunkt.

Meine Damen und Herren von der CDU, in Ihrem Wahlprogramm werden dagegen ganz andere Schwerpunkte gesetzt. Konkret: die Ankündigung von Steuererhöhungen. Und - soviel ist deutlich - mit Zustimmung der NRW-CDU werden gravierende Einschnitte in das Kündigungsrecht und die Tarifautonomie gefordert. Arbeitssuchende müssen demnächst quasi freiwillig auf Kündigungsschutz verzichten. In Betrieben bis zu 20 Beschäftigten gäbe es dann wirklich keinen Kündigungsschutz mehr für Neueingestellte. Hier

geht es nicht um Einzelfälle, sondern wir reden über 90 % aller Betriebe in diesem Land.

(Beifall von der SPD)

Man muss es deutlich sagen: Mit der CDU soll Beschäftigung unter Tarif großflächig möglich werden. Empfänger des Arbeitslosengeldes II müssten einen 10%igen Abschlag vom Tariflohn hinnehmen. Die sogenannten betrieblichen Bündnisse sollen für ganze Unternehmen die Tarife außer Kraft setzen können.

Herr Laumann, Ihre Hoffnung hat getrogen. Sie konnten die CDA-Position offensichtlich nicht durchsetzen.

(Minister Karl-Josef Laumann: Ach! - Heiterkeit von der CDU)

Es gibt natürlich kein Vetorecht der Tarifparteien gegen solche betrieblichen Bündnisse.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: So locker geht der Arbeitsminister damit um!)

Es geht dabei nicht um die Möglichkeit der Abweichung vom Tarif im Notfall. Sie besteht heute schon. Es geht im Kern um eine Aushebelung der Flächentarifverträge, und die Gewerkschaften sollen aus den Betrieben verdrängt werden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Thatcherismus!)

So sieht die Wahrheit aus.

Hinzu kommt die aktuelle Diskussion um die Mitbestimmung. Immer wieder wird aus den Reihen insbesondere der FDP, aber auch der CDU bei diesem Thema gezündelt. Die Mitbestimmung ist ein tragender Pfeiler unseres Wirtschafts- und Sozialsystems. Die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Entscheidungsprozessen in den Unternehmen hat sich bewährt. Ein gut Teil der Stabilität unseres Systems beruht darauf. Schauen Sie sich einmal in anderen Ländern um! Reisen bildet.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Schauen Sie sich einmal VW an! - Heiterkeit bei der FDP)

Ich freue mich, dass Sie die Mitbestimmung in Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, positiv erwähnt haben.

(Fortgesetzt Heiterkeit bei der FDP)

- Auch Ihr Ministerpräsident hat Sie in der Regierungserklärung positiv erwähnt.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist auch meine!)

Aber, Herr Ministerpräsident, hiervon müssen Sie Ihren Koalitionspartner wohl noch überzeugen. Ich

zitiere Herrn Lindner aus der „Rheinischen Post“ vom 29. Juni 2005 - Herr Laumann, hören Sie gut zu! -:

„Es wird nicht reichen, den Neuanfang in NRW und in Deutschland allein auf die Rückbesinnung zur katholischen Soziallehre zu organisieren.“

Das ist doch wohl deutlich.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, im Zentrum Ihres am Montag präsentierten Wahlprogramms steht die Erhöhung der Mehrwertsteuer bei gleichzeitiger Senkung des Spitzensteuersatzes. Wir haben gestern schon darüber debattiert: Die Mehrwertsteuererhöhung vertieft die soziale Schieflage Ihres Programms. Sie belastet insbesondere Familien mit vielen Kindern, Rentner und Arbeitslose. Ich empfehle Ihnen die Tabelle aus der „Rheinischen Post“ aus den letzten Tagen.

Von der geplanten Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung profitieren dagegen insbesondere die gut Verdienenden ohne Kinder. Das ist ein Programm, das die Entscheidung gegen Kinder forciert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, wie passt Ihre Zustimmung zu diesem Programm mit Ihrer begrüßenswerten Ankündigung in der Regierungserklärung zusammen, NRW zu einem familienfreundlichen und kinderreichen Land machen zu wollen? Wir unterstützen dieses Ziel ausdrücklich, jungen Frauen und Männern Mut zu machen, eine Familie zu gründen und Kinder großzuziehen. Bei konkreten Schritten in diese Richtung finden Sie uns an Ihrer Seite. Die Politik Ihrer Partei geht aber seit Montag genau in die entgegengesetzte Richtung.

Mit der Senkung des Spitzensteuersatzes begünstigen Sie die sehr gut Verdienenden in der Gesellschaft. Ein Topmanager, der allenfalls noch 10 % seines Gehalts in den Konsum steckt, spürt die Mehrwertsteueranhebung faktisch nicht. Die Senkung des Spitzensteuersatzes dagegen ist für ihn ein mehr als warmer Segen. Finanziert wird diese Maßnahme ganz überwiegend durch die Streichung von Steuervergünstigungen für die kleinen Leute: Pendlerpauschale, Eigenheimzulage, Sonn- und Feiertags- sowie Nachtzuschläge. All das sind keine Streichungen, die die Topverdiener betreffen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ihr Programm ist sozial ungerecht. Sie wollen Umverteilung von unten nach oben. Sie nehmen das Geld von den Schwächeren, um es den Stärkeren zu geben. Ich sage Ihnen voraus: Ihre Hoffnung, damit auch etwas für die wirtschaftliche Entwicklung zu tun, wird enttäuscht werden. Sie erreichen nur, dass sich die soziale Schieflage verstärkt. Die Menschen im Land sind nicht bereit, für solch ein Programm Opfer zu bringen. Die notwendigen Reformen in unserer Gesellschaft würden auf diesem Wege weiter an Akzeptanz verlieren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Ihre Politik ruft bei den Kommunen des Landes große Besorgnisse hervor - völlig zu Recht. Die 396 Städte und Gemeinden in unserem Land vermissen ihre Themen in der Regierungserklärung. Sie haben immer noch keine Klarheit, wie es weitergeht. Was fehlt, ist ein klares Bekenntnis zur Finanzausstattung und zum Verbundsatz. Schlimmer: Sie beabsichtigen eine Vielzahl von Maßnahmen, die die Kommunen teilweise gravierend belasten, ihre Leistungsfähigkeit auf Dauer gefährden würden. Die von Ihnen beabsichtigte Änderung von § 107 Gemeindeordnung führt zu Einschränkungen der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden.

Damit fallen die Kommunen als wichtige Investoren und als Auftraggeber für Mittelstand und Handwerk demnächst vielfach aus.

(Beifall von der SPD - Heiterkeit von CDU und FDP - Zurufe von Dr. Gerhard Papke [FDP] und Christian Lindner [FDP])

- Lesen Sie doch einmal beim Städte- und Gemeindebund nach. Dazu gibt es Erhebungen, Herr Lindner. - Schauen Sie sich das doch einmal im Detail an. Ihnen geht es gerade nicht um die Stärkung von Mittelstand und Handwerk, wie Sie behaupten,

(Zurufe von CDU und FDP)

sondern Ihnen geht es wie beim Thema Ladenöffnungszeiten, womit Sie gerade die kleinen Händler treffen, um die Durchsetzung einer ideologischen Position.

(Beifall von der SPD - Zurufe von der FDP: Oh!)

„Privat vor Staat“ lautet Ihr Credo. Das wollen Sie durchsetzen - auch da, wo es schadet.

Ihre Absicht, die Gewerbesteuer abzuschaffen, bedroht die Kommunen existenziell.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Die Gewerbesteuer ist für die Städte im Land unverzichtbar, weil sie die wichtigste gestaltbare Einnahmequelle ist. Herr Rüttgers, ich frage Sie: Was ist Ihre Alternative? Sie können doch diese Steuer nicht für die Gemeinden abschaffen, ohne einen quantitativ und qualitativ adäquaten Ersatz zu benennen.

(Beifall von der SPD - Christian Lindner [FDP]: Einen besseren!)

Die kommunalen Spitzenverbände laufen Sturm gegen diese Absicht. Sie gehen über ihre Bedenken wortlos hinweg. Ihre Koalition will sich um jeden Preis als Steuersenkungskoalition profilieren. Auch hierbei geht es um „Ideologie vor Sachverstand“. Sie opfern die Interessen unserer Kommunen für Ihre fragwürdigen Grundsatzpositionen. Das ist Fakt.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, wir nehmen Ihre Ankündigungen für das Ruhrgebiet mit Interesse zur Kenntnis. Aber haben Sie nicht vorher in Ihrer Rede alle Initiativen, die von uns kamen, gegeißelt? Da waren Sie wohl etwas unschlüssig.

(Zurufe von der SPD)

Doch wenn Ihre „Initiative Zukunft Ruhr“ mehr als eine Mogelpackung ist, kann daraus etwas Positives für das Ruhrgebiet erwachsen. Schöne Worte nutzen in diesem Zusammenhang nur wenig; Taten sind gefragt. Das Ruhrgebiet braucht auch weiterhin materielle Hilfe, damit es sich selber helfen kann.

(Beifall von der SPD)

Allerdings: Ihre Ministerin für Wirtschaft, Frau Thoben, kündigt schon an, dass Fördermittel aus Brüssel demnächst wohl nicht mehr vollständig abgerufen werden können, weil Sie die Kofinanzierungsmittel einsparen wollen.

(Zuruf von der SPD: Na, na!)

Das wäre für das Ruhrgebiet ein harter Schlag.

(Beifall von der SPD - Zurufe von Ministerin Christa Thoben)

- Frau Thoben, das ist Sache der Finanzminister.

(Heiterkeit von Ministerin Christa Thoben)

Aber die Entscheidung entsteht am Kabinetts-tisch. Sie muss von der gesamten Regierung mitgetragen werden. Das müssen Sie auch noch lernen.

(Beifall von der SPD - Minister Michael Breuer: Ich glaube nicht, dass das so schwer ist! - Zuruf von Ministerin Christa Thoben - Weitere Zurufe von der CDU)

Es zeigt sich: Die Ruhrgebietspartei ist und bleibt die SPD.

(Lebhafter Beifall von der SPD - Heiterkeit von Ministerin Christa Thoben)

Die SPD wird als Interessenvertretung des Ruhrgebiets im Landtag dafür sorgen, dass es nicht zu einer Benachteiligung der städtischen Zentren und insbesondere des Ruhrgebiets kommt.

Herr Kuhmichel, ich hoffe, dann sind Sie an meiner Seite. Denn es sind ja in Ihrer Fraktion nicht mehr so viele Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet da.

(Beifall von der SPD)

Gott sei Dank kündigen Sie an, die Clusterbildung, die Kompetenzzentren im Ruhrgebiet weiter fortführen zu wollen. Aber: Stärken stärken geht nicht ohne Geld.

Nebenbei bemerkt: Das Copyright für NRW auf diese Form der Wirtschaftsförderung haben wir. Frau Thoben kann noch so viel von der Gießkanne reden; sie führt in vollem Umfang unsere Wirtschaftspolitik fort - von den Kompetenzzentren bis zu Konzentration der Fördermittel bei der NRW-Bank. Das alles hat unser Copyright. Das werden wir festhalten.

(Beifall von der SPD)

Wir alle haben uns gestern erstaunt die Augen gerieben. Denn dieses Copyright gilt für mehr als 40 % Ihrer Regierungserklärung.

(Ministerin Christa Thoben: Was schimpfen Sie dann darauf? - Heiterkeit von der Landesregierung)

- Nein, ich mache auch auf die Bereiche aufmerksam, bei denen das nicht so ist, Frau Thoben. So differenziert kann ich schon argumentieren.

Ich nenne Ihnen jetzt die Bereiche, die ich damit meine und zu denen ich noch gar nichts gesagt habe: Gesundheitspolitik, Verkehrspolitik, Forschungspolitik und Europapolitik.

(Zuruf von der SPD: Fehlanzeige!)

Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Aus dem „proaktiven Ansatz“ der Regierung Steinbrück, der damals auf meine Initiative hin aufgenommen wurde, wurde jetzt die „Strategie der Vorfeldbeobachtung“.

(Zurufe von der CDU)

Ihre einzige kreative Leistung bestand darin, einen neuen Namen zu erfinden. Das ist Etikettenschwindel!

(Beifall von der SPD - Zuruf von der SPD:
Ja, genau!)

Meine Damen und Herren, Schwarz-Gelb flüchtet vor der Verantwortung. Ein durchgängiges Strickmuster Ihrer Regierungserklärung und Ihres Koalitionsvertrages ist es, die Lösung Ihrer Probleme auf andere abzuwälzen.

Sie beschließen den Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau und schieben die Verantwortung für den sozialverträglichen Stellenabbau der RAG zu. Sie versprechen eine Unterrichtsgarantie und lassen die Schulen dann mit der Aufgabe allein. Sie lassen sich für Bürokratieabbau und Verwaltungsreform feiern; die Kosten sollen dann die Kommunen und andere tragen.

Was Sie als neue Kultur unter dem Motto „Privat vor Staat“ verkaufen, ist in Wirklichkeit ein Wegschleichen aus der Verantwortung.

(Beifall von der SPD und Bärbel Höhn
[GRÜNE])

Herr Ministerpräsident, Sie haben gestern noch einmal ausdrücklich „bis zu 20 % Kürzungen bei den Förderprogrammen des Landes“ angekündigt. Neue Ehrlichkeit - ernst genommen - heiße klar zu sagen, was das für wen bedeutet;

(Zuruf von der SPD: Richtig!)

Ihre Eingrenzung „bis zu“ ist völlig vage. Wenn Sie in den sozialen Bereichen noch weiter kürzen, als wir das bisher schon tun mussten, werden die Strukturen nicht mehr zu halten sein. Es geht um den Erhalt der gewohnten Hilfsangebote für viele Bürgerinnen und Bürger. Für viele Beschäftigte steht dann ihr Arbeitsplatz auf dem Spiel.

Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen nur raten, in diesem Prozess sehr sensibel zu agieren. Das tun Sie leider nicht, wenn Sie hier verkünden, wo weniger Geld ist, seien mehr Ideen und Phantasie gefragt. Dahinter steht die Forderung, jeder müsse Kreativität entwickeln, mit weniger oder ohne Geld soziales Engagement aufrechtzuerhalten. - Das ist so, als würden Sie einem Bettler predigen, allein die Vorstellung eines schönen Fünf-Gänge-Menüs mache ihn schon satt.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestern ist dem Ministerpräsidenten ein Versprecher unterlaufen, als er sagte: „Mit uns hört der Staat auf, ...“

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Ein freudscher Versprecher? Ihr Bild vom Staat ist das eines - zugegebenerweise modernisierten - Nachwächterstaates. Sie wollen nicht den Staat als starken Partner der selbstbestimmten Bürgerinnen und Bürger. Sie wollen den Staat aus immer mehr Bereichen verdrängen. Wortwörtlich haben Sie gesagt: „Nur ein Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, ist auch stark.“

(Beifall von CDU und FDP)

- Nicht zu früh klatschen! Das hatten wir vorhin schon einmal! - Für uns bleibt es dabei: Einen solchen Staat können sich nur die Reichen leisten.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN -
Widerspruch von der CDU)

Kommen wir zum Thema „Bürokratieabbau“; davon reden Sie ja gerne und viel. Gleichzeitig verweigern Sie Reformen. Die Polizeireform ist abgesagt. Die Landräte haben sich bei der CDU durchgesetzt und dürfen weiter mit Eskorte und Blaulicht durchs Land fahren.

(Minister Karl-Josef Laumann: Wo wohnen
die eigentlich? - Zurufe von der CDU)

- Das müssen Sie jetzt aushalten, das war andersherum auch immer so. - Statt mehr Polizei auf die Straße zu bringen, erhalten Sie Strukturen, die in allen anderen Flächenländern gerade abgebaut werden oder schon abgebaut sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Verwaltungsstrukturreform schieben Sie auf die lange Bank. Wer eine Reform bis 2013 ankündigt, der könnte auch sagen: Sankt-Nimmerleins-Tag.

(Werner Jostmeier [CDU]: Haben Sie
gestern nicht zugehört?)

Eines verstehe ich dabei überhaupt nicht: Ich halte es - gelinde gesagt - für höheren Blödsinn, jetzt zuerst die Sonderbehörden aufzulösen, sie in die Bezirksregierungen zu integrieren, um dann in einigen Jahren die Bezirksregierungen abzuschaffen. Diese Logik müssten Sie mir dann im Nachhinein bitte noch einmal erklären.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer aufmerksam die Reden und Äußerungen der neuen Regierungsmitglieder verfolgt, der spürt deutlich die Änderungen seit der Wahl.

(Zustimmung von der CDU)

Auf einmal hören wir positive Töne über NRW. Herr Rüttgers, glauben Sie und Ihr Kabinett wirklich, Sie kommen damit durch, alles das, was hier im Land in 39 Jahren an hervorragenden Strukturen aufgebaut worden ist, jetzt als Ihr Werk zu verkaufen? Glauben Sie das wirklich?

(Beifall von der SPD)

Ich kann Ihre Gründe ja verstehen, aber Sie versuchen, die Bürgerinnen und Bürger - und deshalb ist es gefährlich - um ihre Leistungen zu prellen. Sie reden die Vergangenheit schlecht, um sich die Gegenwart und Zukunft schönzumalen. Mit dieser Taktik treffen Sie aber nicht nur die SPD. Sie treffen die Menschen insgesamt und das Land.

Die SPD hat 39 Jahre lang in diesem Land regiert, weil wir gemeinsam mit den Menschen eine gute Arbeit für das Land erbracht haben. Darum haben die Wählerinnen und Wähler immer wieder uns ihr Vertrauen geschenkt.

(Zuruf von der CDU: Diesmal nicht!)

Und dieses Vertrauen werden wir zurückgewinnen. Darauf können Sie sich verlassen!

(Lebhafter Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, hören Sie sich doch einmal an, was Ihr Ministerpräsident nur fünf Tage nach seiner Vereidigung beim Besuch einer hochrangigen chinesischen Wirtschaftsdelegation gesagt hat. Es ging um das Potenzial Nordrhein-Westfalens, das nun einmal in 39 Jahren SPD-Regierung entstanden ist. Das werden Sie ja wohl kaum leugnen können.

(Widerspruch von der CDU - Zuruf von der SPD: Zuhören!)

Mit freundlicher Erlaubnis zitiere ich:

Nordrhein-Westfalen bietet Investoren exzellente Rahmenbedingungen. Nordrhein-Westfalen vereinigt bereits jetzt die meisten ausländischen Direktinvestitionen Deutschlands auf sich. Hierfür sind unter anderem eine dichte Hochschullandschaft, gut ausgebildete Fachkräfte und eine hervorragende Verkehrsinfrastruktur verantwortlich.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört!)

Die Standspurbeschleunigung brauchen wir offensichtlich gar nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ja, so ist es: Nordrhein-Westfalen ist gut, Nordrhein-Westfalen ist stark. Wir sind stolz auf dieses

Land. Es waren 39 gute Jahre für Nordrhein-Westfalen.

(Lebhafter Beifall von der SPD - Lachen von CDU und FDP)

Noch ein paar Realitäten dazu!

(Zurufe von der Regierungsbank)

- Ein paar Realitäten müssen Sie sich schon noch anhören. - Herr Ministerpräsident, Sie haben von einem starken Medienland NRW gesprochen. Auf dem Medienforum haben Sie den Medienstandort NRW als international Spitze gelobt.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das habe ich nicht!)

- Das haben Sie.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das habe ich nicht!)

Das ist das Ergebnis der Arbeit Ihrer Vorgänger Clement und Steinbrück eben gegen den Widerstand der CDU!

(Beifall von der SPD)

Herr Rüttgers, Nordrhein-Westfalen ist einer der modernsten Dienstleistungsstandorte in Europa. Im Zukunftssektor Dienstleistung arbeiten inzwischen 6 Millionen Menschen an Rhein und Ruhr. Auch das ist ein Erfolg der SPD. Sie haben immer nur gemäkelt. Unser Land ist auch im internationalen Vergleich ein Topstandort der Gesundheitswirtschaft mit heute bereits mehr als 1 Million Beschäftigten, davon mehr als 300.000 im Ruhrgebiet. 2015 werden es bis zu 200.000 mehr sein. Das ist der Erfolg der SPD. Sie standen dabei immer nur auf der Bremse, auch hier im Parlament.

(Beifall von der SPD)

Ich will Sie nicht mit einer langen Aufzählung langweilen. Aber tun Sie bitte nicht so, Herr Rüttgers, als seien Sie der Heilsbringer des Landes. Nordrhein-Westfalen war bereits vor Ihrer Regierungsübernahme ein schönes, kraftvolles Land mit phantastischen Menschen, die anzupacken wissen. Nordrhein-Westfalen ist nicht erst am 22. Mai 2005 entstanden! Hören Sie damit auf!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, Sie merken: Die SPD nimmt ihre Oppositionsrolle offensiv an.

(Zurufe von der CDU)

- Das haben Sie doch gemerkt. - Wir stehen zum Modell vom starken Partner Staat statt einem modernen Nachtwächterstaat. Wir werden soziale Ungerechtigkeiten offen legen und die Alternativen aufzeigen. Wir werden die Regierung daran messen, ob sie ihre Versprechen einlöst. Wir werden Haushaltskonsolidierung durch die Regierung und die Parlamentsmehrheit einfordern und keine Erblastlüge gelten lassen. Wir werden Ihnen kein Verzögern, kein Taktieren und kein Aussitzen durchgehen lassen. Dessen dürfen Sie sich gewiss sein.

Aber - und dafür stehe ich auch persönlich -: Wir bieten Ihnen da Zusammenarbeit an, wo es um das Wohl des Landes geht. Das gilt zum Beispiel für eine sinnvolle Verwaltungsstrukturreform. Wir erwarten dazu Ihre Vorschläge. Das gilt gleichermaßen für den von Ihnen gestern leider nicht angesprochenen Bereich Föderalismus/Föderalismusreform. Die gute Zusammenarbeit aller Fraktionen bei diesem Thema sollte auch in der 14. Wahlperiode fortgesetzt werden.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

In den Feldern, wo wir Kontroversen austragen müssen, werden wir in den nächsten Jahren hart und engagiert um den besten Weg für Nordrhein-Westfalen streiten. Messlatte sollte dabei für uns alle allein das Wohl des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger sein.

Herr Ministerpräsident, Ihre Regierungserklärung ist keine gute Basis. Sie sind den von Ihnen selbst geschürten Erwartungen nicht gerecht geworden. Sie müssen offensichtlich in der Regierungsverantwortung erst noch ankommen. Regieren verlangt Verantwortung. Verantwortung braucht Mut. Mutig war Ihre Erklärung gestern nicht. - Glückauf!

(Lang anhaltender Beifall von der SPD - Beifall von den GRÜNEN - Die Mitglieder der SPD-Fraktion erheben sich von ihren Plätzen.)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kraft. - Das Wort hat für die CDU-Fraktion jetzt deren Vorsitzender, Herr Stahl. Bitte schön.

Helmut Stahl (CDU): Sie brauchen offensichtlich viel Mut

(Ralf Jäger [SPD]: Wir haben Mut!)

und viel Eigenmotivation, liebe Kolleginnen und Kollegen. - Dieser Landtag hat sich am 8. Juni konstituiert. Am 22. Juni hat er Jürgen Rüttgers zum neuen Ministerpräsidenten unseres Landes gewählt.

(Beifall von CDU und FDP - Ralf Jäger [SPD]: Eine Wahnsinnsneuigkeit!)

Vor den Abgeordneten des Landtags haben die neuen Ministerinnen und Minister am 6. Juli ihren Amtseid geleistet.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Und sind anschließend in Urlaub gefahren!)

Gestern hat der Ministerpräsident seine Regierungserklärung abgegeben.

(Zurufe von der SPD)

Das bedeutet: In rund sieben Wochen seit dem Wahltermin am 22. Mai ist es gelungen, die Koalitionsgespräche zu führen, eine Koalitionsvereinbarung abzuschließen, ein Kabinett zu bilden und ein Regierungsprogramm vorzustellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Zur Erinnerung: Vor fünf Jahren hat die damalige Koalition aus Rot und Grün fast vier Monate gebraucht, nur um eine Regierungserklärung hinzubekommen -

(Beifall von CDU und FDP - Rainer Schmeltzer [SPD]: Dafür stand was drin!)

und das in einer weiter bestehenden Koalition. Wir haben gehandelt, Sie waren schon damals zerstritten.

(Beifall von der CDU)

Die Koalition der Mitte hat mit der Wahl des Ministerpräsidenten die politische Verantwortung für Nordrhein-Westfalen übernommen. Zur Erinnerung: Das ist nicht einmal drei Wochen her.

Vertrauensvoll in der Zusammenarbeit, mit Respekt vor der Position der anderen, ruhig und sachorientiert haben CDU und FDP die Grundlagen dafür geschaffen. Dass dies so möglich war, dafür bedanke ich mich für meine Fraktion wie persönlich bei den Kolleginnen und Kollegen der FDP.

(Beifall von der CDU)

Der zügige und zielorientierte Ablauf wäre nicht möglich gewesen ohne eine feste, gleichwohl besonnene vertrauensbildende Hand. Dafür sage ich Dank. Dafür danke ich unserem Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers.

(Beifall von CDU und FDP - Zurufe von der SPD: Oh!)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

An diesen beiden Plenartagen sprechen wir erstmals im Plenum des Landtages über die Wahlen am 22. Mai und über die Veränderungen, die sie für die Politik unseres Bundeslandes bringen. Ich bekenne frank und frei und für mich persönlich: Ich habe mich am Abend des 22. Mai mit vielen Menschen in Nordrhein-Westfalen unbändig gefreut.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe mich mit meinen 88 Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion der CDU gefreut. Wir sind jetzt die größte Fraktion in unserem Landtag.

(Beifall von der CDU)

Ich sage Ihnen: Ich finde das schön.

(Gisela Walsken [SPD]: Jetzt regieren wir mal!)

Noch schöner finde ich: Gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der FDP haben wir uns über die Chance der Regierungsübernahme gefreut, und wir haben diese Chance genutzt.

(Ralf Jäger [SPD]: Das ist wunderschön!)

Gemeinsam sind wir ein Stück stolz darauf, dass und wie uns dieser Übergang gelungen ist, wie wir ihn gestaltet haben. Wir nehmen diese Freude, dieses Stückchen Stolz, diesen Optimismus mit in die kommende Zeit.

Wir sind uns bewusst, dass sich diese Koalition der Erneuerung

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Und der Erleuchtung!)

großen Aufgaben stellen muss. Wir sehen uns vor die riesen Aufgabe gestellt, unserem Land wieder die Chance für eine gute Zukunft zu geben.

(Ralf Jäger [SPD]: Ich schlage Sie für die Heiligsprechung vor!)

In seiner Regierungserklärung am 30. August 2000 erklärte der damalige Ministerpräsident Clement - ich zitiere, Herr Präsident -:

„Unsere Messlatte ist klar: Wir wollen die Arbeitslosigkeit in den kommenden fünf Jahren deutlich herunterbringen.“

Meine Damen und Herren, heute sind rund 1 Million Menschen in Nordrhein-Westfalen arbeitslos, etwa 300.000 mehr als damals. Sie haben die Menschen enttäuscht. Wir werden die Menschen nicht enttäuschen.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, wenn Sie davon sprechen, dass wir, gerade drei Wochen in Regierungsverantwortung, die Wählerinnen und Wähler getäuscht hätten, dann tun Sie so, als sei eine Konjunkturbelebung in drei Wochen möglich.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das haben Sie selber gesagt! - Gisela Walsken [SPD]: Sie sagen das doch!)

Mit Verlaub,werte Kollegin: Das ist schlicht bekloppt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn ich gewärtige, dass bei länderübergreifenden Vergleichsrechnungen Nordrhein-Westfalen erneut nicht gut abschneidet, dann tut das nicht gut. Das ist nicht den Kindern und Jugendlichen und nicht zuerst den Eltern anzulasten. Es ist vor allem Folge einer falschen, über viele Jahre ideologisch geprägten Schulpolitik in unserem Land.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie noch Regierungsverantwortung tragen, hätten Sie jetzt wieder gesagt: Fürchtet euch nicht; wir sind auf gutem Wege.

(Heiterkeit von der CDU)

Ich habe einmal den Vergleich „Zentrale Ergebnisse des zweiten Vergleichs der Länder in Deutschland - Pisa-E“, der heute veröffentlicht wird, durchgeblättert. Mathematische Kompetenz 2000 und 2003 im Vergleich: Nordrhein-Westfalen am Schluss. Mathematische Kompetenz in Pisa 2000 und 2003: Nordrhein-Westfalen an drittletzter Stelle. Mittelwertvergleiche für Lesekompetenz in Pisa 2000 und 2003: Nordrhein-Westfalen an letzter Stelle. - Ich könnte so weitermachen, will das aber nicht tun.

Schlimm ist nicht nur, dass wir im hinteren Mittelfeld sind; schlecht ist auch, dass wir seit 2000 offenbar noch zurückgefallen sind.

Wenn Sie jetzt hier mit „Lehrerlüge“ agitieren, Frau Kraft, dann ist das nicht mehr als Ablenkung. Dann ist es die Lebenslüge von Rot-Grün, um das eigene Versagen zu vertuschen. Die Lebenslüge von Rot-Grün!

(Beifall von CDU und FDP)

Mit der Regierungserklärung vor fünf Jahren hatte sich Rot-Grün das Ziel gesetzt, die Nettoneuverschuldung bis 2005 auf unter 5 Milliarden DM herunterzubringen, also auf etwa 2,5 Milliarden € im laufenden Jahr. Tatsache ist: Wir müssen für dieses Jahr mit etwa dem Dreifachen rechnen. Sie haben uns und den Menschen in unserem Land

einen gigantischen Schuldenberg hinterlassen - einen Schuldenberg, der der Politik die Handlungsfähigkeit zu rauben droht.

Diese gerade von mir geschilderten Probleme finden wir, findet die Koalition der Erneuerung, vor. Diese Probleme haben nicht wir verursacht. Wir haben vor ihrem Entstehen gewarnt. Wir haben die Hilflosigkeit der früheren Landesregierung und der sie tragenden rot-grünen Koalition angesichts dieser gewaltigen Probleme thematisiert, in der letzten Legislaturperiode wie auch davor.

Wir mussten zusehen, wie diese Probleme unbeherrscht blieben - und vor allem, wie die Staatsverschuldung in einem nie gekannten Ausmaß explodierte. Sie, die alte Landesregierung und die frühere Koalition, sind immer neu aus der Verantwortung geflüchtet. Sie hatten nicht die Kraft für notwendige Veränderungen. Peer Steinbrück ist letztlich an den Widerständen in Ihren Reihen gescheitert.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich verstehe, dass er heute nicht da ist.

Frau Kraft, wenn Sie mit Blick auf Erblasten den jetzigen Ministerpräsidenten als Teil des Systems Kohl bezeichnen: Es stimmt. Wir beide sind stolz darauf, unter einer erfolgreichen Regierung gedient zu haben:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gedient unter Kohl!)

unter einer Regierung, die die deutsche Einheit gepackt hat; unter einer Regierung, die die europäische Einigung vorangebracht hat; unter einer Regierung, die die Forschungslandschaft in den neuen Ländern mit aufgebaut hat - das war Solidarität, Frau Kraft -;

(Beifall von CDU und FDP)

unter einer Regierung, die mit dem BioRegio-Wettbewerb neue innovative Instrumente in die Politik eingebracht hat. Ja, darauf sind wir stolz. Wir sind Teil des Systems Kohl, jawohl.

(Beifall von CDU und FDP - Rainer Schmeltzer [SPD]: Diener des gescheiterten Kohl!)

Dass es in Nordrhein-Westfalen kein „Weiter so“ gab, war klar und ist klar. Genau deshalb haben die Bürgerinnen und Bürger Rot-Grün am 22. Mai das Vertrauen entzogen. Und deshalb sitzen Sie nun auf den Bänken der Opposition.

(Ralf Jäger [SPD]: Es sind Stühle!)

Die neue Koalition hat die Kraft zur Erneuerung aus der Mitte unseres Landes. Dafür ist die Koali-

tionsvereinbarung von CDU und FDP die Basis. Dafür ist die Regierungserklärung Programm der Erneuerung unseres Landes.

Herr Ministerpräsident, zu Ihrer gestrigen Regierungserklärung gratulieren wir Ihnen. Ihre Regierungserklärung ist realistisch wie visionär, ist wer- tegestützt und in den Maßnahmen konkret.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir als stärkste Fraktion in diesem Landtag werden Sie und die ganze Landesregierung bei der Verwirklichung dieses anspruchsvollen Projektes voll und ganz unterstützen. Das sagen wir Ihnen heute hier zu.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, seit dem Abend des 22. Mai wissen wir auch, dass es die Chance der Erneuerung nicht nur für unser Bundesland gibt, sondern dass die Chance der Erneuerung für die ganze Bundesrepublik Deutschland gegeben ist.

Die Problemlagen, die den Wechsel in Nordrhein-Westfalen herbeigeführt haben, sind mit denen im Bund durchaus vergleichbar.

5 Millionen Menschen in Deutschland sind arbeitslos. Allein in den letzten drei Jahren gingen 1,5 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse unter Rot-Grün verloren. Damit drohen Millionen Menschen in die Perspektivlosigkeit abzugleiten.

„Sozial ist, was Arbeit schafft“, das sagen wir, Frau Kraft. Wenn Sie so tun, als ob das „Weiter so in alten Bahnen“ etwas daran ändern könnte, dass es weiter in die Arbeitslosigkeit geht, dann belügen Sie die Menschen in diesem Land.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir sind im Bund mit einer desaströsen Finanzpolitik konfrontiert. Jedes Jahr gibt es neue Schuldenrekorde. Das strukturelle Defizit im Bundeshaushalt liegt bei 50 bis 60 Milliarden €. Die Erfüllung der Maastricht-Kriterien rückt in immer weitere Ferne. Rot-Grün ist handlungsunfähig. Das Projekt Rot-Grün, falls es dieses je gab, ist gescheitert. Das Drumherum um die vom Bundeskanzler verlorene Vertrauensfrage ist unserem Land unwürdig.

(Beifall von CDU und FDP)

Unser Programm der Erneuerung unseres Bundeslandes, unser Programm der Solidarität und der Leistungsbereitschaft kann besser gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger auch im Bund

einer Koalition aus Union und FDP ihr Vertrauen geben. Ich bin optimistisch, weil ich weiß, dass die Bürgerinnen und Bürger fähig sind zur Vernunft. Denn es widerspräche jeder Vernunft, Parteien Vertrauen zu schenken, die sich selbst nichts mehr zutrauen. Es widerspräche jeder Vernunft, einem Bundeskanzler zu vertrauen, der sich selbst misstraut. Deshalb, meine Damen und Herren, bin ich optimistisch für die Bundestagswahl, die uns, wenn der Bundespräsident so entscheidet, im September bevorsteht.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Umstände hatten Sie, Frau Kollegin Kraft, es heute Morgen schwer.

(Zurufe von der SPD: Nein!)

Nach Regierungs- und Vertrauensverlust zu einer gelungenen Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten Stellung zu nehmen, war keine leichte Aufgabe.

(Carina Gödecke [SPD]: Für Frau Kraft schon!)

Sie, Frau Kollegin Kraft, haben diese Aufgabe nicht gelöst. Sie haben hier mehr als eine Stunde lang den Flachsinn der Woche verbreitet.

(Beifall von CDU und FDP - Zuruf von der SPD: Unverschäm! - Weitere Zurufe von der SPD)

Sie hatten die Möglichkeit, offensiv nach vorne zu gehen und zu erklären: Es war in den letzten 39 Jahren alles gut. - Oder Sie hatten die Möglichkeit, defensiv zu fahren, die „Ich-bin-ja-so-enttäuscht-Nummer“ aufzuführen. Sie haben eine Mischung aus beidem gewählt, und das muss schief gehen.

(Carina Gödecke [SPD]: Sie haben nicht zugehört! - Ralf Jäger [SPD]: Waren Sie da?)

Sie haben wirklich den Flachsinn der Woche verbreitet. Ich möchte das an einigen Beispielen - es lohnt sich nicht, auf Details einzugehen - deutlich machen. Ich frage Sie: Woher haben Sie eigentlich, dass irgendjemand aus unseren Reihen Gewerkschaften aus den Betrieben drängen will?

(Hannelore Kraft [SPD]: Von Ihrem Koalitionspartner!)

Wie kann man kritisieren, dass ein Ministerpräsident vor einer Wirtschaftsdelegation eines großen Staates das Land Nordrhein-Westfalen positiv darstellt? Sollte er sagen, es ist hier ganz schlimm?

(Zurufe von der SPD)

Er hat doch aus der Situation das Beste gemacht. Wie kommen Sie dazu, das zu kritisieren?

(Beifall von CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Sie haben die soziale Gerechtigkeit bei Einzelmaßnahmen, die jetzt im Bundestag und im Bundesrat zur Entscheidung anstehen, angemahnt; Stichworte: Entfernungspauschale, Eigenheimzulage und anderes mehr. Gab es eigentlich kein Koch-Steinbrück-Papier, in dem das alles steht? Alles vergessen, alles weg? So einfach können Sie nicht den flotten Socken machen und sich von dem verabschieden, was Sie uns allen noch vor ein paar Wochen im Plenum, den Medien und den Menschen erklärt haben. Das ist flach, das ist Flachsinn.

(Beifall von der CDU - Zurufe von der SPD)

Wir, die CDU und die FDP als Koalition der Erneuerung, kämpfen um die Zukunft. Sie, Frau Kraft, und Ihre Fraktion - das hat Ihre Rede, das haben aber auch die bisherigen Diskussionen im Plenum gezeigt - kämpfen um die Vergangenheit, die Sie zu Ihrer Vergangenheit machen wollen. Sie haben dokumentiert, dass Sie im alten Denken verbleiben, eben in Rot pur, und das ist abgewählt worden, das ist nicht zukunftsträchtig.

(Beifall von CDU und FDP - Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Was Sie hier im Plenum mit Ihren Anträgen, Ihren Begehren nach direkter Abstimmung veranstalten, das dient doch mehr Ihrer Selbstfindung und der Selbstfindung Ihrer Fraktion. Das ist doch keine ernsthafte Politik. Ernsthafte Politik würde zunächst die Frage stellen, warum Sie gescheitert sind. Dieser Frage weichen Sie jedoch konsequent aus. Sie wären gut beraten, darauf schnellstmöglich Antworten zu suchen.

(Zuruf von der SPD: Man kann auch fragen, warum Sie gewonnen haben!)

Uns und mir erschließt sich auch nicht, warum Sie bei Ihren Anträgen immer auf eine direkte Abstimmung drängen. Damit dokumentieren Sie doch, dass Sie an einer wirklichen, einer gründlichen Diskussion überhaupt nicht interessiert sind, denn Ort dafür wären die Ausschüsse. Offensichtlich haben Sie nicht realisiert, dass Sie die Mehrheit in unserem Landtag verloren haben. Sie wollen es einfach nicht wahrhaben, und weil Sie es nicht wahrhaben wollen, wollen Sie das am Ende nahezu jedes Tagesordnungspunktes genau wis-

sen. Wir zeigen es Ihnen dann mit unserer stabilen Mehrheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn jemand ein Bein verliert, redet man manchmal vom Phantomschmerz. Das Bild hinkt zwar, aber ich habe den Eindruck, Sie wollen immer wieder den Phantomschmerz erfahren, weil Sie meinen, Sie hätten die Mehrheit, die Sie verloren haben, noch.

Und von ebenso geringem Realismus zeugt Ihre Kritik daran, dass sich die Landesregierung bis 2010 nicht in der Lage sehe, einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen.

(Zuruf von der SPD: Das haben Sie doch erklärt!)

Ich möchte Sie an Folgendes erinnern: Sie haben 39 Jahre lang unser schönes Bundesland regiert. Sie haben in diesen 39 Jahren keinen einzigen Haushalt ohne eine satte Nettokreditaufnahme, ohne neue Schulden vorgelegt und verabschiedet.

(Zuruf von der SPD: Wollen wir mal sehen, was kommt!)

Und am Ende Ihrer Zeit wurde der Schuldenaufbau immer dramatischer. Wir haben ein strukturelles Defizit - der Finanzminister hat es hier im Plenum erläutert - von 7 bis 8 Milliarden €. Sie haben in 39 Jahren Ihren mangelnden Willen und Ihre mangelnde Fähigkeit unter Beweis gestellt, ausgeglichene Haushalte vorzulegen.

(Beifall von CDU und FDP - Zuruf von der SPD: Sie haben doch immer noch mehr Ausgaben gefordert! - Hannelore Kraft [SPD]: Dann machen Sie das doch!)

Und jetzt nach unserem Willen zum Schuldenabbau zu fragen, Frau Kollegin Kraft, ist peinlich. Das liegt einfach daneben.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie jetzt Anträge stellen, die Überlegungen zur Erhöhung der Mehrwertsteuer kritisieren, und sich dabei wie die Kinder in der Hoffnung freuen, einen Keil zwischen die FDP und die CDU treiben zu können, ist das peinlich.

(Hannelore Kraft [SPD]: Quatsch!)

Denn Sie blenden Ihr Versagen in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik aus. Sie blenden aus, dass es nicht nur um eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gehen kann und gehen soll. Es geht vor allem darum, durch die Senkung der Arbeitskosten eine Verbesserung der schlimmen Verhältnisse an unseren Arbeitsmärkten herbeizufüh-

ren. Dazu nehmen Sie nicht Stellung. Stattdessen schlagen Sie sich populistisch in die Büsche und setzen dabei auf ein kurzes Gedächtnis der Medien und der Kolleginnen und Kollegen im Landtag.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Ich habe noch vor Augen und noch im Ohr, wie hier vor wenigen Monaten Peer Steinbrück versuchte, Jürgen Rüttgers und uns mit dem Angebot zu jagen, die Mehrwertsteuer zu erhöhen, um gleichzeitig die Lohnnebenkosten zu senken.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, es ist peinlich. Sie liegen voll daneben mit Ihren Einlassungen, mit Ihrem Opportunismus.

Voll daneben liegt auch Ihr Versuch, Frau Kollegin Kraft, Ihre eigene Politik zu dementieren. Stünde unser Land ähnlich gut wie beispielsweise Baden-Württemberg da, würden Sie für sich politisch in Anspruch nehmen, dass es Ihre Arbeit und Ihre Leistung gewesen wären, die Nordrhein-Westfalen besser als andere Bundesländer abschneiden ließen.

Fakt ist jedoch, dass unser Land in allen wesentlichen Kennziffern von Arbeitslosigkeit - vor allem Langzeitarbeitslosigkeit - über die Raten des Wirtschaftswachstums bis hin zur Staatsverschuldung massiv schlechter dasteht als andere Bundesländer. Das ist ausschließlich Ihre Verantwortung.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb müssen Sie sich die von Ihnen zu verantwortenden Strukturdefizite politisch anrechnen lassen. Davor können Sie sich nicht drücken. Aus dieser Verantwortung werden wir Sie nicht entlassen.

Ich empfehle Ihnen, dabei zu Fuß und nicht auf hohem Ross zu kommen - vor allem nicht auf dem hohen Ross der Moral. Denn in Nordrhein-Westfalen haben roter Filz und Skandale über Jahre hinweg Schneisen geschlagen. Die werden die Bürgerinnen und Bürger nicht vergessen:

(Beifall von CDU und FDP - Zuruf von der SPD: Der Kohl hat immer noch nichts aufgedeckt!)

von der Flugaffäre und HDO, über die Gesellschaft zur Wirtschaftsförderung bis hin zu aktuellen Vorkommnissen bei der Landesentwicklungsgesellschaft, ganz zu schweigen von den Milliarden Euro, die Sie bei der West-LB mitverbrannt haben. Und ich bin sicher, dass wir längst noch nicht alles gesehen haben. Aus dieser Verantwortung werden wir Sie nicht entlassen. Seien Sie

bescheiden! Gucken Sie hin, bevor Sie hier mit Moral hantieren.

(Beifall von CDU und FDP - Zuruf von der SPD: Seien Sie doch bescheiden!)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir - Landesregierung und Koalition der Mitte - werden jetzt ans Werk gehen. Wir werden das ruhig, zielorientiert, solide und mutig tun.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Und mit Erleuchtung!)

Wir wissen, dass es Widerstände geben wird, weil es Interessen gibt, in die wir eingreifen müssen. Das geschieht nicht aus Willkür. Es geht darum, Weichen für eine bessere Zukunft unseres Landes zu stellen.

Dazu hat uns die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler am 22. Mai den Auftrag gegeben - den Auftrag, unser Land wieder zu einem Land der Chancen, zu einem Land, das Kindern und Jugendlichen wieder Perspektiven auf ein gutes und eigenständiges Leben bietet, zu machen. Wir wollen aus der Schuldenfalle raus und wieder die Mittel für Investitionen in Menschen und Infrastruktur erwirtschaften.

(Zurufe von der SPD: Wie denn? Durch „Weiter so“!)

Wir werden im Verfolgen unseres Weges stark sein, damit unser Land wieder erstarken kann. - Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Stahl. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt die Fraktionsvorsitzende Frau Löhrmann das Wort.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Ach, Herr Kuhmichel! - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde: Alles hat seinen Platz. Um eines gleich vorweg zu sagen: Wenn wir ein Hochamt und eine Messe hören wollen, gehen wir in die Kirche. Das tue ich bisweilen auch ganz gerne. Wenn wir Politik machen wollen, machen wir Politik. Sie gehört in dieses Parlament und nicht eine Messe nach der anderen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der Weihrauch fehlt noch; doch auch der gehört in die Kirche.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Wir brauchen noch ein Messbuch!)

Deswegen wundert mich, Herr Stahl: Von was für einem Parlamentsverständnis auf Ihrer Seite zeugt es, wenn Sie uns vorwerfen, dass wir Anträge stellen und Ihre Meinung zu bestimmten Dingen hören wollen?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir wollen schlicht und ergreifend Ihre Meinung zu bestimmten Dingen erfahren, damit wir wissen, was von den Ankündigungen, die wir zuhause gehört haben, ganz konkret bleibt. Auf die Mehrwertsteuers Diskussion komme ich noch zu sprechen.

Meine Damen und Herren, die Menschen in Nordrhein-Westfalen waren am 22. Mai auf Wechsel gestimmt. Sie wollten etwas anderes. Sie wollten etwas Neues an der Regierung. Das haben sie bekommen. Ob es etwas Besseres wird, wage ich nach Ihrer gestrigen Vorstellung, Herr Ministerpräsident, zu bezweifeln. Denn die Selbstbestimmung, die Sie vorangestellt haben, heißt de facto Entsolidarisierung. Wenn Sie von Vielfalt sprechen, droht doch immer wieder die Einfalt Ihrer deutschen Leitkultur. Kohl lässt grüßen! Nicht nur mich erinnert das an die geistig-moralische Wende.

Herr Stahl, ich verstehe ja den Stolz. Ich verstehe auch das Gefühl darüber, dass Sie jetzt dran sind. Das sei Ihnen auch gegönnt. Wenn Sie dann aber die Leistungen der deutschen Einheit würdigen, frage ich doch, ob sich das nicht zumindest mit etwas Nachdenklichkeit mischt, weil das doch nun auch die Zeit war - bei aller Anerkennung -, in der die wesentlichen Reformen, die in Deutschland notwendig sind, verschlafen worden sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es gehört doch zur Ehrlichkeit dazu, das auch zu sagen. Da habe ich in den letzten Jahren den Eindruck gehabt, dass auch aus Ihren Reihen, aus den Reihen der Union zumindest Einzelne weiter waren.

Wenn Sie bei all Ihrem Stolz, im Kabinett Kohl gewesen zu sein, jetzt hier den SPD-Filz kritisieren, kann ich Ihnen nur sagen: Bleiben Sie auf dem Teppich! Immerhin war Kohl bisher der einzige Kanzler in dieser Republik, der sein Ehrenwort über unsere Verfassung gestellt hat. Daran will ich dann auch erinnern, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ja, die Menschen haben uns die Oppositionsrolle in NRW zugewiesen. Diese nimmt die grüne Fraktion selbstverständlich an - kritisch, aber konstruktiv und an der Sache orientiert. Wir freuen uns auf die Auseinandersetzungen hier in diesem Hause.

Ich garantiere Ihnen, Herr Ministerpräsident: Wir werden Sie an Ihren vollmundigen Versprechungen messen. Wir werden Ihnen auf die Finger gucken. Wir werden Sie daran messen, ob Sie und Ihre Regierung die Zukunftsfragen dieses Landes meistern. Das ist unser demokratischer Auftrag, und den nehmen wir selbstverständlich an.

(Beifall von den GRÜNEN)

In dem Zusammenhang betone ich aber auch: Wir Grüne werden keinen Marktschreierwettbewerb in der Opposition veranstalten. Wir werden nicht wie Sie in all den Jahren allen alles versprechen. Wir werden seriös klar machen: Wir sind jederzeit bereit, die Regierung wieder zu übernehmen. Wir werden auch nicht alles ablehnen, nur weil eine Vorlage von Ihrer Seite kommt.

Meine Damen und Herren, das Wahlergebnis ist eine Zäsur für Nordrhein-Westfalen und ein großer Vertrauensvorschuss für die rechte Seite des Hauses und auch für Sie persönlich, Herr Ministerpräsident. Sie haben im Wahlkampf viele Versprechungen gemacht, Hoffnungen geweckt und Erwartungen angestoßen. Ob Sie diese erfüllen können, wird sich zeigen. Im Interesse des Landes und der Menschen kann ich Ihnen, auch wenn wir uns das Ergebnis anders vorgestellt hätten, nur viel Erfolg wünschen. Wo wir können und das für richtig halten, werden wir Sie auch bei Ihrer Arbeit unterstützen. Aber das war's dann auch; denn gute Mine zum bösen Spiel dürfen Sie von uns nicht erwarten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Und böse Spiele haben Sie uns in den letzten Tagen schon genug geboten.

Beispiele gefällig? - Die Sache mit dem Kindergeld: Sie beklagen, dass 1 Million Kinder in Deutschland von Grundsicherung abhängig sind. Zur Lösung dieses Problems schlagen Sie vor, das Kindergeld um 53 € zu erhöhen. Ergebnis dieses Vorschlags wäre, dass die Eltern aller Kinder - ich betone: aller Kinder! - erheblich mehr Geld bekommen. Nur für die 1 Million Kinder, die heute in der Grundsicherung leben, gibt es keinen Cent mehr.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das Einzige, was sich für diese Kinder ändert, ist der Name der Leistung.

Herr Rüttgers, Ihre Armutsbekämpfung heißt „mehr Geld für Reiche“. Das ist nicht nur unsinnig, das ist unanständig.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Richtiger wäre eine bedarfsorientierte Kindersicherungsicherung, wie sie die Grünen seit Jahren vorschlagen. Die beschränkten Mittel müssen da ankommen, wo sie am meisten gebraucht werden. Mit einer Politik der Gießkanne - und genau das schlagen Sie vor - erreicht man das Gegenteil.

Außerdem würde Ihr Vorschlag das Land rund 500 Millionen € kosten. Und wo wollen Sie die denn noch hernehmen? Wo bleibt da die viel beschworene Ehrlichkeit, meine Damen und Herren?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das nächste Beispiel ist die Sache mit den Lehrern. Da erwecken Sie gestern mit einer der wenigen konkreten Ansagen den Eindruck: 1.000 Lehrstellen mehr zum nächsten Schuljahr zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls. Das stellen Sie im gleichen Atemzug derart unter Vorbehalte, dass sich Ihre offenen Hintertürchen als wahre Scheunentore erweisen. Schlimmer noch: Mit der Verbesserung der Unterrichtssituation haben diese Stellen gar nichts zu tun. Sie dienen, wie die Vorlage Ihres Finanzministers korrekterweise ausweist, allein der Sicherung des Unterrichtsbedarfs wegen steigender Schülerzahlen.

Das ist eine Selbstverständlichkeit. Das hat die alte Regierung auch stets getan. Darum haben wir heute im Haushaltsausschuss der Vorlage selbstverständlich auch zugestimmt. Die Veränderungen haben sich zum einen durch höheren Bedarf in den Sonderschulen ergeben - das kann man nie genau prognostizieren - und zum anderen durch die flexible Schuleingangsphase, die Sie ja immer bekämpft haben, die aber politisch richtig ist und die dazu führt - was Sie offensichtlich auch wollen -, dass Kinder früher eingeschult werden.

Also tun Sie doch jetzt bitte nicht so, als wäre das etwas gegen den Unterrichtsausfall, als hätte das etwas mit dem Versprechen zu tun, das Sie im Wahlkampf gegeben haben. Es ist normales Geschäft der Regierung, das zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Voraussetzungen sind gegeben, und deswegen haben wir zugestimmt.

Drittes Beispiel: Was die neue Koalition und die Union uns in Sachen Mehrwertsteuer bieten, das

grenzt schon an Volksverdummung. Herr Ministerpräsident, entweder wechseln Sie Ihre Meinungen schneller als Menschen normalerweise ihre Unterwäsche oder Sie täuschen die Menschen bewusst.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Letzteres!)

Da debattieren wir hier letzte Woche ausgiebig über diese Frage, die die Menschen im Land sehr bewegt, und Sie hüllen sich vornehm in Schweigen, während Ihr Finanzminister tapfer die Fahne hochhält. Dann lesen wir vorgestern in der „Westdeutschen Zeitung“ - man höre und staune -, Sie hätten im Verbund mit Herrn Stoiber und anderen CDU-Ministerpräsidenten durchgesetzt, ein Teil der Mehrwertsteuer müsse zum Stopfen der Löcher in den Landeshaushalten verwendet werden.

Es ist ausgesprochen interessant, das zu lesen. Während Sie hier in der Öffentlichkeit dagegen wettern und die reine Lehre der Senkung der Lohnnebenkosten hochhalten, wird parallel in Berlin schon geschachert, und Herr Linssen zählt im Hinterzimmer des Finanzministeriums schon die zusätzlichen Einnahmen. Ist das die neue Ehrlichkeit?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Damit haben Sie uns und der gesamten Öffentlichkeit ein Paradebeispiel geliefert, was von Ihrer Regierung zu halten ist.

Wenn man den Worten von Herrn Westerwelle Glauben schenken mag, dann basteln die Herren der FDP im Nadelstreifenanzug schon an den Barrikaden. Aber wer es glaubt, wird selig. Es wäre ja das erste Mal in der Geschichte, dass die FDP eine Steuererhöhung verhindert. Sie hat ja auch den fünf Mehrwertsteuererhöhungen zwischen 1978 und 1998 zugestimmt.

Bereits in der „Welt“ vom 28.06. erklärte der Generalsekretär der FDP, die Mehrwertsteuerfrage werde nicht - Zitat - „zur Bedingung für eine Koalition gemacht“. Das nenne ich Umfallen mit Ansaue oder auch Herunterfallen von der Designerbarrikade.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das passt zum hiesigen Koalitionsvertrag. Was hat die FDP im Wahlkampf nicht gestöhnt? Sofortausstieg aus der Steinkohle, Bergwerk Walsum, alles schneller, höher, weiter, Beispiel Polizeistrukturreform, Beispiel Unterrichtssicherungsgesetz und vieles mehr; das ließe sich fortsetzen. Da kann ich nur sagen: Außer Posten nichts gewesen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, der zwischen CDU und FDP geschlossene Koalitionsvertrag hat das Zeug dazu, als der beliebteste und der widersprüchlichste aller Zeiten in die Geschichte einzugehen. Nur ein Beispiel: Sie geißeln beim Föderalismus die Mischfinanzierung, und im Kapitel zu den Kindern findet sich, dass Sie wünschen, dass sich der Bund bitte schön an den Kosten des Ausbaus der Kinderbetreuung beteiligt. Was denn nun, Mischfinanzierung weg oder Mischfinanzierung her? Da müssen Sie sich schon entscheiden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch Ihre Regierungserklärung, Herr Rüttgers, gibt keinen Aufschluss, wohin die Reise nun konkret gehen soll. Sie waren, sind und bleiben der Meister des Ungefähren. Viel Symbolik, viele Gesten, viele schöne Worte, aber nichts dahinter - außer jede Menge Ideologie. Gesinnung statt Programm!

Eines hat mich wirklich entsetzt, Herr Ministerpräsident: Ihre Ausführungen zur Frauenpolitik. Frauen machen mehr als die Hälfte der Gesellschaft aus. Das findet man weder in Ihrer Fraktion noch in Ihrem Kabinett wieder. Da landen Sie knapp vor Saudi-Arabien. Ihr Frauenbild trotz geradezu vor Faltenrock und Rüschenbluse. Hauptsache Kinder kriegen!

In den letzten zehn Jahren war NRW in der Politik für Frauen bundesweit ein Vorzeigeland. Das wollen Sie offensichtlich zurückdrehen. Wie wollen Sie denn die Frauenerwerbsquote verbessern? Wie wollen Sie das eingeschränkte Berufswahlspektrum für Mädchen erweitern?

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Habe ich doch gesagt!)

- Haben Sie eben nicht gesagt. Sie haben nur die zwei Themen genannt; aber wie es gehen soll, haben Sie nicht gesagt.

Fragen wie der geringe Anteil von Frauen an Führungspositionen, in den Hochschulen an Professuren, zu den äußerst geringen Chancen von Migrantinnen, die Alleinzuständigkeit von Frauen für Betreuungs- und Pflegeaufgaben in den Familien - kein Wort. Antworten auf die drängenden Fragen der Frauenpolitik - Fehlanzeige.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Ministerpräsident, „Freiheit geht vor Gleichheit“ haben Sie gestern gesagt.

(Zuruf von der SPD: Oh je!)

Den Quatsch kann Ihnen nur die FDP da hinein-geschrieben haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Sie wissen es doch besser, und wir alle wissen es doch besser, hoffentlich zumindest. Unsere Demokratien gründen sich auf die Werte der französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit oder Geschwisterlichkeit. Diese Werte gehören zusammen; sie sind gleichwertig.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das eine ist ohne das andere nicht zu haben, und man kann das eine nicht über das andere stellen.

Eine andere große Errungenschaft der Aufklärung war es gerade, das wichtige Wertefundament unserer Gesellschaft nicht mehr religiös zu begründen, sondern republikanisch. Die „res publica“ ist ein ganz wichtiges Ergebnis.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch die Frage der Religionsfreiheit ist konstitutiver Teil unserer Verfassung.

Vor diesem Hintergrund empfinde ich Ihre Aussagen zu einer vermeintlich notwendigen Rückbesinnung auf ein christlich-jüdisch-abendländisches Wertefundament als sehr problematisch. Wenn man sich an Ihre Ausrutscher bei Michel Friedmann erinnert, ist man gerade bei Ihnen sehr vorsichtig, wie Sie das denn genau meinen. Sie verkennen und leugnen damit die islamischen Wurzeln, den wichtigen islamischen Beitrag zur Entwicklung der europäischen Kultur und Wissenschaft. Ich empfehle Ihnen: Nehmen Sie Lessings „Nathan der Weise“ und Feuchtwangers „Jüdin von Toledo“ mit in die Ferien.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Sie verkennen damit außerdem die Realität in unserem Land. Der Islam ist nach dem Christentum die zweite große Weltreligion in Deutschland.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Wir Grüne sind sehr für Werteorientierung zu haben, aber lassen Sie uns doch bitte entlang der Werte der Verfassung diskutieren und nicht entlang der Religionsgrenzen. Das verursacht nur Missverständnisse.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir Grüne berufen uns gerne auf Goethe, und - das haben wir schon einmal gemeinsam festge-

stellt - wir brauchen eine Kultur der Anerkennung und nicht der Ausgrenzung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Umso mehr habe ich mich gefreut, Herr Minister Laschet, dass Sie unseren Vorschlag, einen geregelten Dialog mit den Muslimen unseres Landes zu institutionalisieren, so positiv aufgegriffen haben. Es hilft alles nichts: Auch unser Land ist multikulturell. Das weiß auch Herr Wittke, der jetzt leider nicht da ist, aus Gelsenkirchen.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, verabschieden Sie sich doch insgesamt endlich von Ihrer Lebenslüge. Wir dürfen Interkulturalität und Multireligiosität nicht leugnen, wir müssen sie im Sinne der Menschen in unserem Land gestalten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Laschet, wir bestärken Sie auch in Ihrer Auffassung zur Mehrsprachlichkeit. Herr Dr. Rüttgers, bei allem Respekt: Die Muttersprache bleibt die Muttersprache. Das gilt für einen nach Amerika ausgewanderten Sauerländer genauso wie für die bei uns zugewanderte Türkin. Natürlich müssen beide die Sprache des Landes beherrschen, in dem sie leben, lernen und erfolgreich sein wollen. Das eint uns. Aber lassen Sie doch an dieser Stelle diese irreführende Symbolik und Rhetorik. Sie versperrt im Grunde nur den Blick auf die Lösung der Probleme.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, 39 Jahre CDU-Opposition. Das heißt, Sie hatten 39 Jahre Zeit, ein konkretes realistisches Regierungsprogramm zu entwickeln.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: So ist das nämlich!)

Nach Ihrer Regierungserklärung, Herr Dr. Rüttgers, kann ich nur sagen: Genug war wohl doch nicht genug!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ihre Politik ist in uraltem Denken gefangen. Wo Innovation draufsteht, ist Rückschritt drin. Wo Freiheit und Selbstbestimmung draufsteht, ist Gängelung und Misstrauen drin. Wo Wettbewerb draufsteht, ist Lobbypolitik alten Stils drin. Denn da, wo Wettbewerb wirklich Sinn macht, zum Beispiel im Energiesektor, kneifen Sie oder stützen mit Ihrer Politik das Oligopol der Stromkonzerne.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Johannes Remmel [GRÜNE]: Genauso ist es!)

Ihre Regierungserklärung ist das Gegenteil von Zukunft und Aufbruch. Der Kurs der neuen Landesregierung heißt: Schluss mit ökologischer Innovation, zurück zu den technologischen Dinosauriern. Klimaschutz ist Luxus. Abbau von Bürgerrechten und Sicherheit durch Überwachung der Bürgerinnen und Bürger. Mehr Bildung für wenige. Wer aus dem falschen Milieu kommt, hat eben Pech gehabt.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Schwachsinn!)

Meine Damen und Herren, diese Politik missachtet alles, was für die Zukunft unseres Landes wichtig ist. Ihre Politik ist gekennzeichnet durch Rückschritt, Seitschritt, Zickzack - nur kein Fortschritt!

(Beifall von Dr. Michael Vesper [GRÜNE])

In der Innenpolitik herrschen Stillstand und Mutlosigkeit. Eine richtungsweisende Polizeistrukturenreform, wie sie alle anderen Bundesländer bereits umgesetzt haben, opfern Sie den Lobbyinteressen Ihrer Landräte.

Die Reform des öffentlichen Dienstes bleibt liegen. Die Ergebnisse der Bull-Kommission verschwinden in der Schublade. So verhindern Sie die langfristige Handlungsfähigkeit unserer Verwaltung. Hinsichtlich der finanziellen Sanierung des Haushaltes ist das ein wichtiger Punkt, den Sie aufgreifen müssten, damit Sie das Ziel der Haushaltskonsolidierung auch nur ansatzweise erreichen können.

Gerade die FDP, die sich hier gerne als „Tempo! Tempo!“-Partei darstellt, steht mit beiden Füßen auf der Bremse.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, wer wollte keinen Bürokratieabbau und schlankere Verwaltungsstrukturen?

(Zuruf von der CDU: Die Höhn im Umweltministerium!)

Aber bei Ihnen hören wir nur wohlfeile Absichtserklärungen und Prüfaufträge. Ansonsten ist da, wo Bürokratieabbau draufsteht, der Abbau von Sozial- und Umweltstandards drin.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Und: Soll der Verweis auf das Vetorecht der SPD bei der Reform der Mittelebene die Totenglocken läuten, eh es so richtig angefangen hat? - Wer jetzt die Posten der Regierungspräsidenten noch neu besetzen will, zementiert den Status quo.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Genau so ist es!)

Oder muss da noch jemand versorgt werden?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, bei der Verwaltungsstrukturenreform kommt es mir vor, als wollten die Koalitionäre eine neue olympische Disziplin einführen: die Meisterschaft im Zurückrudern. Da haben Sie gute Medaillenchancen; denn Sie scheinen schneller zurück als andere nach vorn rudern zu können.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Aber das Paddel verfängt sich!)

- Genau, das Paddel verfängt sich!

Wieso haben Sie denn jahrelang die Projekt Ruhr GmbH bekämpft, obwohl Sie jetzt eine „Initiative Zukunft Ruhr“ ins Leben rufen?

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Genau!)

Das ist wirklich merkwürdig.

Da, wo Abbau bürokratischer Übermöblierung wirklich Sinn macht, kneifen Sie aus Rücksicht auf Lobbyinteressen. Ich warte auf Ihre Initiativen zur Liberalisierung der Handwerksordnung, zur Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft bei den Kammern, zur Durchforstung der kostspieligen Ärzte- und anderer Standesorganisationen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich sage Ihnen etwas: Die Steigerung heißt Slalom, Zickzack, Rüttgers!

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, Sie haben im Wahlkampf eine nachhaltige Haushaltspolitik versprochen. Gestern haben Sie sie auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben.

Es ist schon erstaunlich, mit welcher Chuzpe die Koalition wie aus heiterem Himmel die Haushaltslage entdeckt haben will - so, als wären Sie die letzten Jahre nicht im Landtag gewesen. Ja, leider ist Ihr Finanzpolitiker Diegel nicht mehr dabei, was Sie offensichtlich eher freut; denn so können Sie ungeniert Dummheiten und Nichtwissen vortäuschen.

(Zurufe von der CDU: Na, na, na!)

Seriös ist es jedenfalls nicht, wenn Sie zum zentralen Punkt der Haushaltskonsolidierung die bis zu 20-prozentige Kürzung der Förderprogramme des Landes erklären.

Ich sage es noch einmal: Diese Programme summieren sich insgesamt auf ca. 500 Milli-

onen €. Abgesehen davon, dass CDU und FDP die diesbezüglichen konkreten Vorschläge, die wir im Haushalt hatten und die uns das Leben schwer gemacht haben, in der Vergangenheit immer skandalisiert und bekämpft haben, können wir damit höchstens 100 Millionen € erreichen. Und dieses Geld spendieren Sie gleichzeitig dem Kulturhaushalt. Das würde uns vom Grundsatz her freuen, aber damit bleibt unterm Strich: Konsolidierungseffekt? - Keiner!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die rhetorische Aufrüstung „Alle müssen Opfer bringen“, die wir seit Monaten hören, ist nicht sonderlich mutig, solange es die Koalition vermeidet, konkret zu nennen, wer denn welche Opfer bringen muss. Ich fürchte, dass Sie sich bis zum Wahltag ordentlich Zeit damit lassen werden, hier die Karten auf den Tisch zu legen. Wir gehen davon aus, dass wir bis dahin nichts Konkretes hören.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Und wer die Spendierhosen anhat, wer Geld für die Wiedereinführung einer Reiterstaffel hat, wer plötzlich zusätzliche Millionen für den Weltjugendtag geben will und viele andere Gaben, vor denen Ihre Regierungserklärung nur so stotzt, bereit hält, der kann nicht meinen, dass alle Opfer bringen müssen.

Auch gestern kamen nur neue Versprechungen. Immer wenn es bei Ihnen konkret wird, kostet dies Geld und wird teuer - für andere. Das Sanierungsziel haben Sie doch längst aufgegeben. Die Mehrwertsteuererhöhung ist schon eingerechnet und gleich mehrfach verfrühstückt, meine Damen und Herren.

Mehr Chancen für Kinder haben Sie versprochen. Die Tatsache, dass die entwickelten Industrienationen auf dem Weg in die Wissensgesellschaft sind, ist ein Schlagwort, das jeder von uns Abgeordneten draufhat - genau wie das Schlagwort „lebenslanges Lernen“ und manches mehr. Aber was heißt das? - Wenn man es ganz hart ausdrückt, heißt das für die Menschen: Ohne gute Bildung kein Job, ohne gute Bildung keine Teilhabe. - Johannes Rau hat Recht: Bildung ist der beste Schutz vor Armut.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn wir das erreichen wollen, dann muss doch eines völlig klar sein: Wer in der Schule einen Einheitsbrei über die Kinder gießt, wird scheitern. Wir brauchen mehr Vielfalt, wir brauchen individuelle Förderung, und zwar in den Kindertagesstätten, in jeder einzelnen Schule, in jeder einzelnen

Lerngruppe. Wir brauchen klare Ziele, die für alle Bildungsinstitutionen gelten müssen, aber wir brauchen dann die Vielfalt, die Freiheit der Wege. Denn jedes Kind ist anders. Was wir aber überhaupt nicht brauchen können, ist der Versuch, Kinder in vermeintlich richtige Schubladen einzusortieren. Ich bleibe dabei, dass aus diesem Grund Deutschland - ich betone: Deutschland - bei Pisa international nicht Anschluss finden wird.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer Vielfalt wegsortiert, kann nur in Einfalt landen. Wer meint, die Schule sei richtig, nur das Kind sei falsch, der produziert systematisch Versager.

Was aber macht die neue Landesregierung? - Ihre Bildungspolitik ist vom kräftigen Sowohl-als-auch gekennzeichnet. Einerseits gehen Sie den von Rot-Grün entwickelten Weg der offenen Ganztagschule weiter; an diesem großen Erfolg konnten offensichtlich selbst Sie nicht vorbei. Andererseits entpuppt sich die groß angekündigte Selbstständigkeit der Schulen bei Ihnen als Freiheit hinter Gittern. Die eigenverantwortliche Bewirtschaftung von Landes- und Kommunalmitteln bejahen Sie, aber das Entscheidende, nämlich die pädagogische Freiheit, ist bei Ihnen Fehlanzeige.

Das beste Beispiel haben wir gestern erlebt: die Zwangsabschaffung des integrierten naturwissenschaftlichen Unterrichts. Selbst die Schulen, die das anders machen wollen, dürfen das nicht, obwohl es auch in anderen Bundesländern so gemacht wird.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Im Übrigen trifft die sogenannte pragmatische Schulpolitik der neuen Regierung vor Ideologie: Zu diesem Programm, das die erwiesene Selektivität unseres Schulsystems nicht mindern, sondern verschärfen wird, passt die geplante Einführung von Studiengebühren; Frau Kraft hat dazu schon das Notwendige gesagt. Auch wir Grüne wollen nicht, dass das Studium unserer jungen Menschen zukünftig vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Wir wollen auch keine zusätzlichen Hürden aufbauen. Denn wir brauchen mehr und nicht weniger Studierende, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ihr Vorschlag ist nicht nur sozial ungerecht, sondern bedeutet auch mehr Bürokratie. Denn Sie müssen das alles ausklamüsern, Sie müssen Ausgleichseffekte zwischen den Universitäten schaffen, und Sie lassen die Universitäten mit

diesen schwierigen Entscheidungen alleine und stehen sich aus der Verantwortung.

Die versprochenen 4.000 Lehrerstellen bis 2010 stehen unter doppeltem Vorbehalt - da hat der Finanzminister gut gearbeitet -, dem generellen Haushaltsvorbehalt, der für alles gilt - das ist immer so -, und der Erwirtschaftung bei den Stellen in der Landesverwaltung. An dieser Stelle wird die mangelnde Seriosität der neuen Koalitionen besonders augenfällig. So mittelfristig war ein Versprechen noch nie.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, Sie haben gestern gesagt: Die Menschen müssen gesünder leben. Wer unterschreibt den Satz nicht? Und was ist? Wenn wir uns den Ökologie- und Landwirtschaftsbereich ansehen, dann kann man nur zu dem Schluss kommen: Hier ist eine Koalition des Rückschritts am Werk.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der Koalitionsvertrag ist ein Dokument des geplanten Abbaus von Umweltschutz in NRW. Wichtige Bereiche der internationalen aktuellen Umweltdiskussion kommen gar nicht erst vor: Nachhaltigkeit, Klimaschutz oder Umwelt und Gesundheit. Stattdessen lediglich ein Placebo-Satz nach dem Motto: Wir stehen zur Bewahrung der Schöpfung, um dann im Konfliktfall die Umweltpolitik anderen, vor allem kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen. So sieht es aus.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Genau so sieht es aus.

Ganz übel sieht es in der Landwirtschaftspolitik aus. Sie würgen die bitter notwendige Agrarwende ab: Zurück marsch, marsch, in die naturverachtende großindustrielle Landwirtschaft! Dabei kennen wir doch die Folgen: tierquälerische Massentierhaltung,

(Minister Eckhard Uhlenberg: Immer noch die alten Sprüche!)

vor Hormonen strotzendes Fleisch und vergiftetes Gemüse, von Geschmack und Genuss keine Spur!

(Minister Eckhard Uhlenberg: Sie haben es nicht gelernt!)

- Herr Uhlenberg, auch Schweine brauchen ein Mindestmaß an Platz und Pflege. Hühner gehören unserer Auffassung nach nicht in Käfige.

(Beifall von den GRÜNEN)

Pflanzen müssen reifen. Aber davon - das merken wir; bei diesem Thema geht es immer hoch her -

wollen Sie nichts hören. Doch damit nicht genug: Mit Ihrer Kampagne für die Gentechnik in der Lebensmittelproduktion bürgen Sie uns allen ein unkalkulierbares Gesundheitsrisiko auf. Denn kein Mensch weiß, wie die Wechselwirkungen von Genfood sind. Bewahrung von Schöpfung muss man anders politisch umsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Uhlenberg, wer soll das essen? Sie, Ihre Kinder? Ich sage Ihnen: Das Zeug will keiner haben. Auf Dauer ist das der Ruin der deutschen Landwirtschaft. Das hat die BSE-Krise doch bewiesen.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun!)

Beim ersten Skandal sind diese industriellen Höfe am Ende. Dann kommt der Ruf der Lobbyisten nach noch mehr Subventionen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Genau so ist es!)

Herr Uhlenberg, so geht es nicht. Lebensmittel sind Mittel des Lebens. Und so müssen sie auch erzeugt werden. Wer das missachtet, der ruiniert die Landwirtschaft und damit auch die Arbeitsplätze, die in diesem Bereich existieren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn die Koalition von Bürokratieabbau spricht, meint sie offensichtlich vor allem den Abbau von Umweltschutz und die Zerschlagung der Umweltverwaltung und von Umwelteinrichtungen in NRW. Schwarz-Gelb leidet offensichtlich an einer Umweltparanoia. Statt Umwelt und Wirtschaft miteinander zu verbinden, wird die Umwelt bekämpft. Das führt in eine Sackgasse. Hohe Umweltstandards sind wichtige Anreize zur Technologieentwicklung. Das ist ein Vorteil in wirtschaftlichem Wettbewerb. Das sorgt für Innovation und schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die Sichtweise der Koalition dagegen ist kurzsichtig und rückwärts gewandt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, NRW ist das Energieland Nummer eins. Nach unserem Willen soll das auch so bleiben. Doch die neue Regierung schafft keine positive Perspektive. Zwar gibt es einen bedeutenden Lichtblick - der sei hier auch ausdrücklich erwähnt -: Das sind die Vereinbarungen zum Abbau der Steinkohlesubventionen. Ja, das Ende des subventionierten Bergbaus als Zielvereinbarung ist richtig.

Wir Grüne hatten in unserem Wahlprogramm das Auslaufen des subventionierten Bergbaus für Mitte des nächsten Jahrzehnts, also 2015, als Ziel benannt. Insofern ist diese Vereinbarung aus Gründen der Haushaltsbelastung richtig und die Umsetzung überfällig. Die Absetzung von je 50 Millionen ist sozialverträglich machbar. Aber dann hört es mit der schwarz-grünen Gemeinsamkeit auch schon auf.

(Ralf Witzel [FDP] unterhält sich mit Minister Dr. Ingo Wolf [FDP])

- Es tut mir Leid, aber das stört mich auf Dauer. Vielleicht könnten Sie Ihr Gespräch weiter hinten fortsetzen.

(Beifall von den GRÜNEN - Horst Becker [GRÜNE]: Liberale Lümmel! - Johannes Remmel [GRÜNE]: Unparlamentarisch!)

Herr Rüttgers, das, was Sie mit der Windkraft machen - das interessiert Sie doch auch, Herr Wolf - ist eine Sauerei. Sie sprechen von 1.500 m Abstand und strikter Höhenbegrenzung. Warum sagen Sie nicht gleich, was Sie wirklich meinen? Sie meinen ein umfassendes Verbot der Windkraft in NRW.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer 1.500 m Abstand zum nächsten Wohngebäude verlangt, der wird keine neuen Standorte mehr finden.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Und wer dann auch noch - freuen Sie sich nicht zu früh - drastische Höhenbegrenzungen will, der vermindert auch das Repowering, also den Ersatz von veralterten Anlagen an schon bestehenden Standorten.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: 200 m hoch!)

Damit gefährden Sie nicht nur zigtausend Arbeitsplätze direkt in der Windkraft. Damit nehmen Sie auch der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie einen der wichtigsten Kunden weg. Das nennen Sie Vorfahrt für Arbeit. Das ist Arbeitsplatzvernichtung pur.

(Beifall von den GRÜNEN - Johannes Remmel [GRÜNE]: Demokratie- und Arbeitsplatzabbau!)

Was kommt stattdessen - das erspare ich Ihnen nicht -: Zurück zur Atomkraft! Wissen Sie auch, was das rein ökonomisch heißt? Die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke ist ein gigantisches Investitionsverhinderungsprogramm, meine Damen und Herren. Sie wissen es doch

selbst. In den kommenden Jahren würden die Energiekonzerne gerade hier in Nordrhein-Westfalen mehrere neue hoch moderne und umweltschonende Kraftwerke mit einem Investitionsvolumen von bundesweit rund 20 Milliarden € bauen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Investitionen von 20 Milliarden €!

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Wenn jetzt aber die alten, längst abgeschriebenen Reaktoren weiterlaufen dürfen, dann können Sie das sofort vergessen. Dann werden diese Milliarden nicht hier, sondern im Ausland investiert. Das ist doch die Wahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Johannes Remmel [GRÜNE]: Investitionshemmer!)

Das nennen Sie Vorfahrt für Arbeit. Das ist Arbeitsplatzvernichtung in Deutschland pur.

Meine Damen und Herren, der Kandidat Rüttgers hat im Wahlkampf vollmundig die Schaffung von 1 Million zusätzlichen Arbeitsplätzen angekündigt. Im Vertrag der beiden Koalitionäre blieb es bei vagen Absichtserklärungen. Und gestern wieder nichts Eigenes, wieder nichts Konkretes. Selbst Ihre groß angekündigte Dienstleistungs Offensive ist in keinem einzigen Punkt umsetzungsfähig.

Senken Sie gezielt die Lohnnebenkosten, wie die Grünen das fordern, im Bereich der Geringverdiener! Damit eröffnen Sie Märkte bei den haushaltsnahen Dienstleistungen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Am konkretesten wird es bei Ihnen immer dann, wenn rot-grüne Regierungspolitik der letzten Jahre fortgeschrieben wird: bei der offenen Ganztagschule, bei der Mittelstandsvergabe- und -förderpolitik, bei Banken und Sparkassen, bei der Neuausrichtung der WestLB.

Meine Damen und Herren, das 20. Jahrhundert war das sozialdemokratische Jahrhundert. Es war im Übrigen die CDU, die viele sozialdemokratische Ideen ganz im Sinne der klassischen politischen Dialektik mit umgesetzt hat. Das 21. Jahrhundert wird das ökologische Jahrhundert sein, ob Sie wollen oder nicht.

Jede internationale ökonomische Frage ist immer auch eine ökologische Frage.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist doch ein Widersinn und von vorgestern, dass Sie immer wieder versuchen, den Eindruck zu erwecken, Ökologie und Ökonomie seien unüberwindbare Gegensätze, und Umweltpolitik sei

ein weiches Thema für konjunkturelle Schönwetterzeiten. Das Gegenteil ist richtig. Jeder Mensch in unserem Land weiß: Mehr Arbeit und neue Arbeitsplätze sind die zentralen Herausforderungen in unserem Land. Mit Sprüchen wie „Vorfahrt für Arbeit“ schafft man aber keine Arbeitsplätze. Dafür muss man schon ein bisschen konkreter werden.

Jeder wache Geist in unserem Land weiß: Neue Arbeit schaffen wir nur, wenn unsere Unternehmen bei der Entwicklung und Innovation wirklich vorne sind. Unsere höheren Löhne und kürzeren Arbeitszeiten können wir im Wettbewerb auf dem Weltmarkt nur halten, wenn wir einfach besser sind. Besser heißt hier vor allem: besser gerüstet im Hinblick auf die großen technologischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

(Zuruf von der FDP: Deshalb haben wir auch einen Innovationsminister!)

- Ja, ich frage mich aber, ob er sich nicht als Illusionsminister herausstellen wird. Danke für den Zwischenruf.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist doch sonnenklar: Einige Milliarden Menschen auf dieser Erde, die bislang in unterentwickelten Volkswirtschaften gelebt haben - zum Beispiel in China, Indien und Brasilien -, machen sich jetzt auf den Weg. Sie wollen unseren Lebensstandard erreichen. Wer wollte ihnen das mit welchem Recht verwehren? Unsere Wirtschaft muss sich spätestens jetzt fundamental ändern, wenn wir unsere Lebensgrundlagen nicht ruinieren wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer sich angesichts dieser fast banalen Wahrheit hinstellt und sagt, Ökologie, Umweltschutz und Nachhaltigkeit seien etwas für gute Zeiten, dafür hätten wir jetzt kein Geld und keine Zeit, das behindere nur den Fortschritt, der weiß nicht, was Fortschritt ist, und der gefährdet unsere ökologische und auch ökonomische Zukunft fundamental.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die zentrale - auch technologisch zentrale - Aufgabe des 21. Jahrhunderts ist nachhaltiges Wirtschaften: erneuerbare Energien, ressourceneffiziente Produktion, Kreislaufwirtschaft. Was aber macht die neue Regierung? Sie dreht das Rad einer wirklich sehr erfolgreichen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen zurück. Ohne ökologische Innovationen gibt es keinen wirtschaftlichen Erfolg. Herr Rüttgers, deshalb: Finger weg von den Umweltstandards.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie sind ein unverzichtbarer Anreiz für technologische Innovationen. Wer das missachtet, wird in einigen Jahren zuschauen, wie uns andere Länder der plötzlich auch auf diesem Feld abhängen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, das Problem ist, dass Sie die entscheidende Frage unserer Zukunftssicherung bis heute nicht verstanden haben. Ökologische, nachhaltige Politik ist keine putzige Nischenpolitik, sondern die einzige volkswirtschaftliche Gesamtstrategie, durch die wir unsere Zukunft auf Dauer sichern können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wir haben bei der NRW-Wahl eine herbe Niederlage einstecken müssen. Wir haben in den letzten zehn Jahren sicher nicht immer alles richtig gemacht. Wer aber unsere Neuaufstellung hier fair beobachtet hat, der weiß, dass wir uns nicht unterkriegen lassen. Wir arbeiten weiter mit ganzer Kraft an unseren Visionen für NRW.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Es geht uns um nicht mehr oder weniger, als dass sich unser Land für das 21. Jahrhundert gut aufstellt: sozial gerecht und ökologisch.

Nach fünf Jahren wird wieder abgerechnet. Ich kann Ihnen auch das versprechen: Wir werden alles, aber auch wirklich alles daransetzen, dass schwarz-gelb in NRW zwar weiterhin eine tolle Farbe für Fußballvereine,

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Nein, keine Borussia!)

aber auf Dauer keine politische Farbkonstellation bleibt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Unser Ziel ist es, diese Koalition 2010 wieder abzulösen - spätestens. Das ist ab heute unser Projekt NRW 2010. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Als nächster Redner hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Papke als Vorsitzender der FDP-Fraktion das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Am 22. Mai 2005 haben die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-

Westfalens das so genannte rot-grüne Projekt beendet und die dazu passende Landesregierung abgewählt.

(Zuruf von der SPD: Und die FDP halbiert!)

Das scheint Frau Kollegin Kraft - sie hat den Raum schon verlassen, wie ich sehe - offenbar entgangen zu sein.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Bei der bizarren Rede mit der Überschrift „Versprochen - gebrochen“, die Frau Kraft heute gehalten hat,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Bizarr war da nichts! - Zuruf von der SPD: Ich fand die gut! Die war super!)

habe ich nur noch darauf gewartet, dass sie den Rücktritt der Landesregierung und vorgezogene Neuwahlen fordert.

(Beifall von FDP und CDU)

Es ist schon bemerkenswert, dass man sich so der Realität entziehen kann. Das deutet darauf hin, dass Frau Kollegin Kraft an ihrer neuen Rolle noch arbeiten muss, bis sie hier eines Tages vielleicht Oppositionsführerin genannt werden kann.

(Beifall von FDP und CDU)

Frau Kollegin Löhrmann, Sie haben zum Schluss Ihrer Rede gerade von der Neuaufstellung der Grünen gesprochen. Das müssen Sie uns bei Gelegenheit noch einmal erläutern; denn Sie haben doch dieselbe Rede gehalten, die Sie dem Land und dem Landtag hier fünf Jahre lang unbeirrt vorgetragen haben. Wo ist denn da die Neuaufstellung? Ich habe nach Ihrer Rede den Eindruck, dass Sie immer noch nichts verstanden haben, Frau Kollegin Löhrmann.

(Beifall von FDP und CDU - Johannes Rimmel [GRÜNE]: Nimm mal die Ohrstöpsel raus!)

Sie haben vor allem nicht verstanden, weshalb die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen Sie zusammen mit der SPD abgewählt haben. Das hat Ursachen, Frau Kollegin Löhrmann.

(Beifall von FDP und CDU - Johannes Rimmel [GRÜNE]: Ziemlich aufgeblasen ist das Ganze!)

Die neue Regierung und die Koalitionsfraktionen stehen vor der historischen Herausforderung, Nordrhein-Westfalen wieder zu einem Land des Aufbruchs und der neuen Chancen zu machen: Chancen durch mehr Freiheit - Frau Löhrmann, in

der Tat -, Chancen durch mehr Raum für neue Ideen und Kreativität, Chancen durch eine konsequente Politik der Modernisierung und der marktwirtschaftlichen Reformen. Das haben wir verabredet.

Wir übernehmen aber eine schwere Erblast. Wir stehen zusammen mit der CDU vor einer wirklichen Herkulesaufgabe. Meine Damen und Herren von der SPD und von den Grünen, wir werden Sie nicht aus der Verantwortung dafür entlassen, was wir als neue Regierung jetzt abzuarbeiten haben.

(Beifall von FDP und CDU - Marc Jan Eumann [SPD]: An der Herkulesfigur müssen Sie aber noch ein wenig arbeiten!)

Ich will drei Punkte nennen:

Erstens. Die tiefe Finanzkrise nach zehn Jahren rot-grüner Regierungspolitik: vier verfassungswidrige Haushalte seit 2001, ein historischer Schuldenberg in Höhe von 110 Milliarden €, 45 Milliarden € neue Schulden. Statt die strukturellen Haushaltsprobleme anzugehen, wurden die immer wieder auftretenden Löcher mit neuen Schulden gestopft. Die Landesfinanzen sind nach zehn Jahren rot-grüner Misswirtschaft völlig außer Kontrolle geraten.

Durch die Misswirtschaft unter Ihrer Regie - der Landesrechnungshof hat vor wenigen Tagen noch einmal darauf hingewiesen -, die in dem Konglomerat von Landesgesellschaften wie bei der LEG Einzug gehalten hatte, haben Sie Millionen von Steuergeldern verbraten.

(Beifall von FDP und CDU)

Dass Frau Kraft der Landesregierung vor diesem Hintergrund allen Ernstes vorwirft, es mangle der neuen Landesregierung am Willen zum Schuldenabbau, ist, mit Verlaub, an Dreistigkeit nicht zu übertreffen. Frau Kraft stellt sich mitten in das haushaltspolitische Trümmerfeld, das sie mit ihrer rot-grünen Truppe hinterlassen hat, und beschwert sich darüber, dass diese Trümmer nach wenigen Tagen der neuen Regierung noch nicht weggeräumt worden sind. Das gibt es doch nicht.

(Beifall von FDP und CDU)

Für wie dumm halten Sie die Bürgerinnen und Bürger draußen eigentlich, die Sie abgewählt haben? Die wussten, weshalb Sie Rot-Grün abgewählt haben und lassen sich jetzt nicht ein X für ein U vormachen.

(Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Zweitens. Zur Schlussbilanz von Rot-Grün gehört auch die schlimmste Massenarbeitslosigkeit in der

Geschichte unseres Landes. Wer wie Rot-Grün zu Beginn einer Wahlperiode in der Regierungserklärung - das war vor fünf Jahren so - verspricht,

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Ihr seid jetzt in der Regierung! Ihr müsst sagen, was ihr tun wollt!)

die Zahl der Arbeitslosen auf unter 500.000 zu senken und dann am Ende der Wahlperiode mit einer Million Arbeitslosen vor die Wähler tritt, wird abgewählt.

(Beifall von FDP und CDU - Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann wird das mit der Haushaltskonsolidierung bei Ihnen auch so sein!)

Wer, wie Sie das zu Beginn der Wahlperiode getan haben, verspricht, Jugendarbeitslosigkeit zu einem Fremdwort zu machen,

(Zuruf von der SPD: Das hat doch Helmut Kohl schon zu einem Fremdwort gemacht!)

und am Ende der Wahlperiode mit über 100.000 jugendlichen Arbeitslosen vor die Wähler tritt, wird abgewählt. Das hatte Ursachen, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall von FDP und CDU)

Beim Wirtschaftswachstum hat Rot-Grün unser Land auf Abstiegsplätze geführt. Die Zahl der jährlichen Unternehmenspleiten in der letzten Wahlperiode unter Rot-Grün hat sich mehr als verdoppelt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Neugründungen gehen darüber hinaus!)

All das bildet sich am Arbeitsmarkt ab. Und dann kommt Frau Kraft daher und kündigt für die SPD mit Blick auf die neue Regierung Folgendes an - ich bitte Sie, genau zuzuhören -:

„Wir werden konkrete Alternativen zu Ihrer Politik der sozialen Kälte und des Neoliberalismus benennen. Überall dort, wo Sie“

- gemeint ist die neue Regierung -

„soziale Strukturen und Errungenschaften zerstören wollen, werden wir hart und unnachgiebig Widerstand leisten.“

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hervorragend!)

Die SPD hat doch in diesem Land gar nichts mehr übrig gelassen, was man noch verteilen kann.

(Beifall von FDP und CDU - Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat gestern gesagt, dass er weiter kürzen und abbauen will?)

Dann kommen Sie, Frau Kraft, nassforsch daher und verbreiten solche Parolen in einer Zeit, in der die neue Regierung gerade angefangen hat, ein Land wieder aufzurichten, das Sie in Grund und Boden gewirtschaftet haben -

(Beifall von FDP und CDU)

eine groteske Verdrehung von Ursache und Wirkung.

Eines, Frau Kollegin Kraft, will ich Ihnen noch mit auf den Weg geben. Der Ton, den Sie dort angeschlagen haben - ich habe dieses Zitat nicht ohne Grund aufgegriffen -,

(Zuruf von der SPD: Gutes Zitat!)

ist der Ton der Lafontaine-PDS.

(Beifall von FDP und CDU - Lachen und Widerspruch von der SPD)

Das hört man in diesen Tagen genauso von der Lafontaine-PDS. War da nicht einmal etwas mit der neuen Mitte?

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Dann passt es ins Bild, Frau Kollegin Kraft, dass Sie den Neoliberalismus verteufeln. Das ist auch das Handwerkszeug von Lafontaine, der „böse Neoliberalismus“.

Der Neoliberalismus, meine Damen und Herren, hat nach dem Krieg das geistige Fundament geschaffen für den Wiederaufstieg unseres Landes,

(Beifall von FDP und CDU)

für die soziale Marktwirtschaft, für das Wirtschaftswunder, für Wohlstand für alle. Das sollten Sie noch einmal nachlesen, Frau Kollegin Kraft.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sollten Sie auch nachlesen!)

Dafür steht der Neoliberalismus. Deutschland und Nordrhein-Westfalen leiden bei einer Staatsquote von fast 50 % doch nicht unter zu viel Wettbewerb und sozialer Marktwirtschaft, sondern unter zu viel bürokratischer Staatswirtschaft. SPD und Grüne haben in Nordrhein-Westfalen sogar verhindert, dass die Biergärten zwei Stunden länger öffnen durften. Selbst ein so kleines Beispiel an Deregulierung, an mehr Freiheit haben Sie nicht auf die Reihe bekommen.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir haben das gestern bei Ihrer heuchlerischen Darstellung in der Debatte über die Ladenöffnungszeiten erlebt. Sie waren nicht bereit zu de-

regulieren, den Menschen und Betrieben etwas mehr Freiheit zu geben. Das ist die Politik, für die Sie stehen und die Sie offenbar noch weiter verschärfen wollen:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer war gestern heuchlerisch?)

weniger Freiheit, weniger Marktwirtschaft, mehr bürokratische Staatswirtschaft. Damit haben Sie Nordrhein-Westfalen in die Sackgasse geführt, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von der FDP)

Drittens. Wir sollten, wenn sich die Opposition so offensiv in Stellung bringt, noch einmal kurz an die rot-grüne Bilanz in der Bildungspolitik erinnern. Passend zu dieser Debatte kommen heute die Ergebnisse der neuen Pisa-Studie. Schauen Sie hinein! Traurige Rekorde beim Unterrichtsausfall, Abstiegsplätze bei den Pisa-Tests werden heute noch einmal bestätigt. Vor allem - diesen Punkt will ich ausdrücklich erwähnen - ist in keinem anderen Bundesland der Zusammenhang zwischen Bildungschancen und sozialer Herkunft so ausgeprägt wie im rot-grünen Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von FDP und CDU)

Wer es sich leisten kann, organisiert Nachhilfe gegen Unterrichtsausfall und kauft Computer für zuhause. Wer es sich nicht leisten kann, die Schwächen des staatlichen Schulsystems mit dem eigenen Portemonnaie auszugleichen, dessen Kinder haben eben Pech gehabt. Kann es eine schlimmere Bankrotterklärung für sozialdemokratische Politik geben?

(Beifall von FDP und CDU)

Wir werden Schluss damit machen, dass der Geldbeutel der Eltern über die Bildungschancen der Kinder entscheidet.

(Beifall von FDP und CDU - Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist heuchlerisch!)

Meine Damen und Herren, Rot-Grün hat die enormen Potenziale unseres Landes nicht zur Entfaltung kommen lassen. In einer solchen Debatte über die Regierungserklärung der Regierung, die dies ändern wird, ist es sehr sinnvoll, sich auch einmal der schonungslosen Zustandsbeschreibung zu erinnern, die der Bremer Historiker Paul Nolte vor gut anderthalb Jahren gegeben hat. Ich will das als Zitat - mit Genehmigung des Präsidenten - vortragen, und ich bitte Sie, Frau Kollegin Kraft, sehr genau zuzuhören, denn es war sehr bedenkenswert:

„Von Aufbruch ist wenig zu spüren. Das größte Bundesland scheint sich mit seiner Marginalisierung nicht nur abgefunden zu haben, sondern sich in dem eingefrorenen, bewegungsarmen Zustand mehr und mehr wohl zu fühlen. Wandel und Neuerung kommen in dieser Illusion eines geschichtslosen Endzustandes nicht mehr vor; nur noch das Austarieren des Bestehenden, die Versöhnung der letzten übrig gebliebenen Konflikte, die Musealisierung der Vergangenheit.“

Das ist eine sehr treffliche Beschreibung der mentalen Verfasstheit in diesem Land am Ende der Regierungszeit von Rot-Grün.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Nolte ist kein unabhängiger Zeuge!)

Auch deshalb sind Sie abgewählt worden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Frau Kollegin Kraft, ich habe das zwar nur mit wenigen Federstrichen skizziert, aber ich möchte es Ihnen noch einmal sagen: Angesichts einer solchen Bilanz stünde Ihnen persönlich, wenn Sie hier auftreten, etwas mehr Bescheidenheit wahrlich gut zu Gesicht.

(Beifall von FDP und CDU - Zuruf von der CDU: Jawohl!)

Aber ganz offensichtlich brauchen Sie noch etwas Zeit, bis Sie sich nach dieser langen Regierungszeit die Arroganz der Macht endlich abgewöhnt haben. Das scheint offenbar nicht so leicht zu sein.

(Zurufe von Gisela Walsken [SPD] und Marc Jan Eumann [SPD])

Aber Sie haben ja viel Zeit, Frau Kraft, um sich die Arroganz der Macht abzugewöhnen, nachdem Ihnen die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes das Vertrauen entzogen haben.

(Beifall von der FDP - Zuruf von der SPD: Das sagt die halbierte FDP!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns noch einen Blick darauf werfen, was die Grünen in diesen Tagen treiben.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Sie befassen sich mit Begriffen. Das kann, wie wir seit Max Weber wissen, auch sehr sinnvoll sein. Frau Höhn hat damit angefangen und erklärt, was bei den Grünen Rotation bedeutet. Frau Höhn erklärte, sie trete jetzt für den Bundestag an - ich zitiere -:

„nach einem Prinzip, das wir immer hochgehalten haben: Rotation.“

(Lachen von der FDP)

Das Rotationsprinzip bedeutet also bei den Grünen, dass abgewählte Landesminister zügig in den Bundestag wechseln. - Interessant!

(Heiterkeit von der FDP)

Dann kam die erste Reaktion von Frau Löhrmann zum Koalitionsvertrag.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Jetzt machen Sie doch noch einmal den Hamster - Heiterkeit von SPD und GRÜNEN)

Frau Löhrmann hatte zunächst am Koalitionsvertrag zu kritisieren, er sei nicht durchgängig in neuer deutscher Rechtschreibung abgefasst. - Bemerkenswert!

(Gisela Walsken [SPD]: Da geht es schon los! - Weitere Zurufe von der SPD)

Dann, Frau Löhrmann, haben Sie wirklich den Vogel abgeschossen. Frau Löhrmann hat, weitgehend unbeobachtet von der Öffentlichkeit, vor wenigen Tagen eine Initiative gestartet, das Wort „jedermann“ aus der Landesverfassung zu streichen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist doch dummes Zeug!)

Das war Frau Löhrmann.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist doch dummes Zeug! Sie sollten sich um die Regierung kümmern!)

Ich zeige Ihnen gern den entsprechenden Artikel aus dem „Express“.

(Zurufe von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] und Johannes Remmel [GRÜNE] - Zurufe von der SPD)

Frau Löhrmann hat mit belegten Zitaten die Initiative ergriffen, das Wort „jedermann“ aus der Landesverfassung zu streichen.

(Zurufe von SPD und FDP)

Ich darf Sie zitieren. Frau Löhrmann sagt, es sei in der Landesverfassung „mehrfach von ‚jedermann‘ die Rede, statt weniger diskriminierend für Frauen von ‚jeden‘, ‚jeder‘, oder ‚allen‘ zu sprechen.

(Christian Lindner [FDP]: Der Hamster ist weg!)

Meine Damen und Herren, so kennen wir die Grünen: mitten im Leben stehend und immer glasklar an den Problemen unseres Landes orientiert. - Hallo Frau Löhrmann, wie wäre es einmal mit einem Blick in die Realität?

(Beifall von FDP und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die neue Landesregierung wird mit Hilfe der Koalitionsfraktionen Nordrhein-Westfalen zu einem Land der neuen Chancen machen. Wir bauen das neue Nordrhein-Westfalen. Dabei stehen wir auch für einen anderen Politikstil als Rot-Grün.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das war uns sehr wichtig. Die Koalition von FDP und CDU steht für ein konstruktives Miteinander mit Rot-Grün. Das war eine Koalition des Misstrauens mit einem Politikstil, der das Land in Misskredit gebracht hat, mit einem Politikstil, der Investoren abgeschreckt und der die Reputation unseres Landes beschädigt hat. Was haben wir - noch in den letzten Monaten von Rot-Grün - nicht alles erleben müssen: einen Energieminister etwa, der den Erweiterungsantrag der Uran-Anreicherungsanlage in Gronau nach Recht und Gesetz genehmigt, und eine Umweltministerin, die zeitgleich im Namen der Grünen erklärt, sie würde dagegen klagen.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Das ist nur ein Beispiel in den letzten Wochen von Rot-Grün für die Politik, für das Gezerre und für das Hick-Hack innerhalb der Koalition, mit dem Sie den Ruf unseres Landes nachhaltig beschädigt haben. Wir werden das reparieren, schon dadurch, dass wir anders miteinander umgehen.

(Ralf Jäger [SPD]: Eine Koalition der Liebe!)

Wenn wir einen Dissens in der Sache haben - das wird gelegentlich vorkommen -, werden wir das so partnerschaftlich diskutieren, wie wir das auch in den ersten Wochen gemacht haben. Das ist ein fundamentaler Unterschied zu Ihrer Politik.

(Beifall von FDP und CDU)

Berechenbarkeit und Verlässlichkeit müssen wieder in die Landespolitik Einzug halten. Denn nur so können das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und das Vertrauen der Investoren zurückgewonnen werden. Wir werden allen einladen, ihre Chancen im neuen NRW zu nutzen.

Im Übrigen ist dieses neue NRW natürlich auch die Blaupause für den Bund. Das ist doch gar keine Frage. Nach dem gelungenen Regierungswechsel - Frau Kraft, Frau Löhrmann, Sie werden

das erleben - wird unsere Arbeit in Nordrhein-Westfalen noch an Fahrt gewinnen.

(Heiterkeit von der SPD - Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Wir werden vom Bund mehr Unterstützung für Nordrhein-Westfalen erfahren, als es in der Vergangenheit unter Rot-Grün der Fall war.

Die SPD hat mit Blick auf unsere Koalitionsverhandlungen gesagt, es sei kein Wunder, dass die Verhandlungen ruhiger verlaufen seien als früher bei Rot-Grün. Der Koalitionsvertrag - das ist gerade von Frau Kraft nochmals betont worden - sei gar nicht konkret; da stünde gar nichts drin. Dieser Vorwurf ist geradeheraus lächerlich.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der Koalitionsvertrag, nicht der Vorwurf!)

Wir haben mit diesem Koalitionsvertrag nicht nur ein klares ordnungspolitisches Leitbild gesetzt, sondern wir haben dieses Leitbild mit einer ganzen Reihe sehr konkreter Verabredungen unterlegt, mit denen wir die Modernisierung Nordrhein-Westfalens voranbringen werden.

Wir werden Nordrhein-Westfalen wieder zum Wachstumsmotor für Deutschland machen.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Deshalb müssen wir die Subventionsmentalität überwinden, für die sozialdemokratische Regierungspolitik in den letzten fast vier Jahrzehnten ja gesorgt hat. Eine Subventionsmentalität, die gerade im Ruhrgebiet noch mit Händen zu greifen ist! Die Zukunft liegt in Bildung, Forschung, Innovation. Unsere oberste Priorität ist die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Wir werden die Beschäftigungskatastrophe in Nordrhein-Westfalen, die uns Rot-Grün als schwere Hypothek hinterlassen hat, nur dann überwinden können, wenn unsere kleinen und mittelgroßen Unternehmen ihre Wachstumspotenziale endlich wieder ausschöpfen können, wenn wir Existenzgründer in Nordrhein-Westfalen ermutigen, statt sie wie früher zu entmutigen. Wer unter Rot-Grün in diesem Land noch einen Betrieb gegründet hat, der hätte eigentlich eine Tapferkeitsmedaille verdient. Das muss man doch einmal klar sagen!

(Beifall von FDP und CDU - Marc Jan Eumann [SPD]: Quatsch!)

Wir haben zur Verbesserung dieser Rahmenbedingungen konkrete Maßnahmen verabredet. Dazu gehört der klare Vorrang der privaten Leistungserbringung vor der wirtschaftlichen Betäti-

gung des Staates. Das haben wir klar verabredet. Der Innenminister wird mit Sicherheit konsequent darauf achten, dass Kommunen sich nicht wie in der Vergangenheit unzulässigerweise in wirtschaftliche Bereiche einmischen und sich dort betätigen, wo Private, wo kleine und mittelgroße Unternehmen das besser können. Das ist eine konkrete Verabredung zugunsten des Mittelstandes und für mehr Wirtschaftswachstum.

(Beifall von FDP und CDU)

Das gilt auch für die Einhaltung des Vergaberechts. Fünf Jahre lang haben wir mit Ihnen darüber diskutiert - ich nenne nur das Stichwort „Bau- und Liegenschaftsbetrieb“ -, dass das Vergaberecht sehenden Auges gebrochen wurde. Und die Landesregierung hat dem nicht Einhalt geboten. Das wird es in Zukunft nicht mehr geben. Das rufe ich an dieser Stelle den kleinen und den mittelgroßen Unternehmen zu. Sie können sich darauf verlassen, dass sie in Zukunft wieder Chancen erhalten, faire Chancen, an Aufträge überhaupt wieder heranzukommen, was unter Rot-Grün gar nicht möglich war. Eine sehr konkrete Vereinbarung, Frau Kollegin Kraft!

Wirtschaftswachstum, meine Damen und Herren, setzt übrigens auch voraus, dass beim Umweltschutz wieder der Verstand eingeschaltet wird. Ich sage ganz offen: Unsere erste Sorge gilt nicht Krötentunneln und Hamsterlöchern, sondern Arbeitsplätzen für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist eine andere Priorität. Deshalb wird die von den Grünen aufgeblähte Ökobürokratie auch kräftig zurückgestutzt werden. Das haben wir verabredet. Der Ministerpräsident hat gestern noch einmal ausdrücklich darauf hingewiesen. Es wird auch nicht mehr eine einseitige Verschärfung umweltpolitischer Vorgaben aus Brüssel und/oder Berlin zulasten unserer Betriebe am Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen geben. Auch damit wird Schluss sein, Frau Löhrmann.

Meine Damen und Herren, die neue Koalition hat die historische Entscheidung getroffen, den Subventionsbergbau zu beenden, der allein in den letzten 15 Jahren mehr als 80 Milliarden € an Steuergeldern verschlungen hat. Der Ausstieg aus der Steinkohle ist zugleich der Einstieg in die Modernisierung Nordrhein-Westfalens. Frau Löhrmann, das haben wir fest verabredet. Fragen Sie einmal Ihren Kollegen Reiner Priggen, der wird Ihnen das bestätigen.

(Reiner Priggen [GRÜNE] nickt.)

Das ist die historische Weichenstellung, die unumkehrbar sein wird. Der Subventionsbergbau wird auslaufen. Wir werden es organisieren. Ich will an dieser Stelle für meine Fraktion - das war für die CDU nicht leicht, ich weiß es - dem Ministerpräsidenten noch einmal sehr herzlich dafür danken, dass er auf diese zentrale Forderung, auf dieses zentrale Anliegen der FDP eingegangen ist.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich dachte, Ihre zentrale Forderung ist die Bildung!)

Das ist eine mutige Entscheidung, aber eine, die am Anfang der Modernisierung Nordrhein-Westfalens stehen wird. Deshalb war sie so wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich will mit Blick auf die Beschäftigten im Steinkohlebergbau eines noch einmal sagen: Die meisten von ihnen sind noch jung, die meisten von ihnen sind hervorragend ausgebildet, die können malochen. Es wird für diese Menschen im Subventionsbergbau keine berufliche Zukunft geben. Das ist die Realität. Es ist, meine Damen und Herren, ein Gebot der politischen Redlichkeit, diesen Menschen nicht länger Sand in die Augen zu streuen, so wie die SPD es in unverantwortlicher Weise tut und auch heute wieder getan hat. Sie werden Ihrer Verantwortung für die Menschen, die jetzt noch im Bergbau tätig sind, nicht gerecht, wenn Sie eine Fata Morgana zeichnen, es könne so weitergehen. Jeder weiß auch in den Bergwerken, auch in den Belegschaften inzwischen: Es kann so nicht weitergehen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gucken Sie sich doch mal die Verträge an! Die sagen was anderes!)

Es kann so nicht weitergehen. Wir werden diesen Beschäftigten helfen, in andere Beschäftigungsverhältnisse zu kommen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie werden die Menschen auf die Straße schicken!)

eine eigene berufliche Perspektive und persönliche Perspektive zu entwickeln.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wieder heuchlerisch!)

Wir tun mehr für die Bergleute als Sie mit Versprechungen, die Sie nicht hätten einhalten können, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU - Ralf Jäger [SPD]: Wir werden das in Walsum so weitergeben!)

Am Niederrhein, meine Damen und Herren, fürchten Zehntausende um die Sicherheit ihrer Familien, weil die Zeche Walsum Kohle unter den Rheindeichen abbaut und die unvermeidlichen Bergsenkungen eine Überflutungskatastrophe auslösen könnten.

(Ralf Jäger [SPD]: Morgen kommen die Russen!)

Wir haben dieses Thema, Herr Kollege Priggen, Seite an Seite intensiv vertreten, wir haben es intensiv diskutiert, auch mit den Vertretern der DSK. Wir waren uns immer einig, dass wir dem Einhalt gebieten müssen. Die Zeche Walsum muss so schnell wie möglich geschlossen werden - im Interesse der Menschen, die dort um die Sicherheit ihrer Familien fürchten.

(Beifall von der FDP - Rainer Schmeltzer [SPD]: Totaler Quatsch! - Gisela Walsken [SPD]: Völliger Blödsinn!)

Ernst machen werden wir auch bei der Privatisierung. Der Ministerpräsident hat das gestern ebenfalls sehr deutlich ausgeführt. Nordrhein-Westfalen wird sich zügig vom Wohnungsbestand der LEG trennen und unter anderem auch vom Landesanteil an der West-LB AG. Wir wollen und wir werden der Bank bessere Entwicklungsmöglichkeiten durch private Investoren geben, um den Finanzplatz Düsseldorf insgesamt zu stärken.

Eines will ich hinzufügen: Eine international agierende Großbank hat auch nichts im Staatsbesitz verloren, meine Damen und Herren. Auch das rücken wir damit zurecht.

(Beifall von FDP und CDU)

Um Nordrhein-Westfalen wieder zukunftsfähig zu machen, brauchen wir eine Bildungsoffensive. Rot-Grün ist grob fahrlässig mit unserem wichtigsten Kapital, den Kindern, umgegangen. Auch in der Bildungspolitik steht Nordrhein-Westfalen leider auf einem Abstiegsrang. Das belegen alle Ländervergleiche. Rot-Grün war verantwortlich für die Pisa-Ergebnisse und hat dann nicht die Kraft gefunden, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Das rot-grüne Schulgesetz, das wir jetzt revidieren, ist eine Farce. Lehrermangel, Unterrichtsausfall und Billiglösung bei der Ganztagsbetreuung - das war die Realität rot-grüner Bildungspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP - Carina Gödecke [SPD]: Da hat die CDU ihren Einsatz verpasst!)

Rot-Grün hat in den vergangenen fünf Jahren fast 700 Gutachten für externe Beratungstätigkeit in

Auftrag gegeben. Dafür wurden 70 Millionen € an Steuergeldern verschwendet. Für dieses Geld hätten 1.400 Lehrer für eine bessere Förderung der Schüler beschäftigt werden können.

(Beifall von FDP und CDU)

Das war Ihre Prioritätensetzung. Wir werden 4.000 neue Lehrerstellen für den regulären Schulunterricht schaffen. Weitere 2.400 Lehrerstellen werden zusätzlich den Ganztagschulen zur Verfügung gestellt.

Der Ministerpräsident hat gestern sehr zu Recht darauf hingewiesen und angekündigt, dass die ersten 1.000 neuen Lehrer bereits zum Beginn des neuen Schuljahres eingestellt werden sollen. Das ist der Unterschied zwischen der alten und der neuen Koalition. Wir handeln eben, meine Damen und Herren,

(Beifall von FDP und CDU - Zurufe von Hannelore Kraft [SPD] und Gisela Walsken [SPD])

zu einem Zeitpunkt - der Kollege Stahl hat darauf hingewiesen -, als Sie vor fünf Jahren noch in den Anfängen waren, um über Ihre Koalitionsvereinbarung zu brüten. Für diese 118 Seiten - ich habe mir gestern den Tort angetan, das noch einmal durchzublättern -

(Hannelore Kraft [SPD]: Da haben Sie viel gelernt!)

reine rot-grüne Prosa haben Sie vier Monate gebraucht.

(Gisela Walsken [SPD]: Das hat aber Schwarz-Gelb zu verantworten!)

Wir haben konkrete Maßnahmen verabredet, die schon in den ersten Tagen der neuen Landesregierung auf den Weg gebracht werden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die beiden Vereinbarungen haben Sie aber jetzt verwechselt!)

Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall von FDP und CDU)

Die Kuschelpädagogik unter Rot-Grün mit notenfreier Schule und weniger Klassenarbeiten war ein Irrweg. Werte wie Leistungsbereitschaft, Toleranz, Disziplin, Höflichkeit und Respekt galten unter Rot-Grün als altmodische Sekundärtugenden.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie sprechen von Höflichkeit! Da kann ich aber nur lachen!)

Ich glaube, meine Damen und Herren, das sind Primärtugenden, die in der modernen Gesell-

schaft nötiger denn je sind, um die Menschen zusammenzubringen und zusammenzuhalten.

(Beifall von der FDP)

Wir wollen auch keine Gleichmacherei der Kinder wie beim grünen Modell der Einheitsschule. Wir brauchen gleiche Bildungschancen für alle. Wir wollen, dass jedes Kind seine Chancen bestmöglich nutzen und seine Fähigkeiten voll entwickeln kann. Deshalb ist für uns das dreigliedrige Schulsystem unerlässlich. Wir wollen Wettbewerb unter Schulen und Hochschulen, weil nur Wettbewerb Anreiz für eine bestmögliche Bildung und Ausbildung schafft. Wir brauchen den Wettbewerb zwischen den Hochschulen, um Studenten bessere Studienbedingungen und schnellere Abschlüsse zu gewährleisten. Um die Situation an den Hochschulen zu verbessern, haben wir vereinbart, dass die Hochschulen Studiengeld erheben können. Dass jetzt ausgerechnet die Opposition, meine Damen und Herren, bei diesem Thema Ängste auf Kosten sozial schwächerer Jugendlicher schürt, ist eine weitere Frechheit.

Die soziale Auslese wird verschärft, wird behauptet. Die Realität ist, meine Damen und Herren, dass in Deutschland unter Rot-Grün seit Jahren weniger junge Menschen aus einkommensschwachen Schichten studieren als in Ländern mit Studiengebühren.

(Hannelore Kraft [SPD]: Habe ich doch eben selber gesagt!)

- Ja, aber das haben Sie vorher geleugnet.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ich habe das nicht geleugnet!)

- Aber so können Sie es auch nicht spielen, Frau Kraft. Sie sagen, Sie haben es nicht gesagt; aber die anderen Ihrer Truppe sagen es doch. Ihrer populistischen Argumentation gegen Studienentgelte wird von vornherein der Boden entzogen, wenn man die Fakten an dieser Stelle bewertet. Darum darf ich Sie dann wohl auch bitten.

Wir brauchen im Übrigen ein Bekenntnis zu Leistungseliten. Die Abwanderung exzellenter junger Köpfe ins Ausland muss gestoppt werden. Dazu wiederum brauchen wir aber auch ein Bekenntnis zur Zukunftstechnologie. Das wird ein wichtiger Punkt bei der künftigen Regierungsarbeit sein.

In Nordrhein-Westfalen gibt es auf dem Gebiet der grünen Gentechnik leider nur noch wenige exzellente Forschungseinrichtungen wie etwa das Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung in Köln. Bei der roten Gentechnik zieht bereits jeder

zweite Stammzellenforscher eine Abwanderung ins Ausland in Erwägung.

So werden wir zunehmend von der Konkurrenz abgehängt. Erst vor wenigen Wochen - ich fand das sehr bemerkenswert - haben südkoreanische Forscher einen Durchbruch in der Gentechnologie hin zur Therapiereife erzielt. Dazu hat der Kölner Stammzellenforscher Professor Hescheler, einer der herausragenden Experten in dieser Zukunftstechnologie, gesagt - ich darf ihn zitieren -:

„Wir waren weltweit die ersten, die an Stammzellen geforscht haben. ... Aber der Erfolg dieser Idee wird jetzt in anderen Ländern eingefahren werden. Die Therapie - also das, woran wir eigentlich interessiert sind - wird von anderen entwickelt werden.“

So einer der herausragenden Stammzellenforscher in Nordrhein-Westfalen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Fragen Sie doch mal den Papst!)

Das ist das traurige Ergebnis von rot-grüner Regierungspolitik, meine Damen und Herren. Wissenschaft, Forschung und Technologie haben unter Rot-Grün politisch, kulturell und ökonomisch an Attraktivität und Profil verloren. Das müssen wir ändern. Das wird die neue Landesregierung in den nächsten Jahren ändern.

(Beifall von der FDP)

Vergleichen Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, diese konkreten Vereinbarungen und Projekte der Koalition einmal mit Ihrer alten rot-grünen Flickschusterei. Es gibt einen weiteren fundamentalen Unterschied zu Rot-Grün.

(Ralf Jäger [SPD]: Es gibt Gott sei Dank mehrere fundamentale Unterschiede!)

Wir haben ein klares ordnungspolitisches Leitbild für die Zukunft Nordrhein-Westfalens, das weit über den ökonomischen Bereich hinausgeht. Es gibt eine Philosophie in diesem Koalitionsvertrag, auf die wir Freien Demokraten - ich will es offen sagen - besonders stolz sind. Der Ministerpräsident hat das gestern in seiner Regierungserklärung noch einmal ausdrücklich betont. Diese Philosophie lautet: Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Erarbeiten vor Verteilen, Verlässlichkeit statt Beliebigkeit.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist das neue Vaterunser!)

Dass Sie sich hier hinstellen, Frau Löhrmann, und das Prinzip Freiheit vor Gleichheit als Quatsch bezeichnen, zeigt, welch Geistes Kind Sie und die

Grünen hier im Landtag Nordrhein-Westfalen sind.

(Beifall von FDP und CDU - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Es freut mich, dass Sie mir widersprechen!)

Sie haben unserem Leitbild und unserer Philosophie für die Erneuerung Nordrhein-Westfalens tatsächlich nichts entgegenzusetzen. Das gilt für die SPD wie auch für die Grünen. Die SPD ist dabei, sich komplett von der nötigen Modernisierungspolitik zur Gestaltung der Zukunft unseres Landes zu verabschieden. Wo ist die Agenda 2010 geblieben? Statt die Reformen fortzusetzen, marschiert die SPD nach links und stellt sich als Traditionskompanie für Gewerkschaftsfunktionäre und Steinkohlesubventionen auf.

(Beifall von FDP und CDU)

So haben Sie sich in den ersten Tagen der neuen Wahlperiode hier eingelassen.

Die grüne Dosenpfandpartei, meine Damen und Herren, würde Nordrhein-Westfalen am liebsten zu einer staatlichen Besserungsanstalt mit grünen Hausmeistern machen.

(Beifall von der FDP)

Das haben Sie, Frau Löhrmann, auch noch einmal dargelegt. Aber die Menschen lassen sich das nicht mehr bieten, Frau Löhrmann. Wissen Sie das? Sie haben genug von der Bevormundungsphilosophie,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Von Ihnen haben wir auch genug!)

die Sie den Menschen aufoktroyieren wollen. Die wollen mehr Freiheit haben, und deshalb sind Sie abgewählt worden.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie bleiben auch in der Opposition. Machen Sie sich da keine falschen Hoffnungen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Wir setzen dem rot-grünen Modell der staatlichen Bevormundung eine Gesellschaft der Freiheit in Vielfalt gegenüber. Freiheit, meine Damen und Herren, ist Vielfalt. Vielfalt in der Gesellschaft steht für die Toleranz unterschiedlicher Lebensentwürfe. Wir wollen eine weltoffene Gesellschaft. Wir wollen Familien und andere Gemeinschaften unterstützen, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Wir wollen, dass jeder Bürger in Nordrhein-Westfalen nach seiner Façon leben kann, solange er damit niemandem schadet.

Deshalb ist der FDP-Fraktion auch die innere Liberalität ein besonderes Anliegen. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben das Recht auf Privatsphäre. Im Gegensatz zu den Grünen reden wir nicht nur über Bürgerrechte, sondern handeln auch entsprechend, meine Damen und Herren. Deshalb wird es in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel keine Ausweitung der Videoüberwachung und keine Schleierfahndung geben; denn wir wollen nicht, dass die Unschuldsvermutung auf den Kopf gestellt wird. Das passt nicht zu einer liberalen Bürgergesellschaft.

Zur Wahrung der Bürgerrechte haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben - das will ich zum Schluss noch einmal ergänzen -, dass der Datenschutz weiter ausgebaut wird. Wir werden uns als neue Landesregierung und als neue Koalition für die Wiedereinführung des Bankgeheimnisses stark machen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das kann ich mir vorstellen! - Johannes Remmel [GRÜNE]: Um die Steuerhinterzieher zu schützen! - Gisela Walsken [SPD]: Der Zweck ist klar!)

Die Grünen haben mit ihrer Zustimmung zu diesem „Schnüffelgesetz“ wieder einmal die Bürgerrechte mit Füßen getreten, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Aber so kennt man das ja. Sie reden viel davon, aber sie fallen dann um. Frau Löhrmann, weil Sie das hier noch einmal aufgegriffen haben, stelle ich fest: Seit Sie regieren, muss der Begriff der Umfallerpartei doch völlig neu definiert werden.

(Beifall von der FDP)

Sie haben ganz andere Dimensionen dargelegt, seit Sie regieren. Kommen Sie jetzt also bitte nicht wieder mit diesem uralten Vorwurf. Schauen Sie sich doch einmal an, was Sie selber gerade auf dem Politikfeld der Bürgerrechte in den letzten Jahren in Sachen Konsequenz abgeliefert haben.

Meine Damen und Herren, klar ist aber auch, dass die Kriminalitätsbekämpfung in Nordrhein-Westfalen effektiver werden muss - da sind wir uns ebenfalls einig -, damit sich die Bürger auch subjektiv wieder sicherer und freier fühlen können; denn die Zahl der Straftaten in Nordrhein-Westfalen ist seit dem Jahr 2001 stetig gestiegen. Dass 2004 nicht einmal jede zweite Straftat aufgeklärt werden konnte, gehört auch zur Abschlussbilanz von Rot-Grün.

Deshalb wird es eine große Polizeireform geben. Mehr fahnden, weniger verwalten - das ist das

Motto. Wir sorgen für eine Neuaufstellung der Polizei. Wir bringen Polizisten aus den Verwaltungsstuben wieder auf die Straße; denn dort werden sie gebraucht.

(Ralf Jäger [SPD]: Und was machen Sie mit den Landräten?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die FDP-Fraktion wird die neue Landesregierung selbstverständlich mit aller Kraft unterstützen. Wir werden Ideen liefern. Wir werden gut mit dem Koalitionspartner zusammenarbeiten - mit Ihnen und Ihrer Fraktion, Herr Kollege Stahl, und mit Ihnen und Ihrer Landesregierung, Herr Ministerpräsident. Wir werden gerne mithelfen, Tempo zu machen, wo es für das Land der neuen Chancen, für das neue NRW, nötig ist. - Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank, Herr Papke. - Das Wort hat nun der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Jürgen Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich gut daran erinnern, wie das ist, wenn man als Oppositionsführer hier an diesem Rednerpult steht und auf eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten antworten muss - ganz besonders, wenn man neu gewählt ist. Dann muss man sich anstrengen. Dann muss man auch eine Schippe drauflegen und den eigenen Leuten beweisen, dass man richtig etwas zustande bringt.

Ich finde, das ist auch alles okay. Nur, Frau Kollegin Kraft: Sie haben das vor einigen Tagen in einem Interview in die Formel gefasst, Sie wollten mich nicht in Ruhe lassen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das habe ich auf dem Parteitag gesagt!)

Wenn das alles war, dann liegen fünf ruhige Jahre vor mir.

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP)

Sie haben geschimpft, manchmal wohl wie ein Rohrspatz. Ich sage Ihnen aber eines: Frechheit ersetzt keinen Intellekt.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Löhrmann hat sich hierhin gestellt, die Regierung angegriffen, die Regierungserklärung kri-

tisiert und gesagt, wo sie anderer Meinung ist. Das geht alles in Ordnung. Nicht in Ordnung geht aber, wenn man sich hierhin stellt, die Fakten verdreht, dann darauf einschlägt und sagt, das sei ja alles ganz furchtbar. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, Frau Abgeordnete Kraft, dass Sie sich hier mit Verdrehungen und Halbwahrheiten aufstellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Fangen wir einmal mit dem ersten Beispiel an. Sie stellen sich hierhin und sagen: Wir, die SPD, sind der Anwalt für kleine Kinder bzw., wie Sie ausdrücklich gesagt haben, für alle Kinder. - Frau Kollegin Kraft, vor allen Dingen Sie von der SPD sind verantwortlich dafür, dass immer mehr Kinder in diesem Land unter Ihrer Regierung ärmer geworden sind und weniger Lebenschancen haben. Das ist Ihre Verantwortung und nicht die Verantwortung dieser Regierung.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie stellen sich hierhin und sagen: Die Polizeireform findet nicht statt, damit die Landräte weiter mit Blaulicht und Eskorte durch die Lande fahren können. - Wo, bitte, gibt es in diesem Land Landräte, die mit Blaulicht und Eskorte durch die Lande fahren? Es ist eine Unverschämtheit, so etwas zu behaupten, Frau Kraft.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie stellen sich hierhin und behaupten, ich hätte auf dem Medienforum gesagt, das Medienland Nordrhein-Westfalen wäre internationale Spitze. Auch dies ist falsch. Ich habe gesagt: Wir haben gerade in den letzten Jahren Probleme gehabt. Dieses Land muss wieder Weltspitze werden. - Das ist etwas anderes als Ihre Verdrehungen und Unwahrheiten, Frau Kraft.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie stellen sich hierhin und sagen, dass die jetzigen Minister die Kofinanzierung bei der EU-Förderung nicht mehr sicherstellen wollten, und greifen dies an. Ich lese Ihnen einmal folgendes Zitat aus einem Gesprächsbericht des Wirtschaftsministeriums über Aussagen Ihres Finanzministers mit der Überschrift „Ausreichende Kofinanzierung des Landes“ vor:

Der Finanzminister (FM) hat zu Beginn dieses Jahres

- das ist Anfang 2005 -

in seinen zusätzlichen Bewirtschaftungsbeschränkungen festgelegt, dass die im Haushalt 2005 ausgewiesenen Verpflichtungser-

mächtigungen (VE) bis zur Entscheidung des Doppelhaushalts 2006/2007 höchstens bis zu 50 % in Anspruch genommen werden können sowie Barmittel vorläufig nur zu 70 % freigegeben werden.

(Zuruf von der SPD)

Der FM hat darüber hinaus in den weiteren Verhandlungen für den Doppelhaushalt 2006/2007 die weitere Landeskofinanzierung für das Ziel 2 streitig gestellt. Auch wenn die EU-Programme von der aktuellen Haushalts-sperre ausgenommen werden, stehen aufgrund dieser Bewirtschaftungsbeschränkung derzeit für neue Ziel-2-Projekte keine VE für 2006 mehr zur Verfügung.

(Gisela Walsken [SPD]: Neue!)

Eine Neubewilligung von Ziel-2-Projekten ist somit derzeit nicht mehr möglich.

Das ist die Realität Ihrer Regierungspolitik gewesen. Es ist eine Unverschämtheit so zu tun, als wenn wir da etwas gemacht hätten.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie kritisieren die Arbeit anderer Kolleginnen und Kollegen, anderer Politiker, unter anderem meine, als ich Bundesminister für Bildung, Forschung, Wissenschaft und Technologie war. Ich lese Ihnen jetzt einmal eine Passage auf Seite 38 des Berichts zur technologischen Leistungsfähigkeit des Jahres 2002, erstellt von meiner Nachfolgerin Frau Edelgard Bulmahn, vor:

Deutschland hat sich jedoch in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre bei FuE wieder gefangen und sich klar von den anderen großen europäischen Volkswirtschaften Großbritannien, Frankreich und Italien abgesetzt.

Das ist meine Bilanz als Minister. Sie, Frau Kraft, wären froh, wenn Sie eine solche Bilanz vorlegen könnten.

(Beifall von CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Das Interessanteste ist, dass Sie in Ihrer Rede kein einziges Wort dazu gesagt haben, dass es in diesem Land 1 Million Arbeitslose gibt - das ist die Bilanz Ihrer Arbeit, Ihrer und die anderer Kollegen - ,

(Beifall von CDU und FDP)

dass es 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall an unseren Schulen gibt und dass es 110 Milliarden € Schulden gegeben hat. Das haben Sie uns hinterlassen. Wenn wir manches nicht können,

was wir gerne tun würden, dann hat das nichts damit zu tun, dass wir jetzt die Regierungsverantwortung übernommen haben, sondern es hat damit zu tun, dass Sie ein Desaster hinterlassen haben, vor allem in finanzieller Hinsicht.

(Beifall von CDU und FDP - Hannelore Kraft [SPD]: Sie haben es versprochen!)

Darüber hinaus möchte ich Folgendes erwähnen - ich habe mir das beim Plenum in der letzten Woche und auch gestern sehr genau angesehen -: Es gibt im Parlamentarismus, vor allem im deutschen Parlamentarismus, einige Usancen, an der sich in den letzten 50 Jahren bisher alle, unabhängig von Parteien und Situationen, gehalten haben. Dazu gehört zum Beispiel, dass sich die abgewählten Minister auf der Oppositionsbank nicht mehr zu den Themen, für die sie zuständig waren, äußern und dort die Speerspitze der Opposition bilden.

(Beifall von CDU und FDP - Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Bei Ihnen sind es inzwischen fünf Minister einer gescheiterten, abgewählten Regierung, die jetzt meinen, den neuen Kolleginnen und Kollegen sagen zu müssen, was sie zu tun haben. Sie, Frau Kraft, haben kein Recht dazu, den neuen Kolleginnen und Kollegen irgendetwas vorzuwerfen. Das ist kein guter Stil.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Natürlich wissen wir, woran es liegt, dass Sie diesen Ton anschlagen, übrigens im Unterschied zu Frau Löhrmann. Das hat einfach damit zu tun, dass Sie sich in Ihrer Fraktion natürlich darum bemühen müssen, überhaupt die notwendige Zustimmung zu bekommen. Sie hatten angekündigt, die Fraktionsführung zu verkleinern: vier und ein Balkon. Ich weiß zwar nicht, wer da wie in der Muppet Show auf den Balkon sollte - vielleicht die alten Minister, die immer nur mit dem Kopf wackeln und sagen, was falsch ist -,

(Zuruf von der SPD: Regierungserklärung!)

aber am Schluss sind sieben Stellvertreter herausgekommen. Das ist bei Ihnen passiert. Oder Ihr Streit über die Mehrwertsteuer mit meinem Vorgänger, Herrn Steinbrück! Nur mit Mühe konnten Sie sich und damit den Kurs der Ablehnung durchsetzen, während er Sie gewarnt und gesagt hat: Wir haben noch vor wenigen Wochen etwas anderes vertreten. - So, Frau Kraft, macht man keine stringente Politik. Sie übertönen durch Frechheit, durch Lautstärke das, was man an innerer Substanz in der Politik nicht hat.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP - Rainer Schmeltzer [SPD]: So laut wie Sie ist hier niemand!)

Kommen wir jetzt zu den einzelnen Themen: Sie haben beim Plenum in der vergangenen und in dieser Woche versucht - Kollege Stahl hat das ja bereits angesprochen -, mit namentlichen Abstimmungen über Anträge herauszufinden, wo es einen kleinen Riss zwischen den Koalitionsfraktionen gibt. Damit das völlig klar ist - vielleicht ist das ja für Sie neu -: Es ist eine Koalition, die aus zwei selbstständigen Parteien gebildet ist. Diese Parteien sind mit einer eigenständigen Programmatik in den Wahlkampf gegangen. Diese Parteien haben nicht vor, nur, weil sie jetzt einen Koalitionsvertrag gemacht haben, ihre politischen Überzeugungen aufzugeben.

Es gibt nun zwei Möglichkeiten, damit umzugehen. Die eine Möglichkeit haben Sie, Rot-Grün, uns in den letzten Jahren vorgemacht: Sie haben sich gestritten. Ich will das gar nicht kritisieren. Wir haben das damals kommentiert und darauf hingewiesen, dass eine so zerstrittene Koalition nichts Gutes für das Land bewirken kann. Das ist aber Vergangenheit.

Jetzt kommt es mir auf den Stil an: Sich hier ans Rednerpult zu stellen - übrigens so, wie im Innenministerium damals festgehalten worden ist, wie man Fragen der Opposition beantwortet, nämlich kurz und frech - und so zu tun, als ob Sie einer Meinung seien, als ob immer alles völlig klar sei und zwischen Ihnen kein Blatt Papier passt. Das war damals schon nicht wahr und jeder wusste es.

Bei uns gibt es Themen, bei denen wir wirklich einer Meinung sind; das steht in der Koalitionsvereinbarung. Es gibt aber auch einige Dinge, bei denen wir nicht einer Meinung sind. Im Unterschied zu Ihnen haben wir aber die Kraft und den Mut, das festzuschreiben und zu sagen, dass es Themen gibt - zum Beispiel der Ladenschluss; gestern haben wir darüber diskutiert -, über die wir uns in dieser Koalition nicht verständigen können. Herr Kollege Brockes hat das dargelegt. Wir haben ein Problem bei der Einschätzung, ob die Videotheken geöffnet sein sollten. Verflixt noch mal: Wenn das das einzige Problem ist, was diese Koalition hat, dann werden wir lange, lange regieren.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Oder genauso bei der Mehrwertsteuer: Beide Koalitionsfraktionen - auch ich persönlich - haben schon in den Koalitionsverhandlungen gesagt, dass wir uns mit dieser Geschichte unglaublich

schwer tun. Ich stehe auch heute hier und sage:
Mir fällt das ungeheuer schwer,

(Zuruf von der SPD: Oh!)

weil ich natürlich wie jeder hier im Raum weiß, dass wir eine wirtschaftlich schwierige Situation haben und dass Steuererhöhungen in einer solchen Situation immer problematisch sind. Wer etwas anderes behauptet, der weiß entweder nicht, wovon er redet, hat keine Ahnung von Wirtschaftspolitik oder sagt die Unwahrheit - eines von den dreien.

Wir haben eine Debatte geführt um ein Wahlprogramm der CDU und CSU in Berlin und München - übrigens keine Debatte, die zum jetzigen Zeitpunkt die Landesregierung oder dieses Parlament an irgendeiner Stelle zuständigkeithalber oder existenziell betrifft, außer dass wir im Wahlkampf sind. Daher stammt die Idee; ich habe dabei gesessen, denn ich bin stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands.

(Zuruf von der SPD: Eben!)

Ich habe öffentlich gesagt: Ich habe Probleme damit, denn es könnte sein - und das sagt jeder Wirtschaftswissenschaftler -, dass diese Erhöhung, wenn man sie falsch macht, viele Arbeitsplätze kostet. Dann ist über diese Frage diskutiert worden. Es hat sich herausgestellt: All das, was nun jeder zumindest in der Überschrift fordert, nämlich dass die sozialen Sicherungssysteme wenigstens ein Stück weit stärker vom Faktor Arbeit abgekoppelt werden müssen, damit neue Arbeitsplätze in diesem Land und damit auch in Nordrhein-Westfalen entstehen, kann man nicht finanzieren - sei es in der Frage Rente, sei es in der Frage Pflege, sei es in der Frage Gesundheit, sei es in der Frage Arbeitslosenversicherung. Wenn man das anpacken will, braucht man eine solche Mehrwertsteuererhöhung.

Es gibt auch Wirtschaftswissenschaftler, die sagen: Wenn ihr es richtig macht, könnt ihr den vielleicht negativen Effekt auf die Arbeitsmarktsituation dadurch kompensieren, dass ihr dieses Geld einsetzt, um genau diese Abkopplung zu erreichen. Deshalb ging der Kampf, an dem ich mich beteiligt habe, darum - wenn die Mehrwertsteuer denn sein muss -, ein Gesetz für die Senkung der Arbeitslosenversicherung um ebenfalls 2 Prozentpunkte zu schaffen - zwei Punkte Mehrwertsteuer, zwei Punkte Arbeitslosenversicherung.

Dann blieb noch ein dritter Punkt übrig, der mich nun unmittelbar als neuer Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen interessiert hat. Es ging

nämlich um die Frage, wie die Verteilung zwischen Bund und Ländern erfolgen soll - so, wie sie im Grundgesetz und in den Folgegesetzen festgelegt ist, oder ob wir mit Zustimmung der Länder mehr für die Abkopplung vom Faktor Arbeit und damit für die Reform der sozialen Sicherungssysteme zur Verfügung stellen wollen. Bei dieser Frage war ich nun allerdings der Auffassung, dass nicht das ganze Geld - wenn es denn kommt - an den Bund gehen soll. Auch hier bei uns im Lande Nordrhein-Westfalen sollte zumindest ein Teil des Geldes zur Verfügung stehen, um Maßnahmen für Investitionen und Innovationen hier bei uns im Land zu ergreifen. Denn auch dies ist, wie jeder weiß, wichtig für die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

Ich glaube, es war richtig, mich dazu zu bekennen, dass ich dafür gekämpft habe. Auch wenn es nicht geklappt hat, denn die anderen waren anderer Meinung, habe ich aber dafür gesorgt, dass dadurch keine Arbeitsplätze verloren gehen und wir hier in Nordrhein-Westfalen selber in neue Arbeitsplätze und in Innovationsmaßnahmen investieren können, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Und jetzt können Sie sagen, was Sie wollen. Vielleicht nehmen Sie es irgendwann einmal zur Kenntnis, dass es Ihr Ministerpräsident Peer Steinbrück war, der mich noch vor wenigen Wochen und über lange Zeit immer wieder aufgefordert und 1998 gesagt hat: Am realistischsten erscheint mir eine Mehrwertsteuererhöhung in der ersten Hälfte der Legislaturperiode.

(Zuruf von der SPD: Eben, 1998!)

Frau Kraft und Frau Löhrmann, wenn man eine solche Debatte führt, muss man vielleicht auch die Kraft haben, sie offen zu führen. Ich habe keine Probleme damit, mich hierhin zu stellen und zu sagen, wie diese Debatte abgelaufen ist. Ich gehöre nicht zu den Leuten, die schon kurz nach der Geburt immer eine Antwort auf alle Fragen hatten und die dann in der Konsequenz immer sagen: Das, was ich heute vortrage, war schon damals vor 50 Jahren so angelegt.

(Zuruf von der SPD: Kurz nach der Geburt sollte man dem Kind auch einen Namen geben!)

Ich kann auch dazu lernen, und ich kämpfe auch eine Sache durch. Wenn Sie zu den anderen gehören, dann tun Sie mir Leid, denn es ist unmenschlich, wenn Sie das für sich in Anspruch nehmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Da wir jetzt gerade einmal dabei sind, wollen wir uns einmal anschauen, wie denn die finanzielle Lage dieses Landes aussieht. Das wollen wir doch einmal genau festhalten, damit es auch nicht verloren geht: 110 Milliarden € Schulden des Landes; in Ihren letzten fünf Jahren allein 30 Milliarden € neue Schulden, ohne dass die Arbeitslosigkeit signifikant nach unten gegangen ist. Wir haben alleine im Jahre 2004 eine Nettoneuverschuldung von mehr als 6,8 Milliarden € gehabt. Das bedeutet umgerechnet, dass das Land in den letzten Jahren jede Minute 13.000 € oder fast 19 Millionen € pro Tag neue Schulden gemacht hat. Das sind inzwischen 13 Millionen € Zinsen jeden Tag, die das Land den Banken bringt - Geld, das fehlt, um in Schulen, in Lehrer, in Kindertagesstätten, in Innovationen, in Infrastruktur und in Polizeiausstattung investiert zu werden. Sie waren diejenigen, die das Geld zur Bank gebracht und es nicht für die Zukunft dieses Landes investiert haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich frage mich, was Sie uns, was Sie mir nach der Regierungserklärung eigentlich vorwerfen wollen. Wollen Sie mir vorwerfen, dass wir 1.000 neue Lehrer einstellen?

(Hannelore Kraft [SPD]: Das habe ich nicht gemacht! Das habe ich gelobt!)

- Ja, zuerst haben Sie das gelobt und das Ganze dann als „Lehrerlüge“ bezeichnet.

(Demonstrativer Beifall von der SPD)

Auch das ist einer dieser Geschichten, zu der ich empfehle: Überlegen Sie sich vorher, was Sie sagen. Es erst zu loben und dann als „Lehrerlüge“ zu bezeichnen passt nun einmal wahrlich nicht zusammen. Vielleicht haben Sie es nicht verstanden.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann wollen wir uns doch einmal im Klartext damit beschäftigen. Eben haben Sie sich hierhin gestellt und den Eindruck erweckt, als ob wir jetzt plötzlich irgendetwas, was wir vorher gesagt hätten, korrigieren würden. Das ist in zweifacher Hinsicht unwahr.

Erstens: Es gibt einen Mehrbedarf, von dem der Finanzminister in seinem Brief geschrieben hat. Das wusste Ihre Regierung schon vor der Wahl. Konkret: Am 15. April wurde die damalige Bildungsministerin Frau Schäfer von den Schulabteilungsleitern der Bezirksregierungen darüber unterrichtet, dass Frau Schäfers Kalkulation der

Schülerzahlen für das kommende Schuljahr nicht stimmt.

Was ist also passiert? Man wusste es vor der Wahl. Man hat diese Information unterdrückt, weil sie einem vor der Wahl nicht mehr passte. Das ist die Lüge, die da passiert ist. Sie haben das Volk über diese Situation und Ihre Planung belogen.

(Beifall von CDU und FDP)

Der zweite Punkt: Sie haben in Ihren Beiträgen gestern, obwohl von mir in der Regierungserklärung vorgetragen, unterschlagen, dass wir nicht nur angekündigt haben, 1.000 neue Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, sondern dass wir darüber hinaus angekündigt haben, die Mittel für den Vertretungsunterricht um 20 Millionen € aufzustocken.

Diese Summe - es mag ja sein, dass Frau Schäfer das nicht kapiert hat und Sie es auch nicht kapiert haben,

(Ralf Jäger [SPD]: Vorsicht!)

obwohl Sie auch für Bildungspolitik zuständig waren - für die Zeit von August 2005 bis Dezember 2005 entspricht einem Stellenvolumen von noch einmal rund 1.000 Lehrerstellen.

(Beifall von der CDU)

Das heißt, es sind in Wahrheit 2.000 Lehrerinnen und Lehrer, die mit dem Geld eingestellt werden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Dann zu behaupten, wir würden nichts gegen den Unterrichtsausfall tun, liebe Frau Abgeordnete - das „liebe“ streiche ich -, Frau Abgeordnete Kraft,

(Zurufe von der SPD)

ist eine politische Unverschämtheit und hat mit Wahrheit und Klarheit überhaupt nichts zu tun.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP - Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD] - Gisela Walsken [SPD]: Die Schweigeminute!)

Wenn man dann noch weiß, dass der damalige und abgewählte Finanzminister und jetzige SPD-Vorsitzende vorgesehen hatte, mit Ablauf des kommenden Schuljahres insgesamt 2.000 Lehrerstellen zu streichen - und das Ganze wird dann unter dem Stichwort „Vorgriffsstellen“ abgehandelt -, dann wird die Sache noch einen Deut schlimmer. Sich hier hin zu stellen, die Zahlen nicht zu kennen, etwas anderes zu behaupten und selber vorgehabt zu haben, zusätzlich noch einmal 2.000 Stellen zu streichen, dies ist nun

wirklich nicht seriös, sondern in höchstem Maße unseriös, Frau Abgeordnete Kraft.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP -
Hannelore Kraft [SPD]: Das ist unverschämt
und falsch!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr
Dr. Rüttgers, gestatten Sie eine Zwischenfrage
der Kollegin Kraft?

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Damit
das in Zukunft auch jedem klar ist und damit Sie
sehen, dass diese Koalition keine Angst vor
Transparenz in diesem Bereich hat, werden wir
eine Statistik über den Unterrichtsausfall erstellen
und veröffentlichen, sodass in Zukunft jeder weiß,
wie viel Unterricht ausfällt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir tun damit das, was Sie nie gemacht haben
und wozu Sie nicht den Mut hatten.

(Helmut Stahl [CDU]: Ihr habt das nie ge-
macht! - Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Dann
wollen wir mal gucken, ob das passiert!)

Das ist der Unterschied zwischen Transparenz
und Mut einerseits und Reden und Angst vor der
Wahrheit andererseits, sprich: die Menschen in
einem Scheinleben herumlaufen zu lassen und so
zu tun, als ob alles in Ordnung wäre und wir auf
einem guten Weg wären.

(Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wir werden Sie
daran messen, Herr Rüttgers!)

Wir waren auf einem Weg. Der ging immer runter
statt nach oben. Genau dies werden wir mit der
neuen Koalition und der neuen Regierung ändern.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn wir es nicht schon alle gewusst hätten,
dann wäre durch die neue Pisa-Studie, die am
heutigen Tage veröffentlicht wird, noch einmal un-
ter Beweis gestellt worden, dass unser Schulsys-
tem nicht nur in einem Zustand ist, in dem es nicht
bleiben kann, nicht nur in einem Zustand ist, in
dem unseren Kindern Lebenschancen gestohlen
werden, nicht nur in einem Zustand ist, in dem
besonders Kinder aus bildungsfernen Familien es
besonders schwer haben, und damit ein Bil-
dungssystem ist, das besonders ungerecht ist.

Wir reden inzwischen nicht mehr über die Tatsa-
che, dass man das nicht gewusst hat. Wir wissen
das seit der ersten Pisa-Studie.

Aber wir wissen jetzt durch diese neue Pisa-
Studie, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen - dies

ist ein bedauerlicher und völlig inakzeptabler Zu-
stand - in den Kernkompetenzen Mathematik, Le-
sen und Naturwissenschaften mehr als deutlich
unter dem OECD-Durchschnitt liegen und dass
wir auch im Ländervergleich in der Bundesrepu-
blik Deutschland - leider, so sage ich - konstant
nur auf den hinteren Plätzen zwölf bis 14 liegen.
Meine Damen und Herren, der Rückstand auf
Bayern beträgt inzwischen ein Jahr Lernzeit.

Für Nordrhein-Westfalen ist sogar festzustellen,
dass wir bei der Lesekompetenz gegenüber der
ersten Pisa-Studie keinerlei Zuwachs zu ver-
zeichnen haben und bei Mathematik und Natur-
wissenschaften nur geringe Zuwächse zu ver-
zeichnen sind. Demgegenüber haben sich die an-
deren Bundesländer zum Teil signifikant verbes-
sern können.

Besonders schlimm, finde ich - das bestätigt noch
einmal den traurigen Befund -, ist, dass Nord-
rhein-Westfalen zum zweiten Mal ein besonders
schlechtes Ergebnis bei der Abhängigkeit der
Leistungen von der sozialen Herkunft zu ver-
zeichnen hat.

Dies, meine Damen und Herren, ist die bildungs-
politische Schlussbilanz von Rot-Grün.

(Beifall von CDU und FDP)

Und es zeigt, dass zwischen der ersten Pisa-
Studie und der jetzigen Pisa-Studie keinerlei Ver-
besserungen erzielt worden sind.

Alles, was Sie im Wahlkampf zur Bildungspolitik
behauptet haben, war falsch und war allenfalls
Wunschdenken. Mit der Realität unserer Schüle-
rinnen und Schüler, der Eltern, Schulen und Leh-
rerinnen und Lehrer hatte das, was Sie gesagt
haben, wahrlich nichts zu tun, wie Pisa beweist.
Sie sollten sich für das schämen, was Sie hier ab-
geliefert haben, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Man muss sich darüber nicht wundern, wenn man
die Gutsherrenart sieht, mit der das Schulministe-
rium und die Landesregierung auf die konkrete
Situation in unseren Schulen über all die Jahre
reagiert haben.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Ich berichte von dem Schulleiter eines Gymnasi-
ums, der von der Bezirksregierung in Detmold per
Rundschreiben aufgefordert war, den Unter-
richtsausfall mit eigenen Bordmitteln zu bewälti-
gen, da Geld-statt-Stellen-Mittel wegen des be-
reits erheblichen Abflusses in diesem Kalender-
jahr nicht mehr zur Verfügung stünden. Der Schul-

leiter hat der Bezirksregierung dann Folgendes zurück geschrieben:

„Wir haben keine freien Bordmittel mehr. Gestern musste ein Kollege den Unterricht abbrechen, weil er im wahrsten Sinne des Wortes keine Kraft mehr hatte, ein Kollege, der seine Pflichten immer vorbildlich erfüllte. Altersstruktur, Korrekturbelastungen und Unterbesetzung der Schule führen dazu, dass viele meiner Kollegen am Ende ihrer Kräfte sind.

Nun erhielt ich heute die Nachricht, dass eine Kollegin nach einer Tumorerkrankung sich entschlossen hat, zum Schuljahresende in den Ruhestand zu treten. Eine andere Kollegin steht aus gesundheitlichen Gründen - sie ist ausgebrannt - vor dem Schritt, sich vorübergehend beurlauben zu lassen. Ich habe um Geld-statt-Stellen-Mittel gebeten. Wohl vergeblich.“

Das ist die Wirklichkeit. Das schreibt dieser Schulleiter. Ich befürchte, er hat Recht. Wir werden das ändern.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer die Rede der Frau Abgeordneten Kraft gehört hat, hat eine Rede gehört, die - wie eben schon gesagt - in einer schwierigen Situation, nach einer Abwahl, nachdem man selber das Ministeramt verlassen musste, gehalten werden musste.

(Martin Börschel [SPD]: Sie müssen sich ja sehr getroffen fühlen, wenn Sie so etwas sagen! Unglaublich! - Hannelore Kraft [SPD]: Reden Sie ruhig weiter!)

Das ist nicht einfach. Es ist in dieser schwierigen Lage, in der sich das Land befindet, sicherlich nicht einfach - das weiß auch die neue Landesregierung -, den Menschen im Land wieder Hoffnung zu geben

(Zurufe von der SPD: Oh!)

und vor dem Hintergrund dieser finanziell desaströsen Situation Reformen und Veränderungen durchzuführen, die dem Land wieder Zukunft geben.

Frau Abgeordnete Kraft, Sie werden sich für die nächsten Debatten schon überlegen müssen, was Sie der neuen Landesregierung vorwerfen.

(Gisela Walsken [SPD]: Regieren Sie doch erst einmal! Legen Sie doch etwas vor!)

Sich in ein und derselben Rede hinzustellen und zu sagen, die Regierungserklärung enthielte

nichts Konkretes, und gleichzeitig zu behaupten, sie enthielte so etwas wie eine konservative Gegenrevolution, passt nicht zusammen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: So steht es in der Presse heute!)

Ich frage Sie: Ist es etwa eine konservative Gegenrevolution oder wie Sie das nennen wollen, wenn diese Landesregierung ankündigt: Wir bauen das Ganztagschulsystem aus?

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Wir sind bereit, zusätzlich zu dem alten Programm 50.000 neue Ganztagsplätze in den Hauptschulen zur Verfügung zu stellen - übrigens für eine Schule, die Sie zur Restschule haben verkommen lassen.

(Beifall von CDU und FDP - Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Ist es falsch, wenn wir sagen, dass wir eine bessere Betreuung für Kinder bis zu drei Jahren wollen, und wenn wir sagen, dass wir bereit sind, auch dafür bis zu 50.000 Plätze bis zum Jahre 2012 aufzubauen - eine ganz schwierige Sache, weil auch die Kommunen betroffen sind?

Ist es falsch, wenn wir sagen, dass wir ein besseres Betreuungssystem wollen, und die Plätze, die durch Tagesväter und Tagesmütter wahrgenommen werden, um 20.000 erhöhen wollen?

Ist es falsch, Frau Löhrmann, wenn man sagt, dass man junge Frauen in die Lage versetzen will, sich leichter für ein Kind entscheiden zu können, wenn man will, dass sie anders als jetzt in diesem Land kein schlechtes Gewissen haben müssen, wenn sie versuchen, ihre Berufs- und Erziehungstätigkeit miteinander zu verbinden? Das, meine Damen und Herren, ist das, was jetzt notwendig ist.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Sie mögen ja eine progressive Rhetorik von Multikulti und Gender und Gott weiß nicht was drauf gehabt haben, nur die konkreten Menschen vor Ort, die Frauen und Mütter, haben Sie im Stich gelassen. Das ist das, was die Realität ist, trotz all Ihrer Rhetorik.

(Beifall von CDU und FDP - Rainer Schmeltzer [SPD]: Wollen wir mal gucken, wann ein Mensch vor Ihrer Tür steht! Das dauert nicht lange!)

Frau Abgeordnete Kraft, die Nummer, zu sagen, alles, was gut ist - die Medien, die Dienstleistungen, die Infrastruktur -, hat Euch die liebe SPD

beschert, und alles, was schlecht ist - die Schulden, der Unterrichtsausfall oder die Frage der 1 Million Arbeitslosen -, wäre - wie Sie wörtlich gesagt haben - ab dem nächsten Haushalt unsere Arbeitslosigkeit und unser Unterrichtsausfall, ist zu einfach.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja natürlich!)

Für wie dumm und dämlich halten Sie eigentlich die Menschen? Das hat nun wahrlich nichts mit Intellekt zu tun, sondern nur mit Frechheit.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von CDU und FDP - Die Mitglieder der CDU- und FDP-Fraktion erheben sich von den Plätzen. - Rainer Schmeltzer [SPD]: Recht hat, wer schreit! Da sind drei sitzen geblieben!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Rüttgers. - Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Gisela Walsken von der SPD-Fraktion das Wort.

Gisela Walsken^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ihre Vorfreude in Ehren. Ich kann es verstehen. Ich werde mir Mühe geben, Ihrer Vorfreude gerecht zu werden. Aber lassen Sie mich zuerst, Herr Dr. Rüttgers, feststellen: Wenn wir den Grad Ihrer Aufgeregtheit messen, Ihre Herumschreierei und Ihre Herumpöbeleien, dann muss Frau Kraft heute Morgen hier in diesem Hause eine hervorragende Rede gehalten haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Rainer Schmeltzer [SPD]: Bravo!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich mir vorstelle, dass Sie jetzt auf dem Stuhl des Regierungschefs sitzen,

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Gott sei Dank!)

- vorsichtig, Kollege Kuhmichel -, dann weiß ich nicht, ob es angemessen ist, sich hier zu geben, als sei man nach wie vor der Wadenbeißer der Opposition. Ich halte es für unangemessen für dieses Amt, Herr Dr. Rüttgers,

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

und wünsche mir sehr, dass Sie es in den nächsten Wochen und Monaten schaffen werden, die Fläche dieses Stuhls entsprechend mit Souveränität auszufüllen

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und dann das Land nach außen entsprechend zu vertreten, denn ich schäme mich in Teilen für Sie

vor den Zuhörerinnen und Zuhörern, die da sind und das hier erleben müssen. Ich halte das für nicht angemessen.

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

Meine Damen und Herren, ich halte es übrigens auch nicht - wenn ich mir erlauben darf, das zu sagen - für angemessen, dass es uns heute nicht möglich war, die angedachte Schweigeminute gemeinsam zu begehen,

(Beifall von der SPD)

denn diese - das ist durchaus eine an das Präsidium gerichtete Kritik; das erlaube ich mir hier - hat während Ihrer Rede, Herr Dr. Rüttgers, stattgefunden. Auch das muss man als Regierungschef wissen. Das muss man beachten und muss im Zweifelsfall auch einmal innehalten können. Aber ich denke und hoffe, Sie werden das lernen.

Meine Damen und Herren, ich möchte gerne zwei Punkte aus Ihren Einwänden herausgreifen, weil sie heute eine besondere Rolle gespielt haben.

Ich meine zum einen das Thema „Lehrer-Lüge“/1.000 Stellen. Ich hatte heute Morgen Gelegenheit, live dabei zu sein, als der Finanzminister die Begründung des Antrags auf Genehmigung dieser 1.000 Stellen vortrug. Es ist für alle Fraktionen im Raum deutlich geworden: Es geht nicht um ein Mehr, sondern um die Deckung des Grundbedarfs, wie in den Gesetzen, die die rot-grüne Landesregierung hier vor Jahren verabschiedet hat, vorgesehen. Es geht um das Bedienen der Schüler-Lehrer-Relation. Um nicht mehr und nicht weniger geht es.

(Beifall von der SPD)

Herr Dr. Rüttgers, gewöhnen Sie sich an, nicht nur zu verkünden, Sie würden im Stil einer neuen Ehrlichkeit agieren, sondern dann auch tatsächlich ehrlich zu sein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Frage, die sich anschloss und mit der Sie den Vorwurf an uns verbunden haben, warum wir nämlich erst heute exakt wüssten, wie viele Lehrer wir brauchen würden, kann man über eine kurze Frage an Ihre Schulministerin klären. Denn erst zwischen Februar und dem Beginn der Sommerferien wird in Nordrhein-Westfalen klar, wie die Klassenbildung aussieht, wie viele Schülerinnen und Schüler sich in den einzelnen Schulformen befinden werden ...

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

- Kollege Weisbrich, Sie hatten heute Morgen glänzend Gelegenheit, das zu lernen, obwohl es nicht Ihr Thema ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Erst dann kennt man den genauen Grundbedarf an Lehrern. Das alles steht in § 2 Schulfinanzgesetz; das ist die alte AVO, die früher in § 5 Schulfinanzgesetz stand.

Wir werfen Ihnen nicht vor, Herr Dr. Rüttgers, dass Sie den Grundbedarf bedienen; wir haben heute Morgen im Haushalts- und Finanzausschuss schließlich zugestimmt. Unser Vorwurf lautet vielmehr, dass Sie den Menschen im Land weismachen, es seien neue zusätzliche Stellen, die dazu dienen, Unterrichtsausfall abzudecken. Das ist die Lüge, und das sage ich hier noch einmal deutlich!

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Das ist die Lehrer-Lüge! - Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist die Rüttgers-Lüge!)

Und, Herr Dr. Rüttgers, in diesem Zusammenhang, weil es so schön passt: Sie haben kritisiert, wir hätten Mütter und Familien im Stich gelassen.

Können Sie sich gar nicht mehr daran erinnern, was hier für Debatten abgelaufen sind, als wir bereits vor Jahren begonnen haben, das Programm „Verlässliche Grundschule - Schule von acht bis eins“ einzuführen, als wir das Programm dann systematisch ausgeweitet haben, als wir ferner eine große Offensive zur Gründung der offenen Ganztagsgrundschule gestartet haben?! Können Sie sich nicht daran erinnern, wie Sie sich hier mit Ihren Fachkollegen aufgestellt und behauptet haben, das sei der Untergang dieses Landes, der Untergang jeder Betreuung für Kinder?!

Und heute werfen Sie uns, also denjenigen, die diesen mutigen Schritt gemacht haben, vor, wir hätten Mütter und Familien im Stich gelassen!?

Wissen Sie nicht, was Ihnen die einzelnen Grundschulen oder die Eltern vor Ort sagen, wenn eine Grundschule in ihrer Nähe das Angebot „offener Ganztags“ beinhaltet? - Die Schulen sind froh, es anbieten zu können, und die Eltern sind froh, ihre Kinder dort anmelden zu können.

Sie sind doch der Erste gewesen, der erklärt hat: Das führen wir weiter.

Also kann das so schlecht nicht gewesen sein. Wir können also Mütter und Familien nicht so furchtbar im Stich gelassen haben, wie von Ihnen

hier dargestellt. Sonst wäre die Nachfrage nicht so groß gewesen, dass wir aufstocken mussten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Dr. Rüttgers, ich habe großes Verständnis dafür, dass Sie hier vorhin die Contenance verloren haben. Ich habe es deshalb, weil ich sehr aufmerksam die Presse studiert habe. Manchmal ist es klug, Sachen nicht selbst zu formulieren, sondern zu schauen, was Fachleute formuliert haben. Und dass Journalisten hinsichtlich Formulierungen Fachleute sind, steht außer Frage. Deshalb lassen Sie mich, Frau Präsidentin, zwei kleine Zitate - das erste ist aus der „Neuen Ruhr Zeitung“ von heute - vortragen.

Dort heißt es:

„Regierungserklärungen sind selten ein Quell konkreter neuer Erkenntnisse. Wenn sie dann noch ein wenig origineller Redner wie Jürgen Rüttgers vorträgt, können anderthalb Stunden verdammt lang werden.“

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zustimmung, Meine Damen und Herren!

Aber wir wollen uns nicht vorwerfen lassen, Einzelmeinungen zu zitieren. Deshalb möchte ich ein ebenso deutliches Zitat aus der „Westdeutschen Zeitung“ von heute anschließen. Dort heißt es:

„Man kombiniere einen schlechten Redenschreiber mit einem schlechten Redner, und fertig ist die Regierungserklärung von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers [...]“

Weiter heißt es:

„Wer hat Rüttgers nur diese schaurig-hölzerne Kitsch-Rhetorik aufgeschrieben, die schon im NRW-Wahlkampf abgestanden wirkte [...] Rüttgers Regierungserklärung wirkte in weiten Teilen“

- hören Sie zu! -

„wie eine Nebelmaschine. Seine kraftlose, nebulöse Regierungserklärung lässt nichts Gutes ahnen.“

Dem, meine Damen und Herren, ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber zitier nicht alles! Du hast nicht so viel Redezeit! - Christian Weisbrich [CDU]: Zum Sieg hat es gereicht!)

Aber eigentlich stehe ich heute hier, weil ich mich ein wenig mit dem, was diese Regierungserklärung und der Koalitionsvertrag an außerordentlich

spärlichen Fakten zum Thema Haushaltspolitik bieten, in der Sache auseinander setzen wollte. Ich möchte auf drei Stichworte aus der gestrigen Rede zurückkommen: Stellenabbau, Neuverschuldung, Ausgabenanstieg.

Fangen wir mit dem Stellenabbau an. Das ist eine interessante Rechnung, aber sie ist nicht neu und hier schon oft diskutiert. Ich möchte sie denjenigen, die erstmalig im Parlament sitzen, gerne in Erinnerung rufen.

Sie in der CDU kündigen seit Jahren an, Sie wollten in der Landesverwaltung weitere 1,5 % der Stellen abbauen, und zwar jährlich. Wir haben Sie immer wieder in zig Haushaltsberatungen gefragt, wie Sie das machen wollen. Gestern haben Sie nun erklärt, Sie wollten an diesem Plan festhalten, wollten aber weite Teile der Landesverwaltung außen vor lassen.

Wir haben uns daraufhin der Mühe unterzogen, zusammenzurechnen. Werden wir von Ihnen angekündigt die Bereiche Polizei, Hochschule, und Schule herausgenommen, bleiben von etwas mehr als 300.000 Stellen nicht einmal 40.000 Stellen übrig. 1,5 % sind dann in der Sparrunde 600 Stellen pro Jahr. Wollen Sie damit die ersten 1.000 Lehrerstellen gegenfinanzieren? 400 davon wären schon bei dieser Rechnung. nicht gegenfinanziert - ganz zu schweigen davon, dass die Einsparungen noch nicht erfolgt sind, also zurzeit die Gegenfinanzierung gar nicht erbracht werden kann beziehungsweise erbracht worden ist.

Die alte Landesregierung hat es durch den Abbau von kw-Vermerken geschafft, den Personalhaushalt in den letzten Jahren um 900 Stellen real abzusenken - und das, obwohl wir in der Legislaturperiode 4.100 neue Lehrer zusätzlich eingestellt haben. Das wollen Sie auch. Wie aber wollen Sie das mit den jährlich 600 Stellen gegenrechnen?

Wollen Sie doch betriebsbedingte Kündigungen? - Dann soll doch bitte die neue Ehrlichkeit gelten. Dann sagen Sie den Menschen in den Landesverwaltungen, sie würden künftig gekündigt werden. Seien Sie an dieser Stelle ehrlich.

Oder, meine Damen und Herren, sagen Sie deutlich: Die Zahlen interessieren uns gar nicht. Wir haben das mal da hineingeschrieben. Im Grunde wissen wir noch gar nicht, wie wir diese 1,5 % einsparen werden oder wo wir überhaupt einsparen wollen.

Deshalb, meine Damen und Herren, werden wir Ihnen auf den Fersen bleiben. Wir werden Sie auch bei Vorlage des Nachtragshaushaltes fra-

gen, wie denn die wegen des Anstiegs an Schülerinnen und Schülern notwendigen 1000 Stellen finanziert werden.

Sie behaupten, seit 1998 - das haben Sie gestern noch einmal wiederholt - wäre keine Stelle in der Landesverwaltung abgebaut worden. - Das ist sachlich falsch. In den Jahren 2000 bis 2005 haben wir trotz der genannten 4.100 neuen Stellen die Gesamtzahl aller Stellen absenken können - den Gesamtstand können Sie nachlesen, darüber brauchen wir überhaupt nicht zu streiten -: in der Zeit von 2003 bis 2004 um 991 Stellen und dann noch einmal um 819 Stellen.

Das heißt, die alte Landesregierung hat es geschafft - wie damals auch angekündigt -, zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen, diese Stellen aus nicht mehr benötigten Stellen zu finanzieren und noch darüber hinaus zu sparen. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der CDU und der FDP, müssen Sie erst einmal nachmachen.

(Beifall von der SPD)

Wir schauen uns dann an, wie diese Rechnung im Nachtragshaushalt aussieht.

Dann werfen Sie uns immer wieder vor: Die Personalkosten steigen - ja, das ist richtig -, obwohl die Anzahl der Stellen zurückgeht. - Sie, zumindest Ihre Fachleute aus den Ausschüssen - mit denen müssen Sie einmal kommunizieren -, wissen, dass es dafür Gründe gibt, dass es Steigerungsraten zu verkraften gab. Ich möchte nur vier Punkte herausnehmen:

- Anstieg der aktiven Bezüge in den letzten fünf Jahren um über 80 %,
- Anstieg der Versorgungsausgaben um 185 %, Herr Dr. Rüttgers,
- Anstieg der Beihilfen für diejenigen, die aktiv beschäftigt sind, um 115 %, der Beihilfen der Versorgungsempfänger sogar um 430 %.

Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, jetzt frage ich Sie: Wie wollen Sie mit diesen Steigerungsraten umgehen? Wie wollen Sie sie gegenfinanzieren? Wollen Sie künftig die Versorgungsausgaben reduzieren? Wollen Sie die Beihilfen kürzen? Oder wollen Sie, wie ich es eben schon einmal gesagt habe, den Menschen in den Landesverwaltungen tatsächlich kündigen? Seien Sie ehrlich und sagen Sie den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land, was Sie planen! Alles andere ist unseriös.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zu einem weiteren Stichwort, dem von Ihnen behaupteten ungebremsten Ausgabenanstieg: Das taucht in Ihrem Wahlprogramm, im Koalitionsvertrag, aber auch in der Regierungserklärung auf. Ich nenne Ihnen dazu gerne Zahlen, die man durch bloßes Nachschlagen im Haushaltsplan nachvollziehen kann.

Im Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2003 etatisiert für das ganze Land rund 49,1 Milliarden €, für das Jahr 2004 48,68 Milliarden. Das ist ein Rückgang um exakt 1 %. Verringert man das Ausgabenvolumen dieses Jahres, in dem wir einen durchlaufenden Posten „WestLB“ dabei haben - Fachleute wissen warum -, dann haben wir noch einmal die Ausgaben um 650 Millionen reduziert, Herr Dr. Rüttgers. Ich frage Sie: Wie können Sie da von ungebremstem Ausgabenanstieg reden?

(Beifall von der SPD)

Sagen Sie, was Sie meinen, es sei denn, Sie wollen hier bloß ein entsprechendes Klima schaffen, um uns in den Wochen nach der Sommerpause klarzumachen, dass Sie wieder neue Schulden aufnehmen wollen.

Meine Damen und Herren, trotz dieser Situation ist es uns gelungen, verfassungskonforme Haushalte aufzustellen, Herr Dr. Rüttgers.

(Helmut Stahl [CDU]: Sie erzählen hier Märchen! - Christian Weisbrich [CDU]: Kreativ!)

Das bedarf natürlich einer enormen Sparanstrengung. Und diese Sparanstrengung mit einem Volumen, Herr Weisbrich, von über einer Milliarde müssen Sie in diesem Lande erst einmal erbringen. Das müssen Sie hier erst einmal schaffen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann wollen wir einmal schauen - Sie waren die Ersten, die damals bei den Demonstranten vor dem Landtag waren -, wie Sie es schaffen, 1,4 Milliarden € aus diesem Haushalt herauszuschlagen. Aber darum geht es mir gar nicht. Ich möchte verdeutlichen, was hier gespielt wird, meine Damen und Herren.

Sie sprechen davon, dass Sie die Nettokreditermächtigung in den nächsten Jahren zurückfahren wollen. - Dazu müssten Sie Geld drucken. Sie wissen genau, dass in den Nachtragshaushalten hohe Neuverschuldungen enthalten sind. Wir haben immer dazu gestanden, ...

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

- Herr Linssen, hören Sie zu, vielleicht sind da auch Details bei, die früher gar nicht in Ihrem

Fachbereich lagen. - ... weil wir gesagt haben: Wir nehmen nur neue Schulden für das Geld auf, das wir durch wegbrechende Steuereinnahmen nicht einnehmen. Wir haben nicht einen einzigen Euro Schulden zusätzlich aufgenommen, um neue oder andere Politikfelder zu finanzieren.

Ich möchte sehen, ob Sie das in Ihrem Nachtragshaushalt oder im Haushalt 2006 oder 2007 hinbekommen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, weil Sie genau wissen, was das für eine Kraftanstrengung bedeutet - Sie haben damals mitbekommen, dass es viele Demonstrationen im Land gab, als wir diese notwendigen Einsparungen durchführen mussten -, versuchen Sie jetzt - das will ich dem Parlament sehr eindringlich sagen -, mit haushaltstechnischen Tricks eine Verschuldungshöhe zu zeichnen, die Ihnen helfen soll, eine Neuverschuldung, die Sie der alten Regierung gerne anhängen, selber vorzunehmen. Ich möchte Ihnen auch erklären, warum.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Walsken.

Gisela Walsken^{*)} (SPD): Deshalb warnen wir Sie vor einer neuen Haushaltslüge. Wir warnen Sie dezidiert davor. Denn wir sind Ihnen auf der Spur, Herr Linssen.

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

- Sie können sich ja gleich mit mir auseinander setzen. Warten Sie erst einmal ab, bevor Sie sich aufregen! Lassen Sie mich erst einmal darstellen, warum ich glaube, dass Sie auf dem Weg sind, eine Haushaltslüge vorzubereiten. Wenn Sie es anders sehen, können Sie das gleich vortragen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Walsken, gestatten Sie in dem Zusammenhang eine Zwischenfrage des Kollegen Weisbrich?

Gisela Walsken^{*)} (SPD): Gerne.

Christian Weisbrich^{*)} (CDU): Frau Kollegin Walsken, können Sie mir vielleicht einmal erklären, was Sie unter „wegbrechenden Steuereinnahmen“ verstehen? Meinen Sie nicht vielleicht falsche Vorausschätzungen Ihrerseits? Sind denn die Steuereinnahmen wirklich zusammengebrochen, oder haben Sie sich nur verschätzt?

Gisela Walsken^{*)} (SPD): Herr Kollege Weisbrich, ich hatte geglaubt, Sie als alter Parlamentarier

wüssten das. Die Steuerschätzungen, die die Bundesländer aufgrund von einheitlichen Systemen gemeinsam vornehmen, haben dazu geführt, dass, nachdem die tatsächlichen Steuereinnahmen bekannt waren, in allen Bundesländern Einnahmelücken verzeichnet werden mussten, was, Herr Weisbrich, ein klares Indiz für weggebrochene Steuereinnahmen ist.

Ein zweites klares Indiz, Herr Weisbrich - das wissen Sie sicherlich, auch wenn Sie im Haushalts- und Finanzausschuss neu sind -, ist die Tatsache, dass Ihre vollmundige Ankündigung damals, sie gingen aufgrund unserer Erklärung, es gebe ein wirtschaftliches Ungleichgewicht, zum Verfassungsgericht, um die Unrichtigkeit dieser Erklärung feststellen zu lassen, in sich zusammengebrochen ist.

(Christian Weisbrich [CDU]: Was?)

Sie haben nichts Derartiges getan. Deshalb glaube ich, dass Sie an diesen Stellen noch ein paar Punkte lernen müssen. Das kommt aber im Laufe der Zeit. Wir sind ja jetzt gemeinsam im Finanzausschuss. Ich bin auch gerne bereit, mal außerhalb von Zwischenfragen über das eine oder andere zu reden.

(Beifall von der SPD)

Was planen Sie? - Ich will ein paar Beispiele nennen.

Sie planen grundsätzlich - das wird an einigen Stellen in der Regierungserklärung in Schemen deutlich; Stichwort „Nebel“ - die Auflösung von Einrichtungen oder Betrieben, die wir aus guten strukturpolitischen, finanzwirtschaftlichen und anderen Gründen eingerichtet haben. Lassen Sie mich ein paar herausnehmen - ich kann nicht alle nennen; das würde aufgrund der Redezeit nicht funktionieren -:

Erstes Beispiel. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW - BLB -, der mittlerweile für alle Liegenschaften und Immobilien des Landes zuständig ist, unterstützt den Landeshaushalt jährlich mit 800 Millionen €. Herr Weisbrich und Herr Linssen, wenn man diesen auflöst, muss man die Frage in Kauf nehmen, wie man die Finanzierungslücke deckt.

Zweites Beispiel. Die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft wollen Sie offenbar auch auflösen. Sie hält Landesvermögen, nämlich Beteiligungen des Landes an den unterschiedlichsten Einrichtungen. Naturgemäß sind damit nicht nur Schulden, sondern auch entsprechende Vermögenswerte - sei es bei den Flughäfen, den Messen oder den Häfen - verbunden.

Sie wissen, dass im Beteiligungsbericht der Landesregierung auf 125 Seiten alle Zahlen für jeden Parlamentarier in diesem Haus nachprüfbar niedergeschrieben sind. Durch die Rückführung dieser Schulden in den Landeshaushalt wollen Sie jetzt doch nur eine Situation herbeiführen, die Sie in die Lage versetzt, das Vermögen hinterher schuldenfrei zu verkaufen. Damit belügen Sie nicht nur sich selbst, Sie belügen damit auch die Öffentlichkeit; denn das sind keine Schulden im klassischen Sinne der Haushaltsführung.

(Beifall von der SPD)

Dafür gibt es eine einschlägige Rechtsprechung, sodass wir darüber überhaupt nicht zu diskutieren brauchen.

Drittes Beispiel. Es ist interessant, weil wir dort immer einvernehmlich waren. Es geht um die West-LB AG. In der Gesellschaft zur Finanzierung der stillen Einlage der West LB ...

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

- Herr Weisbrich, wenn Sie jetzt aufpassen, haben Sie was gewonnen. - Die stille Einlage der West LB haben wir damals gemeinsam - mit Zustimmung aller Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen - beschlossen. Wir haben eine bestimmte Finanzierungs konstruktion gewählt, und der Saldo beträgt 324 Millionen €. Das ist so, es ist nachlesbar und bekannt. Das wurde damals von allen so gewollt. Es war für die West-LB AG eine wichtige Maßnahme zur Rettung der Bank. Das geschah übrigens auch mit Zustimmung des heutigen Finanzministers.

In der jetzt vorliegenden Schlussbilanz der BVG, der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes, die uns allen übrigens auch vorliegt - es ist keine Verschluss sache -, stehen Verbindlichkeiten in Höhe von 711 Millionen €. Zieht man davon die Schulden gegenüber dem Land ab, die die BVG noch hat - zum Beispiel aus der LEG-Bewertung -, so bleiben Kredite von Dritten in Höhe von rund 350 Millionen €. Auch das ist hier zu nennen.

Der genannte BLB hat auch noch eine haushaltsmäßige Ermächtigung, jährlich Kredite zur Finanzierung von Investitionen aufzunehmen. Dies wurde von uns in den entsprechenden Gremien gemeinsam so gewollt. 2004 waren es 1,3 Milliarden €, und 2005 sind es 2,3 Milliarden €. Diese Ermächtigung geht bis ins Jahr 2001 zurück und ist immer einvernehmlich unter uns Kollegen gemeinsam beschlossen worden.

Gehen wir mal davon aus - das ist hochinteressant -, dass wir Verbindlichkeiten von ungefähr 1 Milliarde € haben, dann kommen wir auf eine

Summe von 1,7 Milliarden €. Sie sagen, dass Sie diese jetzt auflösen wollen. Ich frage Sie: Warum wollen Sie das tun? Es handelt sich nicht um unseriöse Schattenhaushalte. Dieser Summe steht ein Vermögenswert gegenüber. Das wissen Sie auch; zumindest die Fachleute unter Ihnen wissen das. Eine solche Bilanzierung ist nicht nur handelsrechtlich geboten, sondern sie ist kaufmännisch sogar notwendig. Der Finanzminister ist Kaufmann. Deshalb unterstelle ich mal, dass wir an dieser Stelle gemeinsam zu einer vernünftigen sachlichen Überlegung kommen.

(Beifall von der SPD)

Schulden und Vermögen müssen wir dann gegeneinander aufwiegen. Das gilt gleichermaßen für den BLB, für die stille Einlage der AG - insbesondere dann, wenn man Anteile verkaufen will - und für die einzelnen Beteiligten.

Meine Damen und Herren, dieser Weg ist unredlich. Sie wollen ihn beschreiten und hier eine Schlussbilanz der NRW-Landesregierung alt auflegen. Das ist nicht nur unseriös, sondern auch eine Lüge. Das werden wir Ihnen Punkt für Punkt nachweisen.

(Beifall von der SPD)

Wir werden Ihnen auch nachweisen - das wird anhand der Protokolle ein Leichtes sein -, dass Ihnen nicht nur all diese Zahlen bekannt sind, sondern dass Sie an vielen Stellen in den einzelnen Gesellschaften sogar gemeinsam mit uns agiert haben. Ich glaube, so leicht kann man es sich nicht machen. Deshalb warne ich die neue Landesregierung jetzt schon vor einer derartigen Haushaltslüge.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Minister Dr. Helmut Linssen: So einfach haben wir es selten gehabt!)

- Schön, das freut mich.

In vielen Beratungen des Unterausschusses - Herr Linssen, Sie waren nicht dabei, weil das die Kollegen aus dem Finanzbereich gemacht haben - haben Sie die gesamten Zahlen mit der alten Landesregierung diskutiert. Sie haben sie nicht nur diskutiert, sondern Sie haben an vielen Stellen auch Nachfragen an die alte Regierung gehabt. Wir haben gemeinsame Beschlüsse getroffen. Es gab dort keine Geheimnisse. Sie kannten auch alle Zahlen. Deshalb: Streuen Sie der Bevölkerung nicht Sand in die Augen, indem Sie von einer Schlussbilanz der SPD-Regierung sprechen, die Sie jetzt erst aufdecken und von der Sie jetzt erst erfahren. Das ist nicht seriös, und das wissen Sie auch.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn der Nachtragshaushalt im Herbst vorliegt, werden wir uns genau anschauen, ob Sie sich im Rahmen der Verfassung bewegen. Das ist die Aufgabe der Opposition und unser demokratisches Recht. Ich kündige heute gerne an: Wenn wir Bedenken haben, werden wir den Verfassungsgerichtshof für NRW in Münster bemühen. Auch wir mussten verfassungskonforme Haushalte vorlegen. Verfassung bleibt Verfassung. Das gilt für Sie in der Opposition wie jetzt in der Regierung.

Ich würde ganz gerne noch ein weiteres Stichwort aus Ihrer gestrigen Rede aufgreifen, nämlich die Haushaltssperre, die Sie hier als Teil der großen Sparmaßnahmen deklariert haben. Sie brüsten sich schon jetzt damit, dass das ein erstes wichtiges Instrument nach der Regierungsübernahme sei, um Geld zu sparen. Das stimmt nicht; denn tatsächlich gab es bereits bei der alten Landesregierung eine Verfügung, dass 30 % der sogenannten disponiblen Haushaltsmittel - das sind im Wesentlichen die Förderbereiche, über die die Landesregierung noch frei disponieren kann - gesperrt sind. Ich denke, der Finanzminister weiß das mittlerweile. Wir haben das damals Haushaltsbewirtschaftungsmaßnahme genannt. Sie nennen es Haushaltssperre; das ist Ihre Sache.

Worin liegt der Unterschied? Wo sparen Sie einen Euro mehr als die alte Landesregierung? Sie wissen doch genau, dass eine Haushaltssperre spätestens mit der Vorlage des Nachtragshaushalts obsolet ist. Dann werden Sie diese Mittel heranziehen, um all das zu finanzieren, was Sie in Ihrer Regierungserklärung umzusetzen versprochen haben.

Zudem ist Ihre Haushaltssperre auch unehrlich. Sie nehmen explizit die Mehrausgaben für die Neubildung Ihrer Regierung heraus. Was heißt das? Sie verbieten, dass die Mittel verausgabt werden für Forschungseinrichtungen, für die Aidsbekämpfung, für die Übungsleiterpauschale - das war heute Morgen Thema im Haushalts- und Finanzausschuss -, also für die ehrenamtlichen Sporttrainer, für Bereiche in Kultur und Sport. Hier soll also gespart werden, während Sie sich auf der anderen Seite für die Bildung Ihrer Regierung Mehrkosten von jährlich etwa 850.000 € genehmigen. Es gehört zur neuen Ehrlichkeit: Das muss man laut und deutlich sagen.

(Beifall von der SPD)

Wir könnten uns noch viele Punkte herausgreifen, Kleinigkeiten, an denen klar wird, dass sie noch kein Konzept haben, wie Sie mit dem Landes-

haushalt umgehen wollen - weder für den Nachtragshaushalt noch für den Haushalt des Jahres 2006.

(Lachen von Helmut Stahl [CDU])

Das ist heute Morgen im Haushalts- und Finanzausschuss noch einmal deutlich geworden, als die Oppositionsfraktion nachgefragt hat, wie die Stellen finanziert werden.

Aber, meine Damen und Herren, ich will nicht gleich das ganze Pulver verschießen und meine Rede beenden. Lieber Herr Dr. Rüttgers, Sie haben gestern in der Regierungserklärung noch einmal den Werbeslogan „Geht nicht, gibt's nicht“ zitiert. Ich würde das gerne aufgreifen und Sie herzlich bitten: Kommen Sie aus Ihrer Baumarktmentalität heraus! - Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD - Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. - Als nächster Redner hat für die CDU-Fraktion Kollege Biesenbach das Wort.

Peter Biesenbach^{*)} (CDU): Frau Präsidentin,

(Zahlreiche Abgeordnete verlassen den Plenarsaal.)

vielleicht halten Sie die Uhr noch etwas an, damit die Kollegen der SPD den Saal verlassen können, um sich in Ruhe dem Verdauen zu widmen. Herr Jäger, hier könnten Sie allerdings noch etwas lernen.

(Zurufe von der SPD - Edgar Moron [SPD]: Das kann doch nicht wahr sein!)

- Herr Moron, was den Bereich der neuen Ehrlichkeit angeht, sollten wir uns darüber unterhalten, wer von wem was lernen kann. Das werde ich Ihnen in den nächsten Minuten sagen.

Liebe Frau Walsken, ich hatte die Hoffnung, Sie seien lernfähig, nachdem Sie den Ministerpräsidenten gehört hatten, der Ihnen ziemlich deutlich um die Ohren gehauen hat, was von dem neuen Auftritt der Oppositionspartei SPD zu halten ist. Aber leider muss ich feststellen: Von Lernfähigkeit war noch nicht viel zu spüren. Paul Watzlawick hätte heute Morgen und gestern seine These von den verschiedenen Wahrheiten deutlich bewiesen bekommen. Denn so viele Wahrheiten, wie Sie uns präsentiert haben, kann es nur bei wirklichen Illusionisten geben. Ihre Rede war ebenso wie die der Fraktionsvorsitzenden der SPD stilllos, kraftlos und saftlos.

(Beifall von der CDU)

Herr Kollege Papke hat heute Morgen ein schönes, passendes Bild gebraucht: Sie haben die rauchenden Trümmer noch im Rücken und versuchen, es so darzustellen, als seien es unsere. - Keine Sorge. Wir werden die Trümmer in den nächsten Jahren wegräumen. Wir werden dafür sorgen: Nordrhein-Westfalen kommt wieder. Frau Walsken, wenn Sie mitmachen wollen, herzlich gerne, aber bitte ohne diese Überheblichkeit, mit der Sie die Kollegen ansprechen.

(Edgar Moron [SPD]: Wer ist denn überheblich? Das sind Sie doch!)

- Herr Moron, wenn Sie der Meinung sind, dass Sie nach dem Ergebnis, das bilanziert wurde und das wir beim Nachtragshaushalt wieder vorlegen, noch Anspruch darauf hätten, in diesem Sinne akzeptiert zu werden, sollten Sie in Klausur gehen und das tun, was die Zeitungen gestern über Sie geschrieben haben: Das Debakel wird später aufgearbeitet. - Wenn Sie es aufgearbeitet haben, werden Sie vielleicht Gesprächspartner, die mit-helfen können, hier eine vernünftige Politik umzusetzen. So haben wir gestern lediglich eine Oppositionspartei erlebt, die ihren meisten Spaß dann hatte und schenkelklopfend zeigte, wenn sich jemand versprach.

Ich habe erstaunt festgestellt, wie viele von Ihnen gestern aktive Nutzer von Kaugummi waren. Wenn das nur durch die verhinderten Möglichkeiten zu reden kommt, räumen wir Ihnen gerne Zeit ein. Wir halten das aus. Aber Sie sollten vielleicht darüber nachdenken, dass Sie als kleinste SPD-Fraktion seit vielen Jahren in diesem Landtag den meisten Lärm machen. Ihre Spielereien mit den Anträgen sind dafür nur ein Beispiel.

Frau Löhrmann hat heute einfach zugestanden: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wollten etwas anderes. - Das finden wir richtig, und damit werden wir umgehen und Sie auch.

Nur: Von diesem Ansatz, von dieser Demut, Herr Sichau, sollten Sie etwas annehmen, und dann fangen wir vielleicht an, miteinander zu sprechen. Sie haben es propagiert, Frau Kraft hat es propagiert: Wir haben den Wechsel fair akzeptiert. - Ist es fair, den Ministerpräsidenten anzugreifen und menschlich zu disqualifizieren? Halten Sie den Satz „Sie sind doch nicht mehr als eine blasse Raubkopie“ für fair? Wenn sich Frau Kraft beschwert, der Ministerpräsident sehe sie nicht einmal an, darf sie sich nicht wundern, wenn sie dieses Gebaren zeigt. Jemanden ansehen, bedeutet Akzeptanz. Aber Akzeptanz muss man sich in der

Sache verdienen. Das können Sie nicht mit dem unseriösen Auftreten, das Sie hier gezeigt haben.

Frau Walsken, Sie haben aus einer Zeitung über die Regierungserklärung vorgelesen. Wie viele andere Zeitungen sollen wir Ihnen zeigen? Ihre Fraktionskollegin hat heute Morgen die „Rheinische Post“ zitiert. Hätten Sie auch aus der „Rheinischen Post“ zitiert, hätten wir ein völlig anderes Ergebnis. Ich will Ihnen nur einige Sätze daraus vorlesen:

„Seine“

- gemeint ist der Ministerpräsident -

„erste Regierungserklärung war eine im Ton leise, in der Sache aber laute Kampfansage an Lethargie, Verzagtheit und an das alte NRW-Wir-Gefühl: allen wohl und niemand wehe. Fordern und Fördern könnte man das Prinzip dieses Fünfjahresplans umschreiben.“

(Gisela Walsken [SPD]: Weiterlesen!)

Ich zitiere weiter:

„Die Menschen an Rhein und Ruhr haben gestern einen Vorgeschmack auf den Arbeitsstil dieser Regierung bekommen. Für CDU und FDP ist das Regieren kein Selbstzweck, sondern Aufgabe. Entsprechend nüchtern und sachlich ist der Stil der neuen Mannschaft.“

(Gisela Walsken [SPD]: Noch!)

- Wir laden Sie ganz herzlich ein, Frau Walsken. Bleiben Sie ruhig und sachlich. Das Wort „noch“ passt überhaupt nicht. Es handelt sich um eine Zukunftsprognose. Also keine Sorge: Sie haben fünf Jahre Zeit, jeden Tag zu bilanzieren. Und ich garantiere Ihnen: Sie werden jeden Tag leiser werden.

Die SPD redet in diesen Tagen viel von Ehrlichkeit. Wir haben gestern ein ganz simples Beispiel mitbekommen, wie diese Ehrlichkeit aussieht: Der Kollege Jäger und Frau Düker haben sich maßlos aufgeregt, weil wir die Polizeistruktur nicht wollten. Sie haben vorgetragen, dass es plötzlich viele Beamte mehr auf der Straße gäbe, wenn wir das machten, was sie nicht umgesetzt haben.

(Frank Sichau [SPD]: Ja!)

- Herr Sichau, wo bleiben denn diejenigen Mitarbeiter in den Bezirksregierungen - es sind einige hundert -, die Regierungsangestellte und keine Polizisten sind? Wollen Sie die als Polizisten auf die Straße schicken? Wollen Sie demnächst die 56-jährigen Bediensteten wieder in den Wach- und Wechseldienst schicken? - Wenn Sie das

wollen, dann sagen Sie das. Hier haben Sie davon keinen Ton gesagt.

Was machen Sie mit den Beamten des höheren Dienstes, die Sie dann nicht mehr benötigen? Wollen Sie die auch in den Wach- und Wechseldienst auf die Straße schicken? Vor 2008 wäre kein einziger von ihnen dabei gewesen. Bis dahin haben wir längst andere Maßnahmen, die mehr Kräfte auf die Straße schicken.

(Zuruf von der SPD: Wie wollen Sie denn die Struktur bewältigen?)

Wenn das die neue Wahrheit ist, die Sie wollen, dann stellen wir uns darauf ein. Vielleicht lesen einmal Sie die eigenen Programme, bevor Sie hier herumtönen.

Zu den Schulen und zur Bildungslüge! Eindeutig wurde klar gemacht, wer seit langem vertuscht und nicht vorträgt. Wir haben Ihnen Zahlen vorgelegt. Wir haben Sie seit Jahren aufgefordert: Legen Sie die Zahlen einmal vor! - Wir haben keine einzige gehört. Es ist doch beredt, wenn diejenigen, die in der Sache kundig sind, den Saal verlassen. Denn sie könnten doch in die Verlegenheit kommen, plötzlich antworten zu müssen.

Ich will noch einige andere Stichworte, die Sie gebraucht haben, gern aufgreifen.

Zunächst einmal zur Finanzsituation! Wer hat denn die Netto-Neuverschuldung in Höhe von 32 Milliarden € zu verantworten, die seit dem Jahr 2000 aufgenommen werden musste? Wir? - Doch nicht mit einem einzigen Euro!

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Wer hat sie denn durchgesetzt? - Hätte der von Ihnen angelegte Maßstab in der Zeit gegolten, stünden wir heute deutlich anders da.

Wie sieht es denn bei der Mitbestimmung aus, die groß propagiert wurde? Was ist mit den betrieblichen Bündnissen? - Ich will Ihnen nur ein einziges Beispiel aus meiner Heimatstadt nennen, das sich vor wenigen Monaten ereignet hat: Ein Unternehmen hat eine Modellschreinerei, die mit der Arbeitszeitverteilung in der Woche nicht auskommt. Also einigen sich Betriebsrat, Mitarbeiter der Modellschreinerei und Unternehmensleitung auf eine flexiblere Zeiteinteilung, die das Wochenende einschließt. Das hätte 80 Arbeitsplätze gesichert. Aber es war nichts zu machen, weil sich die Gewerkschaft nicht anschloss. Das Ergebnis lautet: Heute ist die Modellschreinerei geschlossen. 80 Arbeitsplätze sind vernichtet.

Wenn das Ihrer Vorstellung von sozialer Marktwirtschaft entspricht, dann machen Sie weiter. Das ist nicht unsere Vorstellung. Wir hätten gern die 80 Arbeitsplätze gerettet.

Sie haben heute erneut beim Thema Studiengebühren herumgetönt. Ich habe in jeder Wahlveranstaltung das Thema Studiengebühren angesprochen. Es war den Menschen zu vermitteln. Es war auch den Betroffenen zu vermitteln.

(Beifall von der CDU - Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Die haben nämlich verstanden, dass Sie bei Kindergartenbeiträgen bis 140 € keine Bedenken haben. Die haben verstanden, dass sie für die Kosten der Ganztagsbetreuung, soweit sie überhaupt diesen Begriff rechtfertigt, bis zu 100 € zu bezahlen haben.

(Frank Sichau [SPD]: Bis zu!)

Damit gab es überhaupt kein Problem. Die haben aber auch verstanden, dass wir fordern, knapp 85 € im Monat zu nutzen, um an Universitäten wieder Studienbedingungen zu schaffen, die auch denjenigen, die dort Abschlüsse anstreben, hinterher im Wettbewerb helfen, Arbeitsplätze zu bekommen.

Bitte vergleichen Sie einmal, was Sie denjenigen zumuten, die bei Ihrer Schulpolitik studieren müssen. Es gibt fast 25 % Studienabbrecher, die eine Lehre beginnen, weil sie nicht vorbereitet sind. 20 % der Schulabgänger sind nicht ausbildungsfähig. Und dann wagen Sie es, noch zu tönen, Sie hätten für eine gescheite Bildung gesorgt? - Das sind die Verlierenden dieser Zeit. Das werden wir in der nächsten Zeit ändern. Diesen Ballast müssen Sie herumtragen.

Die nachgelagerte Studiengebühr und die Befreiung derer, die BAFöG bekommen, sind die Schienen, die helfen, jedem einen Studienplatz anzubieten, auch denen, die vielleicht nicht in der Lage sind, die Kosten zu tragen.

Sie haben heute gegen die Aufhebung von Schulbezirksgrenzen getönt. - Nein, wir haben parallel angeboten, massiv Integrationsmaßnahmen an den Schulen einzuführen, an denen Bedarf besteht. Damit helfen wir, genauso wie mit unserem Sprachunterricht für Vier- bis Sechsjährige. Das ist der Weg, alle schulfähig zu machen. Sie dagegen haben ein bisschen an alle verteilt.

„NRW familienfreundlich“! Zu den Ideen der Familienzentren haben Sie heute keinen Satz gesagt, obwohl das tolle Instrumente sind. Bei allen Wahlveranstaltungen draußen im Land haben wir damit

überzeugen können. Hier werden keine Wahlen gewonnen. Deshalb können Sie hier schimpfen, wie Sie wollen. Die Menschen draußen haben unsere Botschaft verstanden.

Mein letztes Stichwort: Finanzausstattung und Kommunen. Sie sehen die Leistungsfähigkeit der Kommunen gefährdet. Liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, was Sie in den letzten Jahren den Kommunen aufgebürdet haben, verschlechtert massiv die Situation.

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Schauen Sie sich doch einmal die Haushalte der Kommunen an. Wenn Sie wissen, dass kaum eine Kommune mehr als 0,7 bis 1 % freies Ermessen hat, wofür sie Ausgaben verwendet, dann hätten Sie keine Bedenken, alle Haushalte klar zu bekommen, wenn wir darauf verzichten.

Was haben Sie stattdessen gemacht? - Es gibt Nothaushalte in fast der Hälfte aller Gemeinden landesweit, weil sie Aufgaben aufgebürdet bekommen haben, die zulasten der Gemeinden gehen. Ich möchte einige simple Beispiele nennen.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU] - Gisela Walsken [SPD]: Was machen Sie denn mit den Kommunen?)

Das sind zunächst die hohen zusätzlichen Personalkosten, die Sie beispielsweise meinem Kreis aufbürden, liebe Frau Walsken,

(Gisela Walsken [SPD]: Erzählen Sie doch einmal! Sie sind jetzt in der Regierung!)

indem Sie etwa bei der Heimpflege oder beim Umweltschutz zwölf Verordnungen noch gerade eben auf den Weg gebracht haben, die nun umgesetzt werden müssen. Die Kreise haben alle Personalkosten zu zahlen. Das Land hilft mit keinem Euro.

Sehen Sie sich die Kosten für die Heimpflege an, die Sie vom Landschaftsverband an die Kommunen delegiert haben. Das sind für den Oberbergischen Kreis rund 6 Millionen €. Das entspricht etwa 2,5 % der Kreisumlage, die die Gemeinden zu bezahlen haben.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD] - Weitere Zurufe von der SPD)

- Schreien Sie doch nicht!

(Gisela Walsken [SPD]: Sie schreien doch so!)

Sie können ja gleich belegen, dass meine Aussage falsch ist. Nur: Machen Sie es hier, dann können wir es nachvollziehen.

Nehmen wir den letzten Bereich: 9,2 Millionen € beträgt gegenwärtig das Risiko meines Kreises bei der Unterdeckung von Hartz IV. Wir haben damals zugestimmt

(Gisela Walsken [SPD]: Aha!)

mit dem Wissen um das Versprechen des Bundes: Wir gleichen aus. - Was ist gegenwärtig aus Berlin zu hören? Erstens wissen wir nicht, wie viel wir ausgleichen, und zweitens erst recht nicht, wann. Das ist ein Risiko von knapp 4 % bei der Kreisumlage auch für die Gemeinden in meinem Kreis. Das sind die Dinge, die die Finanzfähigkeit, die die Leistungsfähigkeit der Kommunen gefährden. Und diese Dinge werden wir ändern.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Wenn Sie fragen, Frau Walsken: „Was wollen Sie denn anders machen?“, dann zeigt sich daran genau das, was Helmut Stahl gesagt hat: Sie bleiben verhaftet in den Modellen Ihrer Vergangenheit.

(Gisela Walsken [SPD]: Ich frage nur, was Sie machen, Herr Kollege!)

Wir wollen aber ein völlig ...

(Günter Garbrecht [SPD]: Auf das, was Sie gerade angekündigt haben, warten wir ganz gespannt! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Wer schreit, hat Unrecht. Das habe ich schon in Kinderschuhen gelernt.

(Gisela Walsken [SPD]: Dann seien Sie ruhig, Herr Kollege!)

Die Lautstärke macht Ihre Hilflosigkeit deutlich.

Wenn Sie wissen wollen, was wir alternativ machen, dann empfehle ich Ihnen: Lesen Sie unsere Wahlprogramme, das der Freidemokraten, das der Christdemokraten!

(Gisela Walsken [SPD]: Haben wir schon!)

Lesen Sie die Koalitionsvereinbarung!

(Gisela Walsken [SPD]: Haben wir!)

Und lesen Sie vielleicht noch einmal die Regierungserklärung!

(Gisela Walsken [SPD]: Haben wir auch gemacht!)

Wenn Sie dann nach wie vor sagen: „Ich weiß es immer noch nicht“,

(Gisela Walsken [SPD]: Deshalb fragen wir ja!)

dann sind wir gerne bereit, Ihnen das Ganze auch in Vieraugengesprächen zu erklären.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Hier im Parlament! Nicht nur in der Lesestube! Hier!)

Herr Remmel, die Arbeit, unsere Programme zumindest einmal zu lesen, die wollen wir Ihnen nicht abnehmen; denn dann haben Sie auch einmal etwas Vernünftiges zu lesen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Biesenbach. - Als Nächster hat der Kollege Sagel für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Wenn Lautstärke kein Argument ist, wie der Ministerpräsident es gerade gesagt hat, dann hat er offensichtlich keine Argumente. Oder, wie Herr Biesenbach gesagt hat: Wer schreit, hat Unrecht. - Da kann ich nur sagen: Dann hat er auch noch Unrecht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Denn eine derartige Brüllveranstaltung, wie ich sie heute vom Ministerpräsidenten erlebt habe, habe ich hier im Landtag, ehrlich gesagt, selten erlebt.

Herr Rüttgers, wenn Sie der Fraktionsvorsitzenden der SPD das Recht absprechen, hier als Fraktionsvorsitzende zu sitzen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Waren Sie nicht auch einmal Minister? Sind Sie nicht auch abgewählt worden? Ist es nicht so, dass Herr Linssen, der jetzt auch am Kabinetttisch sitzt, vor einiger Zeit noch über Sie gesagt hat: „Dass die Hofsänger von Kohl nun die größten Erneuerer sein wollen, ist erstaunlich“? Es ist doch immer wieder interessant, wenn man sich so etwas noch einmal zu Gemüte führt.

(Hans Peter Lindlar [CDU]: Sind Sie jetzt fertig?)

Bei diesem neoliberalen Geschwätz, das wir heute vom FDP-Fraktionsvorsitzenden gehört haben - übrigens von einem Menschen, der nicht einen einzigen Tag in seinem Berufsleben tatsächlich in einem Betrieb verbracht hat; das ist, ehrlich gesagt, auch kaum auszuhalten -, ist, glaube ich, noch einmal sehr deutlich geworden: Natur und Landschaft zerstören, durch gentechnisch veränderte Lebensmittel die Gesundheit der Menschen gefährden, Sozialabbau betreiben, Menschen in die Armut treiben - das sind die politischen Vorhaben dieser neuen Landesregierung. Ein Minis-

terpräsident, der von der FDP getrieben jetzt wie Don Quichotte gegen Windmühlen ankämpft! Das ist das, was Sie hier in den nächsten Jahren offensichtlich vorhaben.

Kommen wir zur Haushaltspolitik und den Finanzen. Wenn man sich das einmal etwas genauer ansieht, dann muss man feststellen: Da wird es ganz grauslich. Da ist die Erklärung eines Ministerpräsidenten, der sich erdreistet, in seiner ersten Rede hier - in der Rede nämlich, die wir gestern gehört haben - platt zu lügen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Was?)

Gestern Morgen haben Sie hier vor dem Hohen Haus noch erklärt - ich zitiere wörtlich -:

„Wir werden in dieser Legislaturperiode 4.000 zusätzliche Lehrerstellen gegen den Unterrichtsausfall schaffen. Damit fangen wir sofort an. Bereits zum Start des neuen Schuljahres ... stellen wir 1.000 neue Stellen bereit.“

Gestern versprochen, heute gebrochen! Ich war heute Morgen im Haushalts- und Finanzausschuss. Dort hörten wir in der Debatte, dass, um den vorhandenen beziehungsweise aktuell ermittelten Unterrichtsausfall zu beheben, 1.000 Lehrerinnen und Lehrer jetzt neu eingestellt werden sollen. - Keine einzige Stunde, um den bereits vorhandenen Unterrichtsausfall zu beheben! Das ist die Realität.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Sagel, gestatten Sie ...

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Genau das, was Sie den Leuten versprochen haben, nämlich Unterrichtsausfall zu beheben, passiert mit diesen Lehrerinnen und Lehrern jetzt nicht. Das sind vielmehr Lehrer und Lehrerinnen, die den neuen Anforderungen, die durch zusätzliche Schüler entstehen - wie jetzt von den Bezirksregierungen ermittelt -, gerecht werden müssen. Deswegen haben wir dem natürlich auch zugestimmt. Aber die Realität ist: Eine Finanzierung - völlige Fehlanzeige! Wir haben heute im Haushalts- und Finanzausschuss mehrmals beim Finanzminister nachgefragt: Wie wollen Sie es überhaupt finanzieren?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Sagel ...

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Ein Verweis lediglich auf den Nachtragshaushalt! 22 Millionen - völlig ungedeckter Scheck.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Sagel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Weisbrich?

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Aber immer doch.

Christian Weisbrich^{*)} (CDU): Herr Kollege Sagel, ich weiß nicht genau, ob ich Sie eben richtig verstanden habe. Ich meine Sie wörtlich verstanden zu haben: Der Ministerpräsident erdreistet sich zu lügen. - Haben Sie das gesagt, oder habe ich das falsch verstanden?

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Da haben Sie mich völlig richtig verstanden.

Christian Weisbrich^{*)} (CDU): Wenn Sie das gesagt haben, dann bitte ich die Frau Präsidentin, einmal darüber nachzudenken, ob das so geht - als Tatsachenbehauptung: „Der Ministerpräsident erdreistet sich zu lügen.“

(Beifall von CDU und FDP)

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Ich bleibe auch bei dieser Aussage; denn, wie gesagt, ich habe ihn gerade wörtlich zitiert. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat ja heute nach einer Vorlage des Finanzministeriums einen anderen Beschluss gefasst. Darin steht sehr sachlich begründet, dass genau das, was der Ministerpräsident hier vor dem Hohen Hause gestern vorgetragen hat, nicht stimmt. Dabei bleibe ich auch.

(Christian Weisbrich [CDU]: Darüber würde ich noch einmal gut nachdenken!)

- Ich brauche nicht darüber nachzudenken. Aber Sie sollten vielleicht einmal darüber nachdenken, was Sie den Leuten hier im Land versprechen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie versprechen denen 4.000 Lehrerstellen sofort, und jetzt haben Sie 1.000 Lehrerstellen beschlossen, die tatsächlich überhaupt nicht das gewährleisten, was Sie den Leuten versprochen haben, nämlich den Unterrichtsausfall zu bekämpfen. Sie machen nur das, wozu Sie gesetzlich verpflichtet sind. Das ist die Realität.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Sagel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Henke?

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Ja, wenn Herr Henke auch noch einen so großen Bedarf hat. Ich habe

hier noch 50 Minuten stehen. Ich glaube, unsere Fraktion wird das nicht aufbrauchen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Wir stoppen die Zeit auch, Herr Kollege.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Ja, kein Problem. Dann soll er mal fragen.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist aber großzügig!)

Rudolf Henke^{*)} (CDU): Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie eben behauptet haben, wir hätten 4.000 zusätzliche Lehrerstellen sofort versprochen? Würden Sie zugeben, dass, wenn Sie das so sagen, Sie dann Kriterien, die Sie an andere anlegen, auch gegen sich selber gelten lassen müssen und dass Sie, wenn Sie gleiche Kriterien anlegen, mindestens was die Bewertung dieser Aussage angeht, zu einem relativ kritischen Ergebnis kommen müssen? Die CDU hat immer angekündigt: 4.000 zusätzliche Lehrerstellen im Laufe der Legislaturperiode.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Herr Henke, Selbstkritik ist eine unserer hervorragenden Tugenden. Nur, der Punkt ist: Sie stellen jetzt die Landesregierung. Ihre Kollegen Frau Kastner und Herr Sternberg sind im Wahlkampf in Münster mit mir auf vielen Veranstaltungen gewesen und haben dort immer wieder gesagt: 4.000 Lehrerinnen- und Lehrerstellen sofort! Das war die Aussage, die diese beiden Abgeordneten, die auch diesem Hohen Hause angehören, aber leider im Moment nicht an ihrem Platz sind, tatsächlich gemacht haben. Das sind die Aussagen, die Sie die ganze Zeit verkündet haben. Die FDP hat sogar gesagt: 7.000 zusätzliche Lehrerinnen- und Lehrerstellen.

Das ist die Realität, wie wir sie hier erleben müssen. Ich kann nur sagen: Sie belügen die Leute, die Sie vor kurzer Zeit noch gewählt haben. Das ist Ihre erste große Lüge, die Sie begangen haben.

(Christian Weisbrich [CDU]: Jetzt hören Sie mal mit dem Lügenkram auf!)

Auch wenn man sich andere Punkte ansieht: Sie kündigen einen Stellenabbau von 1,5 % an. Flugs erklären Sie dann aber: Die Bereiche Schule, Hochschule, Polizei, Finanzen usw. sind alle ausgenommen - also fast alles, was an landespolitischen Stellen finanziert wird. Auch da stellt man sich die Frage: Wie wollen Sie diesen Stellenabbau von 1,5 % bewerkstelligen, wenn Sie das alles ausnehmen?

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Weiterhin sagen Sie: Das Ziel ist ein verfassungskonformer Haushalt. Aber Sie bleiben jede Antwort schuldig, wie das gehen soll. Wo die Mittel fehlen, muss offensichtlich die Rhetorik herhalten. Selbst die ist bei Ihnen aber relativ schwach ausgeprägt. Ansonsten wollen Sie offensichtlich nur Mittel verteilen, die Sie noch gar nicht haben.

Damit sind wir beim nächsten Stichwort, der Mehrwertsteuer, wo Sie die nächste große Lüge vorbereiten. Vor einer Woche ist hier noch erklärt worden, dass man gegen eine Mehrwertsteuer sei. Das war zumindest die Aussage des Ministerpräsidenten. Jetzt, ein paar Tage später, heißt es auf einmal: Wir wollen die Mehrwertsteuer erhöhen; wir wollen sie dazu verwenden, die Lohnnebenkosten zu senken. Interessanterweise ist das die Aussage des Finanzministers. Auf der anderen Seite sieht und hört man schon, dass man offensichtlich - wie es auch Herr Klein vor einiger Zeit schon deutlich gemacht hat - den Haushalt sanieren will. Ich bin sehr gespannt darauf, ...

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Sagel, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lindlar zu?

Rüdiger Sagel (GRÜNE): ... wie Sie das machen wollen. Wer möchte jetzt fragen?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Lindlar.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Normalerweise ist es üblich, dass die Abgeordneten der Opposition die Regierung fragen. Ich bin etwas verwundert darüber, dass Sie mich jetzt andauernd fragen.

Präsidentin Regina van Dinther: Lassen Sie die Frage zu?

(Gisela Walsken [SPD]: Informationsbedarf!)

Okay. - Herr Lindlar, ich gebe Ihnen das Wort.

Hans Peter Lindlar^{*)} (CDU): Herr Abgeordneter Sagel, sind Sie bereit zuzugeben, dass Sie die Verfassungswidrigkeit von mehreren Haushalten so lange geleugnet haben, bis sie durch das Verfassungsgericht des Landes in Münster bestätigt wurde?

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Wir haben in bestem Glauben und Gewissen verfassungskonforme Haushalte aufgestellt. Es ist allerdings bei zwei

Haushalten - das ist aktenkundig - festgestellt worden, dass sie aufgrund von haushaltstechnischen Maßnahmen, die von dem Gericht anders beurteilt worden sind, nicht verfassungskonform waren.

(Gisela Walsken [SPD]: Teilaspekt!)

Fakt ist: Wir haben auch für das Jahr 2005 einen verfassungskonformen Haushalt aufgestellt. Sie beklagen immer wieder die Nettoneuverschuldung, wollen jetzt aber direkt noch 2 Milliarden € an Schulden draufpacken. Das ist die Politik, die Sie machen. Offensichtlich ist Ihre Politik darauf ausgerichtet zu hoffen, dass irgendwann tatsächlich die höhere Mehrwertsteuer kommt. Vorher müssen Sie natürlich noch eine Bundestagswahl gewinnen. Deswegen sind das alles Ausgaben, für die Sie die Finanzmittel noch nicht zur Verfügung haben. Ansonsten ist Ihre gesamte Politik offensichtlich darauf ausgerichtet, Glück zu haben, nämlich zu hoffen, dass die Konjunktur anspringt und Sie damit alles entsprechend finanzieren können.

Ein weiterer Punkt sind die Förderprogramme. Auch sie sollen um 20 % zurückgefahren werden. Das gibt einen Sozialabbau bis zum Sozialkahl-schlag. Vor allem werden - das ist auch ein sehr wichtiger Punkt - die Standards sehr dramatisch gesenkt werden. Im gesamten Sozialbereich und in vielen anderen Bereichen ist damit zu rechnen.

Der weitere Punkt: Sie betreiben eine Politik des Ausverkaufs. Sie sagen, Sie wollen alle noch vorhandenen Vermögenswerte des Landes veräußern. Sie wissen, dass das strukturell überhaupt nicht hilft und nur eine kurzfristige Maßnahme sein kann, um damit vielleicht einen Haushalt über die Runden zu bringen.

(Christian Lindner [FDP]: Was macht denn Herr Eichel, Herr Sagel?)

- Ich bin hier nicht bei Herrn Eichel. Er ist auch nicht Mitglied in meiner Partei. Von daher habe ich damit wenig am Hut. Mich interessiert der Landeshaushalt in Nordrhein-Westfalen. Sie sind einer der Abgeordneten, der für diese Landesregierung verantwortlich ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie sind doch immer die großen Töner. Gerade die FDP tönt immer, sie wolle die Haushalte sanieren. Ich bin sehr gespannt auf Ihre Vorschläge und kann nur sagen: Die Bodenbeläge bei Ihnen ist ausgesprochen hoch. Es ist nicht erkennbar, wie Sie das Ganze machen wollen. Das ist die Realität.

Wenn man sich im Weiteren ansieht, wie das Ganze strukturell weitergehen soll, muss ich lesen: An Ausbau ist in den nächsten Jahren nicht zu denken. Das heißt, Sie erklären jetzt schon den Stillstand für Nordrhein-Westfalen in den nächsten fünf Jahren. Das ist das, was wir gestern in der Regierungserklärung gehört haben. Der Ministerpräsident ist leider nicht mehr da. Armes Nordrhein-Westfalen, arme Menschen. Ich glaube, ehrlich gesagt, wir haben von dieser Landesregierung nicht allzu viel zu erwarten.

Ich bin sehr gespannt, ob Sie jetzt tatsächlich konkreter werden, was die Haushaltssanierung angeht. Wir sind auch sehr gespannt auf den Nachtragshaushalt. Wie gesagt, heute Morgen im Haushalts- und Finanzausschuss kam auf die konkrete Nachfrage vom Finanzminister leider gar nichts. Er hat nur darauf verwiesen, dass der Nachtragshaushalt es irgendwie klären wird. Selbst für das, was wir heute Morgen beschlossen haben - wir haben den 1.000 Lehrerstellen auch zugestimmt, weil wir diesen gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen müssen -, gibt es bisher keine Gegenfinanzierung. Es ist nicht klar, wie das Ganze gemacht werden soll.

Ich habe größte Bedenken, wenn ich von Ihnen immer wieder höre, dass Sie irgendwelche Stellen, die Sie an irgendwelchen Verwaltungen abbauen, den Schulen zur Verfügung stellen wollen. Das ist keine seriöse Politik. Das ist vor allem keine qualifizierte Politik und keine Politik, die mit uns zu machen ist. - Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Sagel. - Als nächster Redner hat Herr Lindner von der FDP das Wort. Bitte schön.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man über eine Regierungserklärung debattiert, hilft es manchmal, den Blick zurückzuwenden und zu schauen, sich zu erinnern, wie es vor fünf Jahren abgelaufen ist.

Vor fünf Jahren hat der damalige Ministerpräsident Wolfgang Clement 108 Tage gebraucht, bis er eine Regierungserklärung hier hat vortragen können. Er hat dann zweieinhalb Stunden gesprochen. In diesen zweieinhalb Stunden hat er einen bunten Bauchladen von Programmchen und Maßnahmen vorgestellt. Er hat aber keine klare Linie der Landespolitik beschreiben können.

Da hat sich mit dieser neuen Regierung tatsächlich etwas geändert. Die Koalition der Erneuerung hat 52 Tage gebraucht, bis sie sich auf ein Regierungsprogramm verständigt hat. Jürgen Rüttgers hat in etwas mehr als einer Stunde sein Programm prägnant und der Lage des Landes angemessen nüchtern vorgetragen. Vor allen Dingen hat er hier nicht einen Bauchladen von Maßnahmen und Progrämmchen, von Leuchttürmen und Ankündigungen vorgestellt, sondern einen klaren ordnungspolitischen Kompass beschrieben, mit dem wir das Land zukünftig steuern wollen.

Insofern hat sich in diesem Land etwas zum Besseren verändert. Den Menschen ist nämlich eine berechenbare Perspektive dahin gehend, was die Werte dieser Landesregierung sein werden, eröffnet worden.

Meine Damen und Herren, mit dieser neuen Regierung hält auch ein anderer Stil der Zusammenarbeit Einzug. Sie von Rot-Grün haben hier zehn Jahre lang „Kabale und Hiebe“ inszeniert. Deshalb sind die Menschen Ihrer überdrüssig geworden. Vielfach ist der Eindruck entstanden, dass es gar nicht mehr um die Sache, sondern nur noch um das Ego von Frau Höhn, von Herrn Clement und von Herrn Steinbrück ging. Das war doch der Grund, warum auch keine positive Stimmung in diesem Land entstehen konnte und warum die Menschen trotz der durchaus beachtlichen Stärken, über die das Land verfügt, keinen Optimismus verspürt haben.

Wir dagegen haben auf der Basis geteilter Werte eine Koalition gebildet. Wir haben aber nicht fusioniert. Deshalb hat auch jeder der Partner eigene Argumente und eigene Überzeugungen, für die er beim jeweils anderen Partner um Unterstützung wirbt. Das gelingt nicht immer und nicht immer sofort.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Lindner, gestatten Sie eine Frage von Frau Löhrmann?

Christian Lindner (FDP): In 30 Sekunden.

Es gelingt nicht immer und auch nicht immer sofort, sich mit dem Partner in allen Fragen auf eine gemeinsame Position zu verständigen. Beispiele haben Sie hier ja schon zum Thema gemacht. Was uns allerdings von Ihnen unterscheidet, ist der Stil der Diskussion: Wir stehen hinter gefundenen Kompromisslösungen, vertreten sie gemeinsam und suchen nicht immer, wenn es einen Dissens gibt, das Scheinwerferlicht, um uns gegen den Regierungspartner zu profilieren.

(Beifall von der FDP)

In diesem Sinne dürfen der Ministerpräsident und der Koalitionspartner auf unsere stetige Unterstützung hoffen und ihr sicher sein. - Jetzt ist Ihre Gelegenheit, Frau Löhrmann.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Werter Herr Kollege Lindner, Sie haben es eben so dargestellt, als hätten wir wegen unseres Verhaltens in der Koalition als Grüne verloren. Hätten Sie die Freundlichkeit, einmal in absoluten Zahlen darzustellen, wie viele Stimmen die FDP verloren hat und wie viele Stimmen die Grünen verloren haben?

Christian Lindner (FDP): Das will ich gerne tun, Frau Löhrmann. Die FDP hat bei dieser Landtagswahl 180.000 Stimmen an die CDU verliehen.

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

Diese Stimmen werden wir bei der nächsten Landtagswahl mit Zinsen zurückfordern.

(Gisela Walsken [SPD]: Gut, dass nicht Sie das entscheiden, sondern der Wähler!)

- Ja. Wir wollen doch einmal schauen, wie hoch der Zins ausfällt.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Dienstwagen!)

Aber wissen Sie, was Sie und uns unterscheidet?

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ja, das wissen wir!)

Wir werden uns in fünf Jahren mit den konkreten Erfolgen einer Regierungspolitik um neue bzw. um mehr Verantwortung bewerben können, während Sie wegen der konkreten Ergebnisse Ihrer Politik ja auf die Oppositionsbänke geschickt worden sind. Und das unterscheidet uns.

(Beifall von der FDP - Barbara Steffens [GRÜNE]: Sie werden auch wieder dorthin geschickt!)

- Warten Sie doch einfach ab. Wir können diese Plenarrede ja auf Wiedervorlage legen und in fünf Jahren schauen, wer Recht behält. Ich biete Ihnen gerne eine Wette an.

Meine Damen und Herren, die Premiere der neuen Oppositionsführerin Hannelore Kraft war nach meinem Empfinden eher ernüchternd. Die Wähler haben Ihnen ihr Mandat entzogen. Der Verlust der Legitimation hat aber weder bei den Grünen und erst recht nicht bei der SPD zu einer anderen Haltung geführt. Sie ist hier immer noch als die alte

Staatspartei aufgetreten, arrogant und machtbe-
wusst. Sie hat aber keine Macht mehr.

Dabei hätte Frau Kraft doch bedenken können,
was Herr Steinbrück ihr dieser Tage - wie ich fin-
de, sehr zu Recht - als Hausaufgabe mit auf den
Weg gegeben hat. Herr Steinbrück hat gesagt -
ich zitiere ihn wörtlich -:

„Die Niederlage von Rot-Grün gründet darin,
dass wir nicht auf der Höhe der Zeit gewesen
sind.“

Frau Kraft hat das heute eindrucksvoll bestätigt.

(Beifall von der FDP)

Sie verfügen über kein Konzept für die Erneue-
rung unseres Landes. Sie in der SPD haben - wie
wiederum Peer Steinbrück treffend formuliert hat;
ich zitiere ihn -

„immer noch programmatisch zu klären: Wie
sieht der Sozialstaat am Beginn des
21. Jahrhunderts aus ...? Welche Rolle hat der
Staat? Welche Voraussetzungen sind für eine
höhere Wachstumsdynamik erforderlich?“

Meine Damen und Herren von der SPD, da haben
Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

Ich sage Ihnen: Wenn Sie sich jetzt mit der neuen
Mitte wieder auf den Weg zur alten Linken ma-
chen, dann verabschieden Sie sich aus der Realit-
tät.

Im Übrigen fallen Sie hinter Ihre eigenen Erkennt-
nisse früherer Zeiten zurück. Wir erinnern uns
doch daran, dass es 1999 eine in Person von Bo-
do Hombach auch aus Nordrhein-Westfalen ange-
regte Initiative der Sozialdemokraten Tony Blair
und Gerhard Schröder gab. Deren Kernaussagen
waren: weniger Regulierung, dafür mehr Eigen-
verantwortung; weniger Vollkasko-Mentalität, da-
für mehr Selbstversorgung; weniger verteilen, be-
vormunden und - in den Worten von Paul Nolte -
mit Fürsorglichkeit vernachlässigen, dafür mehr
aktivieren und befähigen. - Diese Orientierungen
waren und sind aus unserer Sicht immer noch
richtig.

Bei der Umsetzung aber trennten sich die Wege.
Während Tony Blair dieses Programm konse-
quent umgesetzt hat, hat die Bundesregierung bis
zur Vorlage der Agenda 2010 pausiert und hatte
danach noch Angst vor der eigenen Courage. Ü-
ber die Folgen gibt heute der Vergleich zwischen
Großbritannien und der Bundesrepublik Deutsch-
land bei Beschäftigung, Innovation und Wachstum
Auskunft.

Meine Damen und Herren, die Regierungserklä-
rung des Ministerpräsidenten markiert deshalb ei-
ne Zäsur in der Geschichte unseres Landes. Mi-
nisterpräsident Karl Arnold hatte unser Land als
das „soziale Gewissen der Bundesrepublik“ be-
schrieben. Von hier gingen in der Tat beachtliche
sozialpolitische Impulse aus, auf die das Land
stolz sein kann und die unseren Respekt verdie-
nen. Damals aber, in den 50er-Jahren, betrug die
Staatsquote 35 % und die Sozialquote 17 %.
Staatsverschuldung gab es nicht, und Arbeitslo-
sigkeit war ein Fremdwort.

Heute beträgt die Staatsquote mehr als 50 % und
die Sozialquote bei einem viel höheren Bruttoin-
landsprodukt 34 %. Wir regulieren dieses Land
mit 85.000 Gesetzen. Die Bundesrepublik insge-
samt hat 1,4 Billionen € Schulden, das Land Nord-
rhein-Westfalen hat 110 Milliarden € Schulden,
und wir müssen 5 Millionen beziehungsweise
1 Million Menschen ohne Arbeit beklagen.

Damit wird deutlich - diese Erkenntnis ist bei Ih-
nen noch nicht gereift -: Wir haben in Deutschland
nicht zu viel Freiheit und zu wenig Staat, sondern
zu viel Staat und zu wenig Freiheit, um unsere
Probleme zu lösen und um eine neue Form von
Sozialpolitik im Interesse der Menschen formulie-
ren zu können. Der Staat ist vielfach vom Prob-
lemlöser zum Problemerzeuger geworden. Wenn
wir den Menschen aber nicht die Lösung von
Problemen anbieten können, dann müssen wir sie
wenigstens dabei in Ruhe lassen, wenn sie ihre
Probleme mit ihren Fähigkeiten, ihrer Kreativität
selbst lösen wollen. Das ist mitnichten, wie Herr
Sagel das gerade sehr unqualifiziert kommentiert
hat, neoliberales Geschwätz,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Dafür, dass Sie
so jung sind, sind Sie sehr altklug!)

sondern das ist ein Glaubenssatz, denn Freiheit
ist das beste Entdeckungsverfahren für überlege-
ne Problemlösungen. Das zeigen übrigens auch
internationale Vergleichsstudien, die Sie nicht
gerne zur Kenntnis nehmen. Es gibt einen Index
der wirtschaftlichen Freiheit von Ländern, der je-
des Jahr vorgelegt wird. Die Bundesrepublik war
hier in den 70er- und 80er-Jahren in den Top Ten.
Inzwischen sind wir ins Mittelfeld abgestiegen; wir
können nur noch Platz 17, 18 oder 19 für uns be-
anspruchen. Alle Länder, die vor uns eingruppiert
sind, haben mehr Wachstum, weniger Arbeitslo-
sigkeit und interessanterweise bei der Pisa-Studie
besser abgeschnitten. Das zeigt: Freiheit ist die
Voraussetzung für Wohlstand, Beschäftigung und
Stabilität.

Deshalb wollen wir als Freie Demokraten in dieser Landesregierung mehr Freiheit für mehr Chancengerechtigkeit für mehr Menschen möglich machen, wobei wir uns darüber im Klaren sind, dass der Preis für diese Freiheit Unterschiedlichkeit und Risiken für den Einzelnen sind. Diese Lebensrisiken kann der Staat den Menschen nicht abnehmen. Die Solidargemeinschaft kann ihnen aber helfen, wenn sie denn in einen Risikofall kommen, ihre Probleme aus eigener Kraft zu überwinden und die eigenen Grundlagen des selbstbestimmten Lebens wiederzugewinnen.

Meine Damen und Herren, gleichwohl gibt es, auch wenn wir ein anderes Staatsverständnis und ein anderes Verständnis von öffentlichen Aufgaben haben als Sie, neue sozialpolitische Herausforderungen an die Politik gerade und vor allem in Nordrhein-Westfalen. Peer Steinbrück hat sehr zu Recht darauf hingewiesen, dass es Fliehkräfte in dieser Gesellschaft gibt: arm gegen reich, Einheimische gegen Zugereiste, jung gegen alt. Wer wollte bestreiten, dass es diese Spannungslagen in unserer Gesellschaft gibt? Aber welche Fliehkräfte sind das denn in Wahrheit, die wortreich im Wahlkampf auch von Ihnen beklagt worden sind? Was ist das denn für ein Konflikt: arm gegen reich? Armut ist in der Wissensgesellschaft doch vor allem die Bildungsarmut der 22 % der 15-jährigen Schüler, die laut der Pisa-Studie selbst einfachste Texte nicht lesen und verstehen können. Bildungsarmut ist doch, wenn wir, wie heute von der OECD vorgelegt wird, bei der Herkunftsfixierung unserer Schüler nur noch mit Ungarn vergleichbar sind. Der Konflikt arm gegen reich ist doch angelegt in Ihrer langjährigen Politik.

(Beifall von der FDP)

Diese Bildungsarmut ist in Nordrhein-Westfalen größer als andernorts, weil Sie nicht den Mut zu einer grundlegenden Reform unseres Bildungssystems mit mehr Freiheit für individuelle Förderung hatten und weil Ihnen - das füge ich insbesondere vor dem Hintergrund der heute geführten Debatte um die Lehrerstellen hinzu - der Mut zu einer ausreichenden Finanzierung des Schulsystems fehlte. Schulen wurden doch viel zu lange wie die Filialen einer anonymen staatlichen Großbürokratie, nämlich mit Erlassen und Verordnungen, geführt.

In Schulen, in Bildungseinrichtungen begegnen sich aber Menschen, und Menschen brauchen zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit vor allem eines, nämlich Freiheit. Solange im VEB Schule NRW die Ministerialbürokratie mehr zu sagen hat als die Verantwortlichen vor Ort, werden sich die Bildungsqualität und die Motivation der Lehrenden

und der Lernenden nicht verbessern. Das ist das Konzept, das Versprechen, mit dem wir angetreten sind und das wir umsetzen wollen: Wir wollen den Schulen mehr Freiheit einräumen, mehr Wettbewerb zwischen den Schulen etablieren, um Qualität möglich zu machen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sehr beschränkt!)

- Das ist mitnichten beschränkt, liebe Frau Löhrmann.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Wo ist die Schulministerin?)

Sie berufen sich doch immer auf das Beispiel Skandinavien. Die Argumente, die Sie aus diesem Vergleich bemühen, sind aber eigentlich nur Ausdruck einer optischen Täuschung. Sie schauen nach Skandinavien und sprechen von integrierten Schulsystemen. Tatsächlich sind es aber hoch differenzierte Schulsysteme, in denen die Schulen ganz eigene Profile bilden können, in denen sie große Freiheiten haben, in denen die Schulen in einem scharfen Wettbewerb zueinander stehen, weil sie sogar noch eine Subjektfinanzierung haben. Wenn Schülerströme abwandern, dann können plötzlich keine Stellen mehr finanziert werden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber alles in einer Schule!)

Das ist ein ganz anderes System, ein System, in dem die Mehrzahl der Schulen weniger als 500 Schüler hat und in den Lerngruppen weniger als 18 Schüler sind. Das ist nicht der Vergleich, den Sie bemühen dürfen, um Ihre Schule der Vielfalt, Ihre „Schule für alle“ zu beschreiben. Sie müssten den Vergleich mit Bremen suchen, denn Bremen ist das Bundesland, das Ihre Einheitschule schon realisiert hat. Bremen schneidet aber noch schlechter ab als wir.

(Beifall von der FDP - Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ach, Herr Lindner!)

Das, was wir brauchen und bei dem wir uns, Frau Löhrmann, doch in der Beschreibung eigentlich treffen, ist ein Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik hin zu einer Ordnungspolitik. Das haben wir viel zu lange genau andersherum organisiert. Wir haben bei der Gestaltung einzelner Bildungsgänge sehr straffe Vorgaben gemacht, haben bei den Abschlüssen dann aber eine große Beliebigkeit gestattet. Die Schlussfolgerung aus der Pisa-Studie muss dagegen sein: Man muss großen Freiraum dabei lassen, Bildungsgänge zu organisieren, um ein bildungspolitisches Ziel zu erreichen, weil Schüler unterschiedlich sind und

sich die örtlichen Schulgemeinden sehr stark unterscheiden.

Die Voraussetzung dafür, dass dieser Ordnungsrahmen funktioniert, ist jedoch, dass keine Beliebigkeit, sondern eine große Verbindlichkeit beim Ende des Bildungsgangs besteht, damit die Schulen, die Schüler auf einen Abschluss vorbereiten sollen, auch klar wissen, was das Ziel ihrer Anstrengungen sein soll. Genau das haben wir uns als Landesregierung für die nächsten fünf, die nächsten zehn Jahre der neuen Bildungspolitik in diesem Land vorgenommen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Herr Lindner gehört aber gar nicht der Landesregierung an!)

- Ach wissen Sie, Herr Remmel, Sie gehören einer Fraktion an, für die die Größe von Hühnerkäfigen zehn Jahre wichtiger war als überfüllte Schulklassen und Kindergartengruppen.

(Beifall von FDP und CDU - Johannes Remmel [GRÜNE]: Das hat etwas mit Bewahrung der Schöpfung zu tun!)

Sie haben Ihre Legitimität, hier mitzusprechen, zunächst einmal verloren. Die müssen Sie sich neu erarbeiten. Ich sage Ihnen voraus: Der Weg wird lange sein.

Ich will noch auf einen zweiten Konflikt eingehen, den Peer Steinbrück treffend pointiert hat. Was droht denn für ein Konflikt zwischen Einheimischen und Zugereisten? Spannungen entstehen doch deshalb, weil beispielsweise 40 % der türkischen Jugendlichen in Köln ohne jeden Bildungsabschluss bleiben. Diesen Spannungen liegt doch eine verschleppte, eine verfehlte Integration zugrunde, weil Ihnen über Jahre die Entscheidung fehlte, auf grundlegenden Integrationszielen wie der deutschen Sprache, dem erfolgreichen Durchlaufen des Bildungssystems und dem aktiven Eintreten für die liberale Wertordnung des Grundgesetzes zu bestehen. Aber eben darauf müssen wir bei jedem bestehen, der in Deutschland leben will. Wir müssen aber gleichzeitig die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das erfolgreiche Durchlaufen des Bildungssystems und der Erwerb der deutschen Sprache möglich werden. Dazu haben Sie trotz durchaus respektabler Ansätze die Kindertageseinrichtungen und Schulen in Nordrhein-Westfalen nicht problemangemessen in die Lage versetzt.

Meine Damen und Herren, was ist das denn für ein Konflikt zwischen Jung und Alt, den Peer Steinbrück im Wahlkampf häufig genug befürcht-

ten musste? Das ist doch ein politisch gemachter Generationenkonflikt.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Denn es ist doch nicht natürlich, dass zwischen der Großeltern-, der Eltern-, der Kinder- und der Enkelgeneration Spannungen entstehen. Das kann vielleicht mal bei den Ausgehzeiten passieren. Aber dies ist kein natürlicher Konflikt. Dieser Generationenkonflikt ist deshalb politisch gemacht, weil Ihnen in der Bundesregierung und in der abgewählten alten Landesregierung der Mut zu einer echten, dem demographischen Wandel standhaltenden generationengerechten Reform der Sozialversicherungssysteme mit Kapitaldeckung statt Umlage gefehlt hat.

Gerade in Nordrhein-Westfalen hat Rot-Grün diesen Generationenkonflikt noch angeheizt. Das ist doch Ihre Bilanz.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Durch 110 Milliarden € Schulden, einem strukturellen Defizit von 7 Milliarden € und einer Pensionierungswelle, die auf uns zukommt, ohne dass Rücklagen gebildet worden sind, haben Sie unser Land nicht nur finanzpolitisch an den Abgrund geführt, sondern Sie sind noch einen ganzen Schritt weiter gegangen. Wer hat denn bei den Haushaltsberatungen immer Strichansätze beim Pensionsfonds beschlossen? Das war doch nicht die Opposition. Das waren Sie. Sie haben nichts dafür getan, etwa die Beamtenversorgung gegen den demographischen Wandel abzusichern. Deshalb haben Sie den Staat seiner Handlungsfähigkeit beraubt, die er angesichts der neuen sozialpolitischen Herausforderungen, die ich hier skizziert habe, eigentlich benötigen würde.

Meine Damen und Herren, Anfang der 1970er-Jahre reagierte der damalige Ministerpräsident Heinz Kühn auf die Herausforderungen seiner Zeit mit einem NRW-Programm 1975, das ganz konkrete Ziele und ganz konkrete Maßnahmen umfasste. Aber er setzte vor allen Dingen auf Mehrausgaben und auf mehr Staat. Heute braucht unser Land wieder ein solches Konzept, mit dem wir unsere Probleme auf mittlere Sicht bewältigen können und mit dem wir den Menschen das geben können, was sie am dringendsten benötigen: klare Orientierung, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit der Politik ohne Streit um jedes Detail.

Dieser Fahrplan zum neuen NRW darf aber eben nicht auf mehr Staat setzen. Wir leben doch schon viel zu lange in einer Staatsgesellschaft, in der es als abgemacht galt, dass die Entscheidungen, die der Staat für die Menschen trifft, sowohl

effizienter als auch moralisch höherwertiger sind als die Entscheidungen, die die Menschen für sich selbst treffen. Das ist aber zumindest nicht unsere Grundüberzeugung, und das war früher auch einmal nicht die Grundüberzeugung der Grünen, bevor sie ihre etatistische Wende genommen hat.

Wir werden deshalb Nordrhein-Westfalen zum Modellstandort für das Gegenmodell einer liberalen Bürgergesellschaft machen. Der Fahrplan zum neuen NRW muss deshalb auf mehr Freiheit setzen, damit unser Land wieder eine dynamische Region mit Chancen für alle werden kann. Aus dem besserwisserischen, bremsenden und überforderten Staat muss ein fairer Partner werden, der sich nicht in alles einmischt, sondern den Menschen Freiraum für die Entfaltung ihrer Ideen lässt. Das können wir bis 2015 aus diesem starken Nordrhein-Westfalen, dessen Chancen aber zu lange ausgeschlagen worden sind, machen.

(Zuruf von der SPD: Laber, laber, laber!)

Nordrhein-Westfalen wird das Wachstumsland werden, in dem jeder, der will, Arbeit findet, weil die Menschen nicht durch Bürokratie, Steuern und Abgaben gebremst, sondern durch Freiheit ermutigt werden. Nur so werden wir übrigens unseren sozialen, ökologischen und kulturellen Ansprüchen gerecht werden, ohne diese nur mit Schulden zulasten der nächsten Generation zu finanzieren, so wie Sie das bei Ihren Spielwiesen getan haben.

Nordrhein-Westfalen wird das Innovationsland, in dem die Forschung Spitzenleistungen erbringt und technologisch führende Produkte unseren Wohlstand sichern. Der pessimistische Staat des Jahres 2005, der beispielsweise in der Bio- und Gentechnologie nur Risiken und keine neuen Heilungschancen gesehen hat, wird dann ein kritischer, aber optimistischer Motor des Fortschritts geworden sein.

Nordrhein-Westfalen wird das Bildungsland, das junge Menschen optimal auf das lebenslange Lernen in einer globalisierten Welt vorbereitet. Kindertageseinrichtungen und Schulen werden alle Freiheiten und alle notwendigen Ressourcen haben, um Kinder und Jugendliche hoch individuell und bei Bedarf ganztags zu fördern. Kein Talent geht mehr verloren. Keine junge Frau und kein junger Mann muss sich mehr zwischen Kindern und Karriere entscheiden - es geht dann beides.

Dieser Koalitionsvertrag trägt die Überschrift: Land der neuen Chancen. Wir werden alles daran setzen, dass in den nächsten fünf Jahren aus dem Land der neuen Chancen das Land der wie-

der genutzten Chancen geworden sein wird. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Lindner. - Ich gebe jetzt das Wort an Herrn Minister Pinkwart.

Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute schon viele Reden gehört, in unterschiedlicher Qualität und unterschiedlicher Reichweite.

(Edgar Moron [SPD]: Der Höhepunkt kommt jetzt!)

Ich will Ihnen jetzt keine weitere lange Rede ankündigen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich meine, auch was die Orientierung anbetrifft, ist durch die Einlassungen des Ministerpräsidenten und der Sprecher der Fraktionen von CDU und FDP schon deutlich geworden, was die Koalition der Erneuerung für Nordrhein-Westfalen erreichen will und welche Werte sie leiten, um diese Ziele auch erreichen zu können.

Ich möchte mich als Mitglied der neuen Landesregierung nur noch einmal mit einem Punkt kritisch auseinander setzen, der heute Morgen von Frau Kraft für die SPD-Fraktion aufgemacht worden ist. Das war der Versuch, die Folgen und Ergebnisse bisheriger Politik in Nordrhein-Westfalen nach dem Aschenputtelprinzip auf die bisherige und die neue Landesregierung zu verteilen.

Alles, was sich in diesem Land gut oder immerhin noch einigermaßen vernünftig entwickelt hat, erklärt sie zum Besitzstand der SPD, zum Erfolg von 39 Regierungsjahren. Die Bildungsmisere, den Schuldenberg und eine Rekordarbeitslosigkeit weist sie dem Verantwortungsbereich der neuen Regierung zu.

Dieserlei gespaltene Wahrnehmung und fehlende Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für eigene Versäumnisse und für eigenes Versagen sind nicht nur nicht akzeptabel, meine Damen und Herren, das verstellt der neuen Opposition auch den Blick dafür, ihre neue Aufgabe verantwortungsvoll wahrnehmen zu können.

(Beifall von der FDP)

Wir jedenfalls wollen - das hat der Ministerpräsident gestern in seiner Regierungserklärung deut-

lich gemacht - Nordrhein-Westfalen und auch die Geschichte des Landes nicht verstellen. Wir wollen auch nicht die Stärken des Landes leugnen. Deshalb sind sie auch eingangs der Regierungserklärung deutlich gemacht worden.

Wir sagen auch im Rückblick nicht, alles sei nur schlecht gewesen und schlecht gemacht worden. Aber wir müssen auch auf die Fehler aufmerksam machen, wenn wir eine klare Analyse wagen. Denn sonst haben wir, und zwar nicht nur die Regierung, sondern auch die Opposition in der kritischen Begleitung der Landesregierung, gar keine Chance, diese Fehler in der Zukunft nicht nur zu vermeiden, sondern aus den Fehlern auch die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, um aus der schwierigen Situation des Landes erfolgreich herauszufinden.

Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind gewaltig. Das muss in einer solchen Debatte auch gesagt werden. Insbesondere geht es darum, die hohe Arbeitslosigkeit in diesem Land zurückzuführen.

Mich hat schon erstaunt, dass Frau Kraft in ihrer Rede nicht ein einziges Wort zu 1 Million Arbeitsuchenden und ihren Familienangehörigen in diesem Land gefunden hat. Denn um die muss es uns ja gehen. Denen müssen wir ja neue Chancen eröffnen. Hierauf müssen wir unsere Strategien ausrichten, und das - das ist unser Bemühen - mit einer in Zukunft stringenten Politik, indem die einzelnen Politikfelder auch ineinander greifen und auf ein gemeinsames Ziel hin orientiert sind, nicht durch kurzatmige Maßnahmen, sondern durch ein langfristig und in sich konsistent angelegtes Regierungsprogramm.

Das ist Ihnen hier vorgestellt worden. Das muss natürlich in den nächsten Jahren beharrlich verfolgt werden. Da wird es aufgrund der Ausgangslage keine kurzfristigen Erfolgsmeldungen geben können, wie sie die Vorgängerregierung den Wählern immer wieder vorgegaukelt hat. Ich erinnere etwa an die großen Ankündigungen von Herrn Clement, der die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen bei Antritt der letzten Landesregierung von damals 800.000 auf 500.000 Arbeitssuchende in diesem Jahr zurückführen wollte. Wir wissen, sie ist heute genau doppelt so hoch.

Es kann nicht darum gehen, den Menschen irgendwelche Ankündigungen vorzugeben, sondern wir müssen den Menschen in diesem Land endlich wieder die Rahmenbedingungen geben, damit sie selbst ihren Beitrag dazu leisten können,

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

dieserlei Misere für unser Land zu überwinden.

(Beifall von der FDP und Manfred Kuhmichel [CDU])

Wir haben in der Rede von Frau Kraft einen Punkt gehört, auf den ich noch eingehen möchte und bei dem ich an den Hinweis von Herrn Rüttgers heute Morgen im Sinne der Political Correctness anknüpfen kann. Aber jeder kann es ja auch halten wie er will, wenn es darum geht, ob sich ehemalige Minister in der Opposition dann genau in den Fachgebieten betätigen, in denen sie vorher gearbeitet haben. Nur wenn sie das schon tun, dann sind sie, wie ich meine, in besonderer Weise zu hoher Fachlichkeit und Sachlichkeit verpflichtet.

(Beifall von CDU und FDP)

Deswegen möchte ich einen Passus aus der Rede von Frau Kraft aufgreifen, in dem sie gesagt hat - ich darf zitieren, Frau Präsidentin -:

„50.000 neue Jobs sollen im Umfeld der Hochschulen entstehen.“

Sie verweist auf den Wahlkampf.

„Auch hier Fehlanzeige bei den konkreten Schritten. Schlimmer: Bei der Haushaltssperre haben Sie zwar die Hochschulen, aber nicht die Forschung ausgenommen. Dort sind viele Projekte und damit Arbeitsplätze bedroht.“

So weit das Zitat von Frau Kraft.

Nun habe ich das Haus, das von Frau Kraft bis vor zehn Tagen oder bis zum Wahltag geführt worden ist, dazu befragt. Ich habe gefragt, ob diese Aussage denn zutreffend sei. Daraufhin hat mir mein Haus, das bis vor kurzem von Frau Kraft geführt worden ist, geantwortet - ich darf den Inhalt wiedergeben -: Über 95 % der Forschungsmittel befinden sich im vom Qualitätspakt geschützten Bereich. Dazu gehören alle Mittel, die Hochschulen, Unikliniken und den gemeinschaftsfinanzierten Forschungseinrichtungen, zum Beispiel Fraunhofer, zukommen. - Das heißt, genau die sind durch die Haushaltssperre des Finanzministers, die eben genau den Qualitätspakt ausgenommen hat, nicht berührt.

Darüber hinaus sagt das Haus: Vom Kürzungsbereich nicht ausgenommen sind lediglich die weniger als 5 % Forschungsmittel, die den landeseigenen Instituten und Einrichtungen, zum Beispiel dem Wissenschaftszentrum, zukommen. Von denen allerdings sind die meisten schon abgerufen worden.

Das ist der Sachverhalt. Hier kommt der Hinweis - heute früh noch vor laufenden Fernsehkameras -:

Dort sind viele Projekte und damit Arbeitsplätze bedroht. Da meine ich: Wenn man schon die Öffentlichkeit verunsichert, sollte man es mit Substanz tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Nun bin ich bei der Einlassung des Abgeordneten Sagel.

(Zuruf von der FDP: Das ist schon eine Qualitätsfrage!)

Er ist, glaube ich, nicht mehr im Raum. Er hat auf Nachfrage noch einmal wiederholt - es hätte ihm ja auch als Ausrutscher durchgehen können -: Er bleibe dabei: Der Ministerpräsident erdreiste sich - so aus seiner Sicht - zu lügen

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

in Anbetracht der Darlegungen zu den 1.000 zusätzlichen Lehrerstellen. Dabei bezieht Herr Sagel auf eine Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses. Dem Haushalts- und Finanzausschuss lag heute früh eine Vorlage vor, in der es heißt:

„Um den Grundbedarf in den Schulen decken zu können und um Unterrichtsausfall bereits zu Beginn des neuen Schuljahres entgegenzuwirken, müssen ... 1.000 neue Stellen bereitgestellt werden.“

Das heißt, in der Vorlage des Haushalts- und Finanzausschusses ist genau auf das Ziel abgestellt worden,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nein!)

das der Ministerpräsident gestern in seiner Regierungserklärung für die neue Landesregierung vorgegeben hat:

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist Ihre Interpretation!)

Unterrichtsausfall, der sich sonst in diesem Land massiver als in der Vergangenheit ereignet hätte, wenn es zu dieser Entscheidung nicht gekommen wäre, soll begegnet werden.

(Carina Gödecke [SPD]: Das ist etwas anderes!)

Das heißt, damit ist hier genau das getan worden, was die neue Regierung vorgibt. Dieses in dieser Weise zu qualifizieren,

(Carina Gödecke [SPD]: Eins plus eins ist zwei!)

halte ich nicht nur für sachlich nicht geboten, ich halte es auch parlamentarisch nicht für verantwortungsvoll.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte mit Blick auf dieserlei zusätzlichen Lehrerbedarf noch einmal bekräftigen, dass der sich natürlich nie über Nacht ergibt, sondern ein solcher Bedarf ist über eine gewisse Zeit im Voraus erkennbar. Das ist hier auch dargelegt worden. Das heißt: Schon die Vorgängerregierung hatte Hinweise darauf, dass es hier einen zusätzlichen Bedarf gibt, sie hat aber keine hinreichenden Maßnahmen parlamentarischer Art ergriffen, um durch eigene Initiative einem dann zusätzlichen Unterrichtsausfall zu begegnen. Insofern richten sich die Worte, die dazu von der Opposition getroffen worden sind, gegen Sie selbst.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Gleiche möchte ich mit Blick auf die Einlassungen sowohl von Herrn Sagel als auch von Frau Walsken sagen, die sich mit dem Finanzierungskonzept der neuen Regierung auseinander gesetzt haben, die sich mit dem Nachtragshaushalt auseinander gesetzt haben und die eingefordert haben, dass müsse jetzt alles schon vorgelegt werden. Sie muss ich fragen: Aus welcher Problemaufnahme und aus welchem Kontext kommen Ihre Einlassungen?

Sie haben dieses Jahr Ihren Haushalt doch selbst mit einer geplanten Neuverschuldung von noch unter 3 Milliarden € aufgestellt - das sind Ihre Planungen gewesen -, diese Neuverschuldung aber im Nachtragshaushalt nahezu verdoppeln müssen und haben erkennbare Haushaltsrisiken, auch in diesem Nachtragshaushalt nicht abgebildet, obwohl sie Ihnen bekannt waren. Auf einen Sachverhalt habe ich gestern aus meinem Zuständigkeitsbereich bereits aufmerksam gemacht. Dieserlei Haushaltsrisiken, die Sie schon hätten kennen können oder die sie schon kannten, aber nicht abgebildet haben, müssen von der neuen Landesregierung sorgfältig identifiziert werden, damit dem Parlament mit dem Nachtrag, der bevorsteht, eine Bilanz vorgelegt werden kann, die der Wahrheit entspricht und klar Auskunft über die finanzielle Situation dieses Landes gibt, eine Bilanz, die nichts verschleiert,

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

sondern den Bürgerinnen und Bürgern und dem Parlament deutlich macht, welche Handlungsmöglichkeiten diesem Land überhaupt zur Verfügung stehen. Insofern: Mit Ihrer Kritik an der neuen Regierung kritisieren Sie die Versäumnisse Ihrer alten Regierung.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Deswegen sagen wir Ihnen: Wir wollen die Dinge seriös bearbeiten und mit Ihnen seriös diskutieren. - Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Professor Pinkwart. - Ich nehme an, dass die Rednerliste jetzt abgearbeitet ist. Oder möchte sich noch jemand zu Wort melden? - Das ist nicht der Fall. Dann können wir die Debatte schließen. Der Tagesordnungspunkt 1 ist damit erledigt.

Ich komme zu:

2 Bestellung eines „Projektausschusses Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau“ als Sonderausschuss des Landtags

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/35

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort an Herrn Priggen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es ganz kurz. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, einen solchen Projektausschuss zu machen. Die Geschäftsordnung sieht das Instrumentarium vor. Wir wissen, dass der Prozess des Ausstiegs aus der Steinkohle ein Prozess mit sehr vielen Facetten ist, dass er auch im Detail sehr schwierig sein wird. Wir meinen, dass es sinnvoll ist, neben der Arbeit der Landesregierung, die diese machen muss, diesen Prozess auch im Detail parlamentarisch zu begleiten.

Jetzt weiß ich aus dem Wirtschaftsausschuss in der letzten Legislaturperiode, dass dort über 20 Kollegen sitzen und davon 5 oder 6, die die Steinkohle mit Leidenschaft verfolgen. Wenn wir alles, was dort ansteht, im Wirtschaftsausschuss machen, lähmen wir den in Teilen, auf der anderen Seite ist die Begleitung des Themas notwendig. Deswegen ist unser Vorschlag, einen solchen zeitlichen befristeten Projektausschuss zu machen.

Im Antrag steht jetzt: neun Mitglieder. Wir sind aber für alle Vorschläge der anderen Kolleginnen und Kollegen offen, wenn der Wunsch bestünde, eine andere Anzahl einzusetzen. Wir haben die direkte Abstimmung beantragt. Auch da sind wir offen. Wenn Sie zu dem Ergebnis kommen, dass Sie das nicht machen wollen, müssen wir das

nicht weiter in den Ausschuss tragen. Wenn Sie zu dem Ergebnis kommen, dass Sie Beratungsbedarf haben, signalisieren Sie es, dann müssen wir nicht direkt abstimmen.

Insofern ist das ein Vorschlag, der aus der Sache heraus vernünftig ist und den wir umsetzen sollten. Wir warten auf Ihre Antwort. - Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Priggen. - Als nächster Redner hat Herr Dr. Droste von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung und der damit verbundene Strukturwandel des Ruhrgebiets - der Ministerpräsident hat das gestern in seiner Regierungserklärung noch einmal sehr klar ausgeführt - sind zentrale Aufgaben nordrhein-westfälischer Landespolitik.

Die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung in dieser Frage wird ein wesentlicher Meilenstein sein, an dem sich auch diese Regierung messen lassen muss. Mit der Begründung Ihres Antrages, Herr Priggen - wir sind Ihnen dankbar dafür -, haben Sie in diesem Punkt deutlich gemacht, dass auch Sie diesen Weg des Ausstiegs aus der Kohlesubventionierung, den die neu gewählte Landesregierung und die Regierungsfractionen gehen wollen, unterstützen. Das ist gut so, und das begrüßen wir.

(Beifall von der CDU)

Denn jeder - auch Sie von der Opposition -, der die Einsicht hat, dass der Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung unverzichtbar ist, um nicht nur dem Land, sondern vor allem dem Ruhrgebiet langfristig und dauerhaft eine Perspektive zu geben, wird gebraucht, um die betroffenen Menschen auf diesem Weg mitzunehmen und ihnen klar vor Augen zu führen, dass es keine Alternative zum Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung gibt, der so umgesetzt werden muss, wie es auch im Koalitionsvertrag vorgeschrieben ist.

Nun aber zu Ihrer Beschlussempfehlung Ihres Antrages und der Einrichtung eines solchen Projektausschusses. Meine sehr verehrten Damen und Herren von Bündnis 90/Die Grünen, obwohl wir begrüßen, dass Sie beim Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung mitmachen wollen, ist der von Ihnen heute beantragte Sonderausschuss - wie wir glauben - nicht der richtige Weg. Das po-

litische Anliegen wird damit nicht gefördert, sondern - ich sehe es anders, als Sie, Herr Priggen, es gerade vorgetragen haben - die parlamentarische Arbeit wird unnötig befrachtet.

Ich darf dazu Ihr Augenmerk auf den Bericht der Parlamentarischen Geschäftsführer zur Vorlage an den Ältestenrat mit dem Titel „Effizienz- und Attraktivitätssteigerung der Parlamentsarbeit und mögliche Konsequenzen aus der Verkleinerung des Landtags“ aus der vergangenen Legislaturperiode richten. Dort heißt es zur Anzahl der damaligen Ausschüsse wörtlich - ich darf zitieren -:

„Gleichwohl gibt es kein anderes Landesparlament, das seine Arbeit in einer so hohen Anzahl an Ausschüssen ausdifferenziert hat. Eine Verringerung der Zahl der Ausschüsse, eine kritische Überprüfung der Zuschnitte ist deshalb dringend geboten.“

Für jeden, der sich mit der Neuorganisation des Parlaments beschäftigt hat, ist unübersehbar, dass die Regierungsfractionen den Auftrag zur Verschlankung des Parlaments und der parlamentarischen Arbeit erhalten und die Vorgabe konsequent umgesetzt haben. Dadurch werden Arbeitsabläufe gestrafft, die Anzahl der Ausschüsse deutlich verringert, Entscheidungswege verkürzt und nicht zuletzt auch erhebliches Geld eingespart.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Droste, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Remmel?

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Gerne.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Droste, wären Sie dann bitte auch so freundlich, die Passage zu zitieren, in der wir gemeinsam angeregt haben, für zeitlich befristete Anliegen eben solche Projektausschüsse einzurichten?

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Herr Remmel, ich weiß nicht, ob Sie sich diese zeitliche Befristung, die Sie zur Einrichtung eines solchen Sonderausschusses vornehmen wollen, selber setzen können, um das zu verwirklichen, was dieser Ausschuss Ihrer Auffassung nach leisten soll. Wir haben unlängst von der Wirtschaftsministerin gehört, dass uns der Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung wahrscheinlich noch so lange beschäftigen wird, dass alle, die heute diesem Parlament angehören, dann nicht mehr in diesem Parlament

sind. Deswegen greift die zeitliche Befristung in dieser Frage überhaupt nicht.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das ist ja interessant!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage deshalb nochmals deutlich: Wir sollten uns fragen, ob die Einrichtung eines Sonderausschusses wirklich der Sache dient. Ist sie effektiv, oder ist es in erster Linie Außenwirkung, die damit erreicht werden soll?

Wenn wir für jede landespolitische Aufgabe von besonderem Stellenwert einen Sonderausschuss einrichten, brauchen wir zum Beispiel einen Sonderausschuss zur Konsolidierung der Landesfinanzen, einen Sonderausschuss zur Lösung der Probleme des Arbeitsmarktes, einen Sonderausschuss Ruhrgebiet und sicherlich noch etliche weitere mehr.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist nicht vergleichbar!)

Deshalb werbe ich um Verständnis dafür, dass wir dem Vorhaben Ihres Antrages, einen derartigen Ausschuss einzurichten, nicht zustimmen können und wollen. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass die in der Koalitionsvereinbarung festgelegten Verfahrensschritte in Bezug auf den Steinkohleausstieg von den vorhandenen Gremien, nämlich vom Wirtschaftsausschuss samt Unterausschuss für Grubensicherheit, vorzubereiten und zu begleiten sind. Denn dort ist genügend qualifiziertes Personal, um diese wichtigen Aufgaben abzuarbeiten.

Abschließend noch ein Wort zu Ihrer Forderung nach mehr Transparenz im Regierungshandeln beim Steinkohlebergbau. Ich darf doch davon ausgehen, Herr Priggen, dass sich dieser Hinweis beziehungsweise diese Klage mehr an das Regierungshandeln der abgewählten Landesregierung richtet.

(Beifall von der FDP - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das kann nicht sein!)

Ich erwähne die Frage - da haben wir ja gemeinsam mit Ihnen um mehr Transparenz gerungen -, wofür die vom Land gezahlten rund 570 Millionen € Subventionen für die Steinkohle im Einzelnen ausgegeben werden. Hier gab es ein zähes Ringen um jede Antwort.

Die rot-grüne Landesregierung ist nicht zuletzt auch deshalb abgewählt worden, weil in den zurückliegenden Jahren vieles verkleistert und unter den Teppich gekehrt wurde, was eigentlich auf den Tisch dieses Hauses gehört hätte.

Das Regierungsprogramm der neuen Landesregierung ist getragen von dem Gedanken „Klarheit und Wahrheit“. Ich habe großes Vertrauen, dass dieser Gedanke auch eine neue Form des Umgangs der Landesregierung mit diesem Parlament prägen wird und dass diese neue Form des Miteinanders mit dazu beitragen wird, dass auch die schwierigen Aufgaben im Steinkohlebergbau gelöst werden.

(Carina Gödecke [SPD]: Eben lief eine Pressekonzferenz parallel! Das ist die neue Umgangsform der Landesregierung mit dem Parlament!)

In diesem Sinne bedanke ich mich sehr herzlich für Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Dr. Droste. - Als nächster Redner spricht Herr Römer von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

Norbert Römer^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Ich werbe bei dem Antragsteller nicht um Verständnis dafür, dass wir den Antrag ablehnen, sondern ich nenne kurz und knapp unsere Gründe dafür.

Erstens - das wird Sie nicht überraschen -: Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass wir in Deutschland auch langfristig einen leistungsfähigen Steinkohlenbergbau brauchen, und wir stehen deshalb zu den Verabredungen, die der Bund zusammen mit der Landesregierung und dem Bergbau geschlossen hat.

Das Ganze ist nicht nur ein Ausdruck von Vertragstreue, sondern das ist auch energiepolitisch geboten, technologiepolitisch förderlich, arbeitsmarktpolitisch notwendig und alles in allem volkswirtschaftlich sinnvoll.

Ich halte deshalb ausdrücklich fest, Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen: Die durch den deutschen Steinkohlenbergbau ausgelöste und mit ihm ganz eng verbundene Wertschöpfungskette ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unser Land, und diese Wertschöpfungskette ist eine Stärke unseres Landes. Sie sichert viele zehntausend Arbeitsplätze, und sie sichert vor allem auch die Existenz vieler kleiner und mittlerer Unternehmen.

Auch deshalb, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf es einen Auslaufbergbau nicht geben. Von daher ist die Bestellung eines „Pro-

jektausschusses Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau“ unvernünftig.

Zweitens. Es liegt auf der Hand, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen solchen Ausschuss vor allem auch dafür nutzen will - wir haben das vor einigen Tagen von Herrn Priggen bereits als Beispiel gehört -, die Beziehungen zwischen dem Bergbau, dem Bund und dem Land als intransparent zu geißeln. Wir haben einen solchen Vorgesmack bekommen. Eine solche, von den Grünen unterstellte Intransparenz gib es nicht.

(Heiterkeit von den GRÜNEN)

Die bisherigen Landesregierungen haben das Parlament immer in verantwortungsvoller Weise umsichtig und ausreichend über alle Transaktionen und Verbindungen zu den Unternehmen des Bergbaus und zur RAG Aktiengesellschaft unterrichtet.

(Zurufe von den GRÜNEN - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Zuhören!)

Ich gehe davon aus, dass die neue Landesregierung das ebenfalls in dieser verantwortungsvollen umsichtigen Art und Weise tun wird.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das hat das Zentralkomitee auch bis 1998 gesagt!)

Es gibt deshalb auch keinen Grund, den Grünen, namentlich Herrn Priggen, eine parlamentarische Plattform dafür zu bieten, sich als Ermittler und Ankläger gegenüber Bergbau und Politik darzustellen.

Ich wiederhole zum Schluss und fasse zusammen: Die SPD-Fraktion, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lehnt aus den von mir genannten Gründen diesen Antrag ab.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Römer. - Als Nächster hat Herr Brockes von der FDP-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Römer! Ich habe die Hoffnung, dass auch die SPD-Fraktion im Laufe dieser Legislaturperiode in der Realität langsam ankommt und mitbekommt, dass es so mit der Steinkohle in Nordrhein-Westfalen nicht weitergehen kann.

Aber, meine Damen und Herren, mit Erlaubnis der Präsidentin möchte ich mit einem Zitat beginnen:

„Die grüne Fraktion ist mit der FDP einer Meinung“

- das gibt es sehr, sehr selten -,

„dass die Gesamtzahl der Ausschüsse nicht weiter erhöht werden darf“.

Dieses Zitat, meine Damen und Herren, ist aus einer Pressemitteilung des Kollegen Rimmel vom 28. Juni.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Welches Jahr?)

- Diesen Jahres, Herr Horstmann!

Gerade einmal acht Tage später nun kommt dieser Antrag auf Einrichtung eines Sonderausschusses. Meine Damen und Herren, es ist schon bemerkenswert, wie schnell Sie vonseiten der Grünen Ihre Positionen räumen. Wir stellen fest: Die Haltbarkeit Ihrer Meinung beträgt gerade noch acht Tage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Auslauf des subventionierten Bergbaus ist Fakt und wird von uns auf den Weg gebracht. Ja, dies ist eine wichtige Aufgabe. Es ist vermutlich die wichtigste Aufgabe im Wirtschafts- und Energiebereich dieses Landes. Deshalb gehört das Thema aus unserer Sicht eben nicht in einen Sonderausschuss, sondern in den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie. Dort ist er richtig aufgehoben.

Wir haben diesen Ausschuss, und es ist ein großer Ausschuss. Herr Priggen, Sie haben es gesagt. Vonseiten unserer Fraktion muss ich dazu sagen, dass alle Mitglieder an dem Thema sehr interessiert sind. Deshalb wäre es falsch, wenn wir diesen Bereich wieder in einen anderen zusätzlichen Ausschuss geben würden.

Ziel Ihres Antrages ist es - so steht es darin -, die Transparenz beim Verfahren herzustellen und das Parlament einzubinden. Da wird - das hat Kollege Droste schon gesagt - auch der Zustand der alten Landesregierung wieder einmal deutlich. Sie fordern von uns die Transparenz ein, die Ihnen die SPD als Koalitionspartner und gerade auch das Energieministerium in der Vergangenheit nicht gegeben hat.

(Edgar Moron [SPD]: Und das Umweltministerium!)

Sie können auf der anderen Seite aber sicher sein, dass die neue Landesregierung - daran haben wir ein großes Interesse als Koalitionspartner - diese Transparenz herstellen und den Landtag entsprechend einbinden wird.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss: Wir können uns zusätzliche Bürokratie schenken. Wir können uns zusätzliche Kosten

schenken. Wir können uns zusätzliche Termine schenken. Wir lehnen deshalb diesen Antrag ab. - Vielen Dank.

(Beifall von SPD und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Vielen Dank, Herr Brockes. - Ich gebe jetzt das Wort an Frau Ministerin Christa Thoben.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP ist festgelegt: Über die Rahmenbedingungen für einen sozialverträglichen Auslauf des subventionierten Bergbaus wird unter Hinzuziehung aller Beteiligten, also einschließlich der Anteilseigner, der RAG AG, verhandelt und entschieden.

In diesem Punkt besteht Übereinstimmung mit der Antragstellerin, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Aber Durchführung und Gestaltung dieser Zielsetzungen sind eindeutig Aufgabe einer neuen Bundesregierung zusammen mit der Landesregierung und dem Unternehmen und den davon Betroffenen.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Herr Priggen, Ihnen ist bewusst, dass über 80 % der Finanzhilfen für den deutschen Steinkohlebergbau Bundesmittel sind

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Hoffentlich wissen Sie das auch!)

und dass die Zuwendungsbescheide von einer Bundesstelle kommen - weder aus dem Umwelt- noch aus dem Energieministerium. Diese Abläufe muss man zur Kenntnis nehmen und sich dann überlegen, wie man parlamentarisch den vor uns liegenden schwierigen Prozess begleiten will. Eine Verlagerung der Aufgabenstellung in einen Sonderausschuss des Landtages würde zu einer Vermischung von Kompetenzen zwischen Legislative und Exekutive führen. Ich sage Ihnen im Namen der Landesregierung in diesem schwierigen Gesamtkomplex ein transparentes Vorgehen zu.

Was die Wertschöpfungskette angeht, nur so viel: Zu einer transparenten Unterrichtung des Landtages, wenn man Wertschöpfungskette, Herr Römer, und daran hängende Arbeitsplätze ansprechen möchte, würde gehören, dass zum Beispiel Bergbauzulieferer fast 70 % ihres Umsatzes inzwischen im Ausland machen

(Christian Lindner [FDP]: So ist das! - Gegenruf von Dr. Axel Horstmann [SPD]: Gott sei Dank!)

und nicht mit dem heimischen Bergbau.

Zur Information und Transparenz wird es auch gehören - einverstanden; das ist so -, dass wir die Transparenz bei dem Zuwendungsempfänger nach meiner vorsichtigen Beurteilung ein Stück erhöhen können. Das wird zum Beispiel notwendig sein, wenn wir den Börsengang begleiten wollen, da Herr Müller sich vorstellt, auf diesem Weg von sämtlichen Haftungsrisiken und Altlasten befreit zu werden.

Niemand hat im Moment die Übersicht - Herr Priggen hat das in einer Kleinen Anfrage vorige Tage bereits ausgeführt -, um welche Millionenbeträge es sich dauerhaft halbwegs sicher abgeschätzt handeln könnte. Man wird dort die Transparenz erhöhen müssen. Ich verspreche Ihnen, dass ich Sie selbstverständlich unterrichte, sobald dort neue Erkenntnisse vorliegen.

Wir brauchen diese Optimierung bei der Transparenz unter anderem auch deshalb, weil nur so sachgerechte und für die Menschen erträgliche Entscheidungen von der Politik getroffen werden können.

Herr Priggen, uns ist auch das Risiko bewusst, dass die Zahl der Ihnen einfallenden Kleinen Anfragen das Ministerium ausreichend beschäftigen kann, wenn Ihnen die Transparenz nicht ausreicht.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Es gibt für alles Textbausteine!)

Ich möchte beweisen, dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und Information gelingen kann und dass sich viele Kleine Anfragen durch unmittelbaren Kontakt vermeiden lassen.

Das Parlament wird über die wesentlichen Umsetzungsschritte dieses sicherlich nicht einfachen Prozesses unterrichtet. Der Landtag verfügt über geeignete Ausschüsse: Haushalts- und Finanzausschuss sowie Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie. Parlamentarische Kontrollkompetenzen und Mitwirkungsrechte sind gegeben.

Ich erhoffe mir und erwarte eine konstruktive parlamentarische Begleitung. Das würde den Prozess erleichtern. Eine Kompetenzvermischung darf es nach meiner Überzeugung nicht geben. Den Antrag auf Einrichtung des Sonderausschusses kann ich deshalb nicht befürworten.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Thoben. - Das Wort hat noch einmal Herr Priggen gewünscht. Bitte schön.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Thoben, es war interessant zu hören, was Sie dazu gesagt haben.

Ich meine nicht, dass es eine Vermischung von Legislative und Exekutive ist. Sie machen Ihre Arbeit, aber das Parlament muss zu den Mitteln - es sind über 600 Millionen € im Jahr - Ja sagen. Es ist also völlig in Ordnung und legitim - wir reden hier ständig über Beträge, die viel kleiner sind -, dass das Parlament irgendwann einmal auch im Detail erfährt, wofür sie ausgegeben werden. Insofern ist das eine Entscheidung des Parlaments. Wie die Zusammenarbeit wird, werden wir sehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will zwei Sachen zu Herrn Dr. Droste und zu Herrn Brockes sagen. Sie haben von einem wesentlichen Meilenstein und Herr Pinkwart hat vorhin von einem historischen Ereignis gesprochen. Aus meiner Sicht ist es deshalb absolut angemessen, sich damit detaillierter zu befassen.

Es war ein Angebot von uns, vorzuschlagen, dieses Thema in einem Sonderausschuss zu behandeln, in dem wir uns speziell damit beschäftigen können. Es gibt ja sogar wieder einen Ausschuss für Grubensicherheit, obwohl der mit Sicherheit einer der aller überflüssigsten ist.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

- Ach, das ist doch Quatsch; der steht nicht in der Verfassung. Das steht da nicht drin. Wir machen ihn, das ist in Ordnung. Wir werden auch dort sauber arbeiten. Es kostet uns nur Zeit. Aber auch das ist in Ordnung.

Das ist ja nicht die erste Debatte zu diesem Thema. Wir haben in der letzten Woche im Plenum eine Debatte darüber geführt, und wir haben diesen Punkt auch gestern behandelt. Nach dem, was ich mitbekomme, nehmen Sie zwar für sich immer in Anspruch, eine Koalition der Erneuerung, der Mitte und des Fortschritts zu sein, sehe hier aber, dass Sie eine Koalition des schnellen Rückzugs sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich brauche mir nur in Erinnerung zu rufen, was Sie in den letzten Wochen getan haben. Sie - ge-

rade die FDP, aber auch die CDU - haben sich im Wahlkampf sehr ambitioniert zur Kohle geäußert.

Die Koalitionsvereinbarung selbst ist da schon wesentlich weicher. Ich weiß ja auch, wer aus Ihren Reihen am anderen Ende zieht und das nicht will. Insofern ist das schon mal eine weichgespülte Variante gewesen.

Und schließlich muss man sich anschauen, was in der Debatte über unseren Transparenzantrag tatsächlich an Argumenten gekommen ist. Zu der etwas kabarettistischen Einlage, es habe immer Transparenz geherrscht, sage ich: Fragen Sie den Finanzminister. Alle, die nicht in den Sitzungen des Wirtschaftsausschusses in den vergangenen Legislaturperioden waren, sollten die Protokolle lesen. Sie werden dann feststellen, dass es über Jahre hinweg eine von allen Beteiligten vereinbarte vollständige Intransparenz gegenüber dem Parlament gegeben hat.

Unseren Transparenzantrag haben Sie abgelehnt. Herr Weisbrich war so ehrlich, das damit zu begründen, dass man vertrauliche Gespräche führen will. Das Parlament solle da herausgehalten werden. - Dann gab es die Regierungserklärung, in der Walsum nicht mehr auftauchte. Hinter das, was Sie einst angekündigt haben, gehen Sie Schritt für Schritt zurück. Um es ganz klar zu sagen: Das war keine Präzisierung, sondern ein Rückzug.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nach der Regierungserklärung fand eine Fragestunde statt. Auf die Frage von Herrn Kollegen Jäger hat Herr Uhlenberg die Karten auf den Tisch gelegt und mitgeteilt, dass im Kabinett, in dem nun mal zwei FDP-Minister sitzen, bezogen auf die Genehmigung für Dinslaken, für die Trinkwasserbeeinträchtigung, gegen die gerade Sie in Ihrer Region immer vehement aufgetreten sind, Schweigen im Walde herrscht. Dort wird diese Sache durchgewinkt. Es ist völlig klar, dass das, was Sie noch bis zum 22. Mai vor Ort versprochen haben, in den allerersten Wochen Ihrer Regierungstätigkeit gekippt und ganz anders exekutiert wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich nehme natürlich jedes Angebot zur sachlichen Zusammenarbeit und zur Aufklärung an. Der Eindruck, dass Sie sich hier auf einem schnellen Rückzug von dem befinden, was Sie verkündet haben und was schriftlich festgehalten worden ist, wächst aber. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten sehr genau zugucken, ob Sie tatsächlich Transparenz herstellen und ob die Zah-

len kommen oder ob wir an der Stelle, so, wie auch in den vergangenen Jahren, daran arbeiten müssen, dass das Parlament im Detail informiert wird. Dies werden wir in der Sache mit aller Gelassenheit tun. Im Prinzip ist es eine Sache, die sich lohnt.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Ich bedauere es ein bisschen, dass wir mit unserem Anliegen bei den Kollegen von der SPD nicht weiterkommen. Herr Römer, ich brauche dafür kein Forum. Ich bin gewählter Abgeordneter. Ich kann mich im Parlament und in einem anderen Ausschuss artikulieren. Für mich brauche ich keinen Extraausschuss. Sie wissen aber genau, dass es keine Transparenz gibt. Wenn Sie eben meinten, Intransparenz gäbe es nicht, ist das nun wirklich kurios.

Der Prozess ist für viele Betroffene - Bergleute und andere - sehr wichtig, sodass wir ihn dann eben im Ausschuss, so, wie in den letzten fünf Jahren auch, mit aller Gründlichkeit verfolgen werden. - Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Priggen. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir können zur Abstimmung kommen. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wer dem **Antrag Drucksache 14/35** von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? - Das sind die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe auf:

3 Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit von Schwarz-Gelb bei der Forderung nach der Abschaffung der Entfernungspauschale?

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/37

Für die antragstellende Fraktion hat sich Herr Keymis bereits zum Rednerpult bewegt. Sie haben das Wort. Bitte schön.

Oliver Keymis^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Heute geht es um das Zusammenbrechen einer politischen Mär von Ehrlichkeit und Verlässlichkeit,

welche die CDU in den letzten Wochen den Wählerinnen und Wählern geboten hat. Statt konstruktiver Politik zum Abbau von Subventionen wurde allein aus wahltaktischen Überlegungen blockiert und auf die rot-grüne Haushaltspolitik eingedroschen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von CDU und FDP, nicht die rot-grüne Bundesregierung, nicht die rot-grüne Landesregierung haben in den letzten Jahren Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung verhindert, sondern diesen Schuh müssen Sie sich anziehen. Ihr Blockadeinstrument ist der Bundesrat. Dies ist in der letzten Woche bei der Debatte über die Eigenheimzulage deutlich geworden und wird auch heute in der Debatte über die Entfernungspauschale deutlich werden.

Was sind die Fakten? Die rot-grüne Bundesregierung hat mit dem Haushaltsbegleitgesetz für das Jahr 2004 vorgeschlagen, die Entfernungspauschale auf 15 Cent pro Kilometer abzusenken. Das bedeutet 3 Milliarden € Einspareffekt für den Haushalt des Bundes und die Haushalte der Länder.

Eine breite Front der CDU-geführten Bundesländer hat gegen den Kürzungsvorschlag mobil gemacht. An der Spitze der Widerstandsfront standen die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen mit den Ministerpräsidenten Stoiber, Koch sowie dem Finanzminister von Baden-Württemberg. Zutiefst ungerecht, völlig inakzeptabel, ein Schlag gegen die Menschen, die bereit sind, weite Wege auf sich zu nehmen, das waren die Worte der CDU-Ministerpräsidenten.

Seit Montag dieser Woche wissen wir, dass die Debattenbeiträge von Koch und Stoiber und diverser CDU-Finanzminister an Verlässlichkeit und Ehrlichkeit nicht zu überbieten sind. Seit Beginn dieser Woche wissen wir, dass die CDU mit ihrem Regierungsprogramm die Entfernungspauschale auf 25 Cent pro Kilometer absenken will, begrenzt auf maximal 50 km.

Kaum liegt dieser Vorschlag auf dem Tisch, meldet sich die CDU in den östlichen Bundesländern, in denen man die Entfernungspauschale vollständig in ihrer jetzigen Form erhalten will. „Darüber“, so wird der CDU-Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Wolfgang Böhmer, in der „Berliner Zeitung“ zitiert, „wird bei der Umsetzung in ein Gesetz noch einmal gesprochen werden müssen“.

Heute geht es um die Mär von der Verlässlichkeit und Ehrlichkeit der CDU. Wir Grüne sagen klipp und klar: Wir wollen mit der Senkung der Entfernungspauschale einen weiteren Subventionsabbau von 2 Milliarden € für die Haushalte in Bund

und Ländern. Wir Grüne sagen ebenso klipp und klar: Wir wollen die Entfernungspauschale auf 15 Cent pro Kilometer absenken, aber ohne Kilometerbegrenzung, weil Fernpendeln für viele der Berufstätigen alltägliche Realität geworden ist. Wir Grüne sagen klipp und klar: Das kann in wenigen Tagen beschlossen werden, um endlich die dringend notwendigen Investitionen für Innovationen, Forschung und Bildung in unserem Land zu ermöglichen.

Die Worte „geht nicht“ werden gestrichen, hat der Ministerpräsident gestern in seiner Regierungserklärung gesagt. Ich bin gespannt, ob diesem großen Wort auch gleich große Taten folgen werden.

Heute geht es um den Beweis der CDU, für eine Politik der Ehrlichkeit und Verlässlichkeit einzutreten. 2,2 Milliarden € Mehreinnahmen im Landeshaushalt war in der letzten Woche der Vorschlag der Grünen zur Abschaffung der Eigenheimzulage. 2 Milliarden € Mehreinnahmen im Haushalt von Bund und Ländern ist der heutige Vorschlag der Grünen zur Absenkung der Entfernungspauschale. Ich freue mich also auf die Unterstützung unseres Antrags zum Subventionsabbau durch die Senkung der Entfernungspauschale.

Meine sehr geehrten Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, wir haben Ihnen innerhalb von einer Woche aufgezeigt, wie kurzfristig rund 4 Milliarden € Mehreinnahmen für die öffentlichen Kassen realisiert werden könnten. Wir zeigen Ihnen damit auch, dass Sie nicht 100.000 Mieterhaushalte bei der LEG in tiefe Verunsicherung über das Schicksal ihrer Wohnung, ihre Zukunft stürzen müssen, um den Haushalt des Landes zu sanieren.

Ich stimme mit Ihnen, Herr Ministerpräsident, absolut überein: Wir müssen verhindern, dass in unserem Land Slums entstehen. Das hat der grüne Wohnungsbauminister Vesper in den letzten Jahren erfolgreich verhindert.

Aber, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie Ihren eigenen Anspruch an eine Politik der Ehrlichkeit und Verlässlichkeit tatsächlich erfüllen wollen, dürfen Sie sich auch aus der aktiven Wohnungspolitik des Landes nicht verabschieden. Das haben die Menschen im Land, die Mieterinnen und Mieter nicht verdient. Es wäre gut, wenn Sie dem Antrag, die Entfernungspauschale zu senken, zustimmen würden, damit das Geld in die Kassen kommt, das wir für dringend zu erledigenden Aufgaben des Landes benötigen. Auch darum geht es heute. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Keymis. - Für die CDU-Fraktion hat Herr Klein das Wort.

Volkmar Klein* (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Fragen über den sozialen Charakter der Entfernungspauschale könnte man auch im Haushalts- und Finanzausschuss stellen. Ein Antrag im Plenum ist dafür nicht nötig. Gerade haben wir von meinem grünen Vorredner etwas über die Kontinuität der Debatte über die Eigenheimzulage in der vergangenen Woche gehört.

Ich wiederhole es hier noch einmal: Wir sind nicht bereit, eine steuerpolitische Einzelfrage aus dem Gesamtzusammenhang herauszubrechen und einzeln zu entscheiden. Das machen wir nicht mit, und das wissen Sie inzwischen.

Auch aus grundsätzlichen Erwägungen ist es unsinnig, so zu operieren. Denn das Herumdoktern an einzelnen Details unseres Steuerrechts wird das Problem nicht lösen. Vielleicht ist es sogar das zentrale Problem unseres Steuerrechts, dass immer wieder an einzelnen Fragen herumgedoktiert wurde - mit dem Ergebnis, dass es so kompliziert geworden ist.

(Beifall von der CDU)

In dieser Tradition der verkomplizierenden Einzelaktivitäten bleiben Sie mit Ihrem Antrag und kultivieren damit den Unsinn der vergangenen Jahrzehnte. Wir brauchen eine größere Perspektive in der Steuerpolitik, einen Gesamtentwurf, damit es wieder neue Chancen für unser Land gibt.

Worum geht es bei der Entfernungspauschale? - Jeder muss sein komplettes Einkommen versteuern. Diese Regel ist in Deutschland normal. Genauso normal ist, dass der Steuerpflichtige die Kosten, die entstanden sind, um dieses Einkommen zu erlangen, von seinem Einkommen abziehen kann. Das ist überall so. Deutsche Tradition ist es, dass zu diesen Kosten zur Erlangung des eigenen Einkommens, also zu den Werbungskosten, auch die Wegekosten zur Arbeitsstelle gehören.

Genau das wird bei uns auch als Teil der sozialen Gerechtigkeit betrachtet. Wenn jemand hohe Kosten zur Erlangung seines Einkommens - auch hohe Wegekosten - hat, braucht er das seinem Nettoeinkommen nicht zuzurechnen. Er muss dann eben weniger versteuern.

Das ist nicht überall so. Hier und da wird es als Privatvergnügen bezeichnet, wo man wohnt und ob man einen weiten Weg zurücklegen muss. Es

mag Vorteile haben, sich in diese Richtung zu bewegen. Sie haben uns das eben anhand unseres Bundeswahlprogramms attestiert.

Diese Entfernungspauschale ist aber nicht auf der grünen Wiese entstanden. Insofern kann ich meine Bemerkungen zur Eigenheimförderung wiederholen: Diese Entfernungspauschale ist mehr oder weniger eine Reaktion auf unser Steuerrecht, das immer durch ziemlich hohe Steuersätze geprägt war.

Deshalb haben deutsche Steuerfachleute immer gedacht, man müsse viele Einzeltatbestände ausnehmen und die Bemessungsgrundlage an einigen Stellen durch Tatbestände beschneiden, die als Werbungskosten angesetzt werden. Dieses Vorgehen führte zu dem Ergebnis, dass auf der einen Seite unsere Steuersätze heute immer noch sehr hoch sind, auf der anderen aber die Bemessungsgrundlage für die Einkommensteuer geschrumpft ist.

Wenn wir über diese Frage diskutieren, müssen wir über beide Seiten diskutieren: über die Steuerrechtsfragen insgesamt, inklusive der Tarife, und über die Breite der Bemessungsgrundlage. Ist sie ungerechtfertigt geschmälert und muss sie verbreitert werden?

Diesen Gleichklang, beide Seiten zu betrachten, verfolgen wir mit dem eben zitierten Wahlprogramm der CDU, das eine Absenkung der Entfernungspauschale und das darüber hinaus auch eine Begrenzung der Gesamtkilometerzahl beinhaltet.

Dafür hätte ich Zustimmung, gerade auch von den Grünen, erwartet, weil es umweltpolitisch sogar sinnvoll ist. Dagegen steht natürlich das Interesse derer, die weite Wege zu ihrer Arbeitsstätte pendeln müssen - aus Gründen, die sie nicht selbst zu vertreten haben. Wir haben allerdings in der Vergangenheit auch beobachtet, dass genau dieses Phänomen in vielen Fällen zu Missbrauch geführt hat.

Wenn wir mit unserem Vorhaben einen Beitrag zur Gesamtverbesserung unseres Steuerrechtes leisten wollen, müssen wir beide Themen, so wie gerade beschrieben, weiter verfolgen. Die CDU tut das in Nordrhein-Westfalen und auf Bundesebene. Dafür brauchen wir diesen Antrag, der einen kleinen Einzelaspekt herausgreift, auf jeden Fall nicht. Dieser Antrag ist kontraproduktiv für das Gesamtziel. Dieser Antrag muss abgelehnt werden.

Es muss das Ziel, ein vernünftiges Konzept zur Weiterentwicklung unseres Steuerrechts zu erar-

beiten, weiter verfolgt werden: sowohl mit abgesenkten Steuersätzen als auch mit einer verbreiterten Bemessungsgrundlage. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und empfehle abschließend, den Antrag abzulehnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Klein. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Hilser.

Dieter Hilser^{*)} (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Klein, es geht bei der Entfernungspauschale nicht nur um eine steuersystematische Frage. Es geht vielmehr um Wirkungszusammenhänge der Entfernungspauschale insgesamt. Dieser Teil ist im Antrag der Grünen richtig beschrieben.

Bei der Entfernungspauschale stellt sich die Frage, wie sie sich auf die Zersiedlung der Landschaft auswirkt. Sie macht es nämlich lohnender, aufs Land zu ziehen und Fahrtwege zur Arbeitsstelle in der Stadt in Kauf zu nehmen, als in der Stadt zu wohnen.

Die Wirkung der Entfernungspauschale ist in diesem Zusammenhang jedoch weitaus geringer als die Wirkung der Eigenheimzulage in Verbindung mit günstigen Grundstückspreisen auf dem Land. Dabei ist ein Zusammenhang festzustellen.

Zweitens. Es ist sicherlich richtig, dass die Entfernungspauschale eine verkehrspolitische Bedeutung hat, weil sie natürlich zu zusätzlichen Pendlerströmen vom Arbeitsplatz zur Wohnung und umgekehrt führt. Das ist völlig klar. Daraus erwachsen zusätzliche Aufgaben und finanzielle Anforderungen an den Staat.

Drittens. Sicherlich ist auch richtig, dass man angesichts der Finanzsituation der öffentlichen Haushalte darüber reden muss und kann, ob man durch die Kürzung oder Streichung dieser Pauschale der öffentlichen Hand Ausgaben erspart. Dem, liebe Kolleginnen und Kollegen, steht aber gegenüber, dass die Entfernungspauschale eindeutig die Mobilisierungsmöglichkeiten und die Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unterstützt und schützt.

Daher ist die SPD-Fraktion in der augenblicklichen Situation eindeutig der Auffassung, dass keine Abstriche an der gegenwärtigen Gestaltung der Entfernungspauschale gemacht werden dürfen. Wir sind der Meinung, dass die Entfernungspauschale in ihrer Höhe auf absehbare Zeit beibehalten werden muss.

(Beifall von der SPD)

Weiterhin wurde in der Vergangenheit auf die Problematik der Entfernungspauschale reagiert. Herr Kollege Keymis hat angesprochen, dass durch die Umstellung der früheren Kilometerpauschale auf die Entfernungspauschale die Benutzung des Pkw mit der Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel gleichgestellt wurde.

In Richtung der Grünen muss ich mit Blick auf den Antrag deutlich sagen: Sie gehen sehr leichtfertig mit dem Auto als notwendigem Fortbewegungsmittel um. Denn Sie schreiben lapidar: Wir haben die Gleichwertigkeit von Pkw und öffentlichen Verkehrsmitteln hergestellt. Die Umsetzung unseres Vorschlags führt dazu - jetzt kommt es -, dass für die Benutzer des ÖPNV und des schienengebundenen Verkehrs keine Nachteile entstehen.

Das heißt im Umkehrschluss: Nachteile für Benutzer von Pkw nehmen Sie bereitwillig in Kauf. Das lehnen wir eindeutig ab.

(Beifall von der SPD)

Im Prinzip kennen wir die Argumente für und gegen die Entfernungspauschale. Ich habe versucht, sie in Kürze zusammenzustellen. Es ist wichtig, sich nochmals vor Augen zu führen, was passiert, wenn die Entfernungspauschale reduziert oder ganz gestrichen wird.

Zum einen - das habe ich schon gesagt - ist die Entfernungspauschale eine der ganz wenigen Möglichkeiten für den durchschnittlichen Arbeitnehmer, anfallenden Aufwand steuerrechtlich geltend zu machen. Wir sehen nicht ein, dass an dieser Frage isoliert - darin stimme ich Herrn Klein zu - herumexperimentiert wird.

Zweitens. In Richtung der Grünen sage ich: Wir haben gestern lange über das Thema Gender diskutiert. Gerade für Teilzeitbeschäftigte ist die Entfernungspauschale eine fast notwendige Ergänzung ihres Einkommens, das sie mit ihrer Teilzeitbeschäftigung verdienen. Wenn man feststellt, dass es in Deutschland 6 Millionen Teilzeitbeschäftigte gibt, darunter fast 90 % Frauen, sollte das auch ein Ansatzpunkt sein, Ihre Position zu überdenken.

Drittens. Nordrhein-Westfalen ist ein Flächenstaat. Da muss ich in der Tat - Herr Keymis hat es erwähnt - noch einmal auf die Position der Ministerpräsidenten der östlichen Bundesländer eingehen, die sich mit der Begründung „Flächenstaat“ eindeutig gegen eine Kürzung der Entfernungspauschale ausgesprochen haben. Wenn ich das richtig sehe, Herr Ministerpräsident, ist auch Nordrhein-Westfalen ein Flächenstaat.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das ist wahr!)

Daher wäre es ja interessant, zu wissen, ob die Landesregierung die Interessen der Arbeitnehmer in diesem Flächenstaat nachdrücklich unterstützt und ob sie eine ähnliche Position einnimmt - bei Herrn Klein habe ich es anders verstanden - wie die Ministerpräsidenten in den östlichen Bundesländern. Das ist, glaube ich, eine Frage, die Sie hier beantworten sollten.

(Beifall von der SPD)

Ich fasse zusammen: Die SPD-Fraktion lehnt diesen Antrag der Grünen ab, erstens weil er nicht in die aktuelle Situation passt - wir sehen nicht ein, dass mit einem isolierten Antrag allein Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer belastet werden sollen - und zweitens weil er nicht isoliert zu sehen ist von dem, was die CDU insgesamt in der Steuerpolitik plant. Wenn man sieht, was die CDU vorhat - Mehrwertsteuer hoch, Spitzensteuersatz runter, steuerliche Befreiung auf Nacht- und Schichtzuschläge weg -, dann muss man feststellen, dass die Kürzung der Entfernungspauschale genau in dieses unsoziale Konzept, genau in diese Politik passt, die gegen die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gerichtet ist. Deshalb, meine Damen und Herren, lehnt die SPD-Fraktion den Antrag der Grünen ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Hilser. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt hat Frau Freimuth für die FDP-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Angela Freimuth^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der Antrag, der uns von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegt worden ist, passt in einer gewissen Stringenz in die Debatten der letzten beiden Wochen: Es wird ein einzelnes Element herausgegriffen und thematisiert, ohne dass es dafür im Augenblick eine besondere Handlungsmöglichkeit oder überhaupt ein Handlungserfordernis gäbe.

Die Entfernungspauschale - teilweise früher auch noch verkehrsmittelabhängig - ist immer ein beliebter Diskussionsgegenstand. Ich kann mich entsinnen, dass wir darüber seit vielen Jahren auf unterschiedlichen Ebenen - in erster Linie natürlich im Bund - verhandeln.

Wir haben dabei immer sorgsam zwischen berechtigten Interessen abzuwägen.

Da ist zum einen unser Interesse: Wir alle fordern von den Arbeitnehmern eine höhere Flexibilität bei der Suche nach einem Arbeitsplatz: dass man sich nicht nur in seinem engsten örtlichen Umfeld um einen Arbeitsplatz bemüht, sondern auch Bereitschaft zeigt - das erwarten wir ja auch völlig zu Recht -, Wege zur Arbeitsstätte in Kauf zu nehmen. Das ist das eine Interesse.

Auf der anderen Seite müssen wir dieser Erwartung völlig zu Recht die Erwartung des Arbeitnehmers entgegenstellen, dass er für diesen erhöhten Aufwand zur Ausübung seiner nichtselbstständigen beruflichen Tätigkeit eine entsprechende Äquivalenz bekommt.

Wir haben seit vielen Monaten, seit vielen Jahren immer wieder einmal über dieses Thema diskutiert. Wir haben im Zusammenhang mit unserem Konzept der Steuerreform, das ich hier zum vierten Mal in den letzten zehn Tagen in die Diskussion einbringen kann, auch wiederholt betont, dass wir als Gegengewicht zu einem einfacheren, gerechteren und mit niedrigeren Steuersätzen ausgestatteten Steuersystem mit den Stufentarifen 15, 25 und 35 % damit einverstanden sind, die Sondertatbestände abzuschaffen.

Dabei wird insbesondere für die nichtselbstständig Beschäftigten über eine erhöhte Werbungskostenpauschale diskutiert, die die entsprechende Entfernungspauschale völlig obsolet werden lässt. Wenn die Werbungskosten insgesamt mit einer höheren Pauschalierung angesetzt werden, wird auch dem Interesse des Arbeitnehmers an einer Entschädigung für die Kosten einer längeren Anfahrt nachgekommen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, dass es in der Tat wesentlich zielführender, besser und richtiger wäre, wenn wir auch die Frage der Entfernungspauschale in einem Gesamtkonzept behandeln würden. Ich bedaure, dass die Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen das zum wiederholten Mal in diesem Haus nicht gemacht haben. Das ist sehr schade. Von daher komme ich für die FDP-Fraktion zu dem Ergebnis, dass dieser Antrag mit diesem herausgelösten Einzelelement unsere Zustimmung nicht finden kann. - Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Freimuth. - Nun spricht für die Landesregierung der Finanzminister, Herr Dr. Linssen.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben die Worte von Frau Freimuth noch im Ohr. Damit werden Sie auch verstanden haben, dass die Regierung für ein einfacheres, gerechteres Steuersystem mit niedrigeren Sätzen eintritt. Das ist die Übereinkunft. Ob das nun ein Stufentarif oder ein linear-progressiver Tarif wird, darüber muss man sicherlich noch sprechen.

In dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt es ein paar Ungereimtheiten. Die Überschrift passt eigentlich nicht zum Inhalt, um das klar und deutlich zu sagen. Denn begründet wird in dem Antrag im Grunde eine Systemumgestaltung, Stichwort „Mobilitätszulage“; gefordert wird eine Absenkung ohne Systemänderung. Wie dazu die Überschrift passt „Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit ...?“, ist angesichts einer Absenkung auf 15 Cent nicht mehr zu verstehen. Denn je mehr Sie absenken, desto schwieriger wird es. Das haben Sie den Worten des SPD-Redners ja sehr deutlich entnehmen können.

Auch zu der schwierigen Frage: „Was ist ökologisch besser?“, hat es Ausführungen gegeben. Auch hinsichtlich der Frage: „Was ist gerecht im Sinne des pendelnden Arbeitnehmers?“, sind Vorstellungen entwickelt worden. Wir haben schon einmal von 35 Cent auf 30 Cent abgesenkt. Ist es richtig, jetzt noch eine weitere Absenkung auf vielleicht 25 Cent vorzunehmen, das aber dann auch, wenn man Ausnahmen streicht, mit einer Absenkung des Eingangssteuersatzes und eventuell des Spitzensteuersatzes zu verbinden?

Man kann nur die gesamten Maßnahmen betrachten und dann fragen: Ist das gerecht? Ist das einfach? Sind das niedrigere Steuersätze?

Sie haben in Ihrem Antrag formuliert:

„Eine einheitliche Mobilitätszulage ist im Gegensatz zur steuerlichen Abziehbarkeit der Entfernungszulage in ihrer Wirkung unabhängig vom individuellen Steuersatz und damit sozial gerechter, ...“

Das ist etwas, was absolut bezweifelt wird. Sie beschreiben eine solche Mobilitätszulage, die Sie schließlich auch nicht mehr gefordert haben, trotzdem als wünschenswertes Element. Meine Damen und Herren, dies können wir nur im Rahmen eines steuerlichen Gesamtkonzepts tragen.

Es wird vorgeschlagen, dass gleichzeitig der Grundfreibetrag auf 8.000 € erhöht wird. Wenn Sie sich eine durchschnittliche Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern ansehen und feststellen, dass bis zum Betrag von 38.200 € überhaupt keine Steuern mehr gezahlt werden, kommen Sie sehr schnell zu dem Schluss, dass es eine Mär ist, dass so etwas immer mit sozialen Nachteilen gerade für Geringverdiener verbunden sein muss.

Ich glaube, es ist richtig, dass der Antrag - drei Fraktionen haben es vorgetragen - heute abgelehnt wird. Wir werden dieses Problem nur im Rahmen eines neuen Gesamtsteuerkonzepts diskutieren können. - Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Linssen. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir an den Schluss der Beratung.

Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen zur Abstimmung über den **Antrag Drucksache 14/37**. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Bündnis 90/Die Grünen. - Wer ist dagegen? - CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und SPD-Fraktion. - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der drei genannten Fraktionen **abgelehnt**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt nach der Sommerpause am Donnerstag, den 1. September 2005, um 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien nach den aufregenden Monaten, die wir gemeinsam hinter uns haben, erholsame Tage und Wochen. Kommen Sie gesund und gut erholt wieder. Wir sehen uns wieder am 1. September. Schöne Ferien!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:32 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.